

WISO

Oktober 2009

Diskurs

Experten und Dokumentationen
zur Wirtschafts- und Sozialpolitik

Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise



Arbeitsbereich
Frauen- und Geschlechterforschung

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG





Tagungsdokumentation der Friedrich-Ebert-Stiftung

Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise

Adelheid Biesecker

Gabriele Michalitsch

Sabine Reiner

Barbara Stiegler

Brigitte Young

Inhalt

Vorbemerkung	3
1. Wem nutzen die Konjunkturpakete? Auswirkungen der Krise und der politischen Reaktionen auf Frauen und Männer Sabine Reiner	5
2. Die Subprime-Krise und die geschlechtsspezifische Schuldenfalle Brigitte Young	15
3. Zur Care-Arbeit in Deutschland Barbara Stiegler	27
4. Vorsorgendes Wirtschaften als Alternative Adelheid Biesecker	32
5. Umsteuern: Mit feministischer Politik der Finanz- und Wirtschaftskrise begegnen Gabriele Michalitsch	49
Die Autorinnen	56

Diese Tagungsdokumentation wird von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht. Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von den Autorinnen in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

Vorbemerkung

Im Sommer 2009 veranstaltete ein breites Bündnis von Frauen aus Wissenschaft und Gesellschaft ein Symposium, um nach Antworten der feministischen Ökonomie auf die Krise zu suchen. Die Dokumentation dieser Veranstaltung liegt hiermit vor.

Auslöser war die Beobachtung, dass Frauen in der gegenwärtigen Analyse der Finanz- und Wirtschaftskrise kaum auftauchen. Zunächst rein optisch ist die Szene der Banker, Wirtschaftsexperten, Politiker und Lobbyisten fast ausschließlich männlich besetzt. Und auch in den Lösungsmöglichkeiten, die diskutiert werden, spielt das Geschlechterverhältnis keine Rolle. Dabei geht es um nichts weniger als die Bewältigung der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren, die die Menschen weltweit bedroht und somit alle, ob Frauen oder Männer, in Haftung nimmt: kollektiv über Staatsgarantien, Rettungsschirme für Banken und öffentliche Konjunkturprogramme ungekannten Ausmaßes und individuell etwa durch den Verlust des Arbeitsplatzes, des Hauses, der Geldanlagen.

Was dabei unbeachtet bleibt, sind die geschlechtsspezifischen Dimensionen der gegenwärtigen Krise und die unterschiedlichen Auswirkungen der staatlichen Maßnahmen auf Frauen und Männer. Diesen Mangel untersucht die feministische Ökonomie. Darüber hinaus befasst sie sich auch mit wirtschaftstheoretischen Fragestellungen, die neue Perspektiven in der Krisenbewältigung eröffnen. Ein zentraler Aspekt ist dabei der ökonomische Zusammenhang zwischen der geldvermittelten Wirtschaft und der unbezahlten Arbeit sowie die Neubewertung der Care Arbeit zur Produktion des Lebensstandards. Care Arbeit

bezeichnet die bezahlten wie auch unbezahlten personenorientierten Versorgungsleistungen, die zum größten Teil von Frauen geleistet werden.

In der öffentlichen Diskussion herrscht zur Zeit eine neue Offenheit für alternative ökonomische Konzepte und damit für Querdenkerinnen und Querdenker. Das Motto der Weltsozialgipfel, „eine andere Welt ist möglich“, formuliert nicht mehr nur eine kleine Minderheit von Globalisierungskritikerinnen und -kritikern, sondern ist die Hoffnung vieler – auch in den westlichen Industriestaaten, die von der gegenwärtigen Weltordnung stark profitierten. Eine andere Welt müsste in jedem Fall auch geschlechtergerecht sein.

Mit dem Symposium „Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise“ am 4. Juli 2009 in München waren folgende Ziele verbunden:

- Verständnis über die globalen Zusammenhänge der Krise zu schaffen,
- die geschlechtsspezifischen Dimensionen der Krise zu verdeutlichen,
- feministische Konzepte und Theorien zur Bewältigung der Krise vorzustellen und zu diskutieren,
- politische Forderungen aus Frauensicht zu formulieren.

Es zeigte deutlich, dass Frauen in der Analyse und in der Debatte nicht nur einfach fehlen, sondern dass es ganz im Sinne von Gender Mainstreaming einer strukturellen Analyse und daraus resultierender Veränderung der ökonomischen Strategien und der Institutionen bedarf.

An einem Tag konnten nicht alle relevanten Themen abgedeckt werden, so etwa die Auswirkungen der Krise auf die spezifische Situation von

Migrantinnen, die im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen tätig sind und volkswirtschaftlich eine tragende Rolle spielen: In den westlichen Industriestaaten halten sie den Wohlfahrtsstaat am Laufen, in ihren Heimatländern sind ihre finanziellen Transferleistungen die Existenzgrundlage ihrer Familien und Gemeinden.

Dr. Barbara Stiegler
Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn

Das Symposium wurde von einer Reihe von Veranstalterinnen getragen: Neben der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Frauenakademie München beteiligten sich das Bayernforum der FES, das Münchner Frauennetz für eine frauengerechte Stadt und die Hochschule München.

Allen Mitveranstalterinnen und besonders den Referentinnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Birgit Erbe
Frauenakademie München

1. Wem nutzen die Konjunkturpakete?

Auswirkungen der Krise und der politischen Reaktionen auf Frauen und Männer

Sabine Reiner

Die Wirtschaft befindet sich in einer Krise von historischem Ausmaß. Die weltweite Produktion ist so schnell eingebrochen wie zuletzt in der Weltwirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg. In Deutschland haben nur die Menschen im Osten direkt nach der Wende einen ähnlich tiefen Einbruch erlebt.

Überall auf der Welt haben die Regierungen angesichts der Turbulenzen auf den Finanzmärkten sehr schnell Rettungsschirme für Banken in bis dahin ungekanntem finanziellem Ausmaß aufgespannt. In Deutschland stellte die Regierung fast 500 Milliarden Euro zur Bankenrettung zur Verfügung, obwohl es doch immer hieß, der Staat habe kein Geld. Zum Vergleich: Für den sofortigen Ausbau der Kitas waren zum Beispiel keine sechs Milliarden da. Mit dem wirtschaftlichen Einbruch folgten im zweiten Schritt Konjunkturpakete. Gegenüber den Bankenrettungsmaßnahmen fielen sie aber deutlich kleiner aus: Konjunkturpaket I und II umfassen zusammen etwa 60 Milliarden Euro.

Massive staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen galten vor der Krise als völlig überholt – sozusagen als Grufti-Ökonomie. Mit dem wirtschaftlichen Absturz riefen aber selbst die größten Markt fetischisten plötzlich lautstark nach dem Staat. Alle waren plötzlich wieder Keynesianerinnen und Keynesianer und erinnerten sich an einige Konzepte, weniger an die umfassenden Lehren, die der britische Ökonom John Maynard Keynes nicht zuletzt als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise ab 1929 zu Papier gebracht hatte. Mit seinem Namen verbunden sind staatliche Stabilisierungsmaßnahmen in wirt-

schaftlichen Krisenzeiten, die jetzt auch wieder aufgegriffen werden. Kaum aufgegriffen aber werden Keynes' Betonung von Faktoren, die permanent Instabilitäten bei der kapitalistischen Entwicklung verursachen, und schon gar nicht seine Vorstellung zur längerfristigen wirtschaftlichen Entwicklung.

Vision aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise des vergangenen Jahrhunderts

Unter der Überschrift „Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder“ leistete sich Keynes einen Blick in die Zukunft, der in der heutigen Situation sehr nachdenklich machen sollte, nachdenklich, weil wir scheinbar meilenweit weg von den damals skizzierten Möglichkeiten sind. Gleichzeitig ist die damalige Perspektive von Keynes aktueller denn je. In dem im Oktober 1930 – also ein Jahr nach Krisenbeginn – erschienenen Aufsatz schreibt Keynes:

„Wenn das Kapital um, sagen wir zwei Prozent pro Jahr wächst, wird sich die Kapitalausstattung der Welt in 20 Jahren um die Hälfte vergrößert haben, und siebeneinhalbmal in 100 Jahren. Stellen Sie sich das einmal in Form stofflicher Dinge vor – Häuser, Transportmittel und Ähnliches.“

Die „Entdeckung von Mitteln zur Einsparung von Arbeit“ werde allerdings schneller voranschreiten „als unsere Fähigkeit, neue Verwendung für Arbeit zu finden.“ Die Perspektive für die Enkelkinder: „Wir werden mehr Dinge für uns selber tun können, als es bei den Reichen heute üb-

lich ist“. Wir sollten uns, so Keynes, aber bemühen, die Arbeit, die noch zu tun ist, soweit wie möglich zu verteilen. Ganz konkret: Drei-Stunden-Schichten und eine Fünfzehn-Stunden-Woche sah er als Perspektive für die absehbare Zukunft. (Keynes 2007, Seite 139ff.)

Den Blick auf die Auswirkungen der Krise und der Maßnahmen gegen die Krise will ich an dieser Vision orientieren, die zu einer Zeit einer vergleichbar tiefen wirtschaftlichen Krise entworfen wurde. Wie damals hat auch die aktuelle Krise verdeutlicht, dass die eingeschlagenen Wege der wirtschaftlichen Entwicklung an Grenzen gestoßen und längerfristig offensichtlich nicht nachhaltig sind. Besteht die Aussicht, dass die Wege aus der Krise dieses Mal die zwischenzeitlich erreichten Produktivitätsfortschritte dauerhaft zum Wohle aller nutzen? Besteht die Aussicht, dass die Arbeit künftig „soweit wie möglich“ verteilt wird, dass nicht die einen sich gegen den Druck zu Arbeitszeitverlängerungen zur Wehr setzen und arbeiten müssen bis zum Umfallen, während anderen die Chance auf Erwerbsarbeit und eigenständiges Einkommen verwehrt wird? Welche Generation wird endlich die Generation der Enkelkinder sein, in der Erwerbsarbeit so verteilt ist, dass für alle – Männer wie Frauen – Zeit für Familie und Freunde, Freizeit und Zeit für Engagement bleibt?

Dimensionen und Ursachen der Krise

Die Kombination von Wirtschafts- und weltweiter Finanzmarktkrise ließ den Absturz so tief werden. Der letzte Aufschwung war in Deutschland bereits im Frühjahr 2008 zu Ende – bevor die Auswirkungen der Finanzmarktkrise zu spüren waren, die die Krise massiv verstärkten.

Besonders betroffen ist hierzulande das produzierende Gewerbe, das im ersten Quartal 2009 um ein Fünftel gegenüber dem Vorjahr eingebrochen ist. Die Nachfrage nach Exportgütern aus Deutschland lag um bis zu 30 Prozent niedriger als in den Vergleichsmonaten 2008. Insgesamt gehen die aktuellen Prognosen von einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 6,5 Prozent in diesem Jahr aus.

Wie auch in anderen Krisen reagiert der Arbeitsmarkt zeitverzögert und besonders in Deutschland durch die erhebliche Ausweitung der Kurzarbeit bisher sehr gedämpft. Im Juli 2009 waren 3,46 Millionen Menschen offiziell arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote lag damit bei 8,2 Prozent gegenüber 7,7 Prozent im Juli 2008. Insgesamt stieg die Anzahl der offiziell Arbeitslosen in diesem Zeitraum um gut 250.000. Bei den Männern nahm die Anzahl dabei um gut 270.000 oder 17 Prozent zu, bei den Frauen ging sie um 22.000 bzw. 1,4 Prozent sogar leicht zurück. In den nächsten Monaten droht ein starker Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit – im Winter 2010/2011 sogar auf fünf Millionen. (vgl. IMK 2009 und DIW 2009)

Drei bereits seit längerer Zeit wirksame Entwicklungstendenzen sind als wesentliche Ursachen der Krise zu benennen:

- Die Umverteilung von unten nach oben weltweit und innerhalb einzelner Länder, die in den kapitalistischen Industrieländern mit der nachlassenden Wachstums- und Investitionsdynamik seit Ende der 1960er Jahre einsetzte;
- seit der Jahrtausendwende stark zunehmende globale Ungleichgewichte zwischen Ländern mit hohen Exportüberschüssen und -defiziten und
- die politisch vorangetriebene Deregulierung der Finanzmärkte, die Spekulation und Blasenbildung erst ermöglichte.

Einige Schlaglichter sollen die Zusammenhänge illustrieren. (vgl. ausführlicher ver.di 2009b)

Die Umverteilung von unten nach oben zeigt sich insbesondere in den Industrieländern seit den 1970er Jahren an einem langfristigen erheblichen Rückgang der jeweiligen Lohnquoten und an einem heftigen Anstieg der Einkommen von reichen Haushalten. In den USA hatte die nach der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre eingeleitete Politik des New Deals bis in die 1970er Jahre zu einer gleichmäßigeren Verteilung von Einkommen und Vermögen geführt. Seither wurde dieser Trend wieder umgekehrt, heute sind bei der Einkommensverteilung wieder die Verhältnisse der 1920er Jahre hergestellt. (IMK 2009b) Die Einkommen des am besten bezahlten Fünftels der US-Bevölkerung stiegen seit 1970 real um

60 Prozent, während die übrigen Einkommensbezieher/innen real zehn Prozent verloren. Das Vermögen der Familie Walton, gewerkschaftsfeindliche Besitzer der Wal-Mart-Kette, ist größer als das Vermögen des unteren Drittels der US-Bevölkerung – also von über 100 Millionen Menschen. (Funnell 2009) In den USA stieg allerdings – im Unterschied zu Deutschland – die Konsumnachfrage weiter an, weil die ärmeren Haushalte ihre relativen Einkommensverluste durch eine zunehmende Kreditaufnahme kompensieren konnten.

In Deutschland ist der langfristige Umverteilungstrend mit der Politik der „Agenda 2010“ seit 2003 massiv verstärkt worden. Im vergangenen Aufschwung stieg die Beschäftigung nicht durch die Schaffung von normalen Vollzeitstellen. Zwischen 2003 und 2008 hat die Anzahl von unbefristeten, sozialversicherten Vollzeitjobs sogar um fast eine Million abgenommen. Vielmehr boomten alle Formen prekärer Beschäftigung: Ein-Euro-Jobs plus 300.000, Mini-Jobs plus 500.000, alle möglichen Formen von neuer (Schein-)Selbstständigkeit plus 400.000. Auch die Teilzeitquote hat weiter zugenommen: Ein Drittel aller Beschäftigten arbeiten inzwischen Teilzeit, 1996 waren es gerade einmal gut 20 Prozent. Bei der Leiharbeit gab es ebenfalls eine massive Zunahme um 400.000 auf zeitweise insgesamt 800.000.

Im Ergebnis sind die Einkommen aller Beschäftigten insgesamt seit Anfang des Jahrtausends real nicht mehr gestiegen, während die Einkommen aus Gewinnen und Vermögen um 30 Prozent gewachsen sind. Entsprechend verzeichnete die Lohnquote zwischen 2003 und 2008 einen beispiellosen Absturz von gut 70 auf nur noch etwa 65 Prozent. Doch dieser Absturz zeigt noch nicht einmal die ganze Dramatik der Ausweitung von Armut und Prekarität.

Die Beschäftigten in der oberen Hälfte der Einkommensskala konnten bei den Stundenlöhnen in diesen elf Jahren wenigstens noch ein kleines reales Plus von insgesamt etwa vier Prozent durchsetzen. Die Stundenlöhne der Beschäftigten auf der unteren Hälfte der Einkommensskala sind zwischen 1995 und 2006 inflationsbereinigt dagegen gesunken – beim unteren Viertel, wo die Arbeitsverhältnisse weniger häufig tarifgeschützt sind, um 14 Prozent! (Weinkopf 2009)

Durch diese Entwicklung ist der Niedriglohnsektor rasant gewachsen. Mit 22,2 Prozent aller Beschäftigten hat Deutschland in der EU knapp vor Großbritannien inzwischen den größten Niedriglohnsektor. Dabei sind 70 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor weiblich – das ist fast jede dritte erwerbstätige Frau. (ebd.) Die Auseinanderentwicklung bei den Einkommen ist daher ganz massiv zu Lasten von Frauen gegangen.

Die im letzten Aufschwung neu entstandenen Jobs waren viel zu schlecht bezahlt, um eine Belebung des privaten Konsums zu bewirken. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik klaffte zwischen dem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts und dem privaten Konsum eine deutliche Lücke: Während das Bruttoinlandsprodukt im Aufschwung bis 2008 real um knapp zehn Prozent gestiegen ist, kam der private Konsum mit einem Anstieg von nicht einmal einem Prozent praktisch nicht vom Fleck.

Diese Politik hat in mehrfacher Weise zur Entstehung der Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise beigetragen. Die zunehmende Umverteilung in Deutschland und weltweit hat ebenso wie die Privatisierung sozialer Sicherungssysteme und das verschuldungsgestützte Wachstum unter anderem in den USA immer mehr Geld auf die Finanzmärkte gespült. Je mehr Geld auf der Suche nach lukrativen Anlagen und immer höheren Renditen ist, desto größer die Gefahr der Blasenbildung und die Tendenz zur Verselbstständigung der Finanzsphäre gegenüber der Realwirtschaft, desto größer der Druck, immer neue Anlageformen und Finanz„produkte“ zu erfinden – so lange bis die Blase platzt.

Das politisch geförderte Lohndumping in Deutschland setzt außerdem andere Länder unter großen Druck. Da sie bislang den deutschen Umverteilungswettlauf zu Lasten der Beschäftigten nicht mitgemacht haben, haben sie massiv Weltmarktanteile gegenüber dem Exportweltmeister Deutschland verloren. Die Kehrseite hierzulande ist die schlechte Entwicklung auf dem Binnenmarkt. Die inländische Nachfrage hat zwar mit drei Vierteln der Beschäftigten das mit Abstand größere Gewicht für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. In den letzten Jahren hing das Wachstum aber zu zwei Dritteln vom Export ab.

Die Exporte ins Ausland stiegen steil an. Wegen der schwachen inländischen Entwicklung zogen die Importe aus dem Ausland aber nicht mit. So schnellte der deutsche Exportüberschuss bis 2007 mit 170 Milliarden Euro auf den höchsten Überschuss der Nachkriegszeit hoch. Deutschland hat also unter seinen Verhältnissen gelebt und viel mehr Waren und Dienstleistungen exportiert als im Gegenzug aus dem Ausland importiert wurden. Das konnte nur funktionieren, weil andere Länder mehr importieren als exportieren, also über ihren Verhältnissen leben. Und es konnte funktionieren, weil die Exporterlöse angelegt werden konnten: „2007 gingen 30 Prozent des Geldes, das die Deutschen beim Export netto machten, in US-Wertpapiere und Finanzderivate ... Weil sie so viel Geld aus streberhaften Außenüberschüssen unterkriegen mussten, trugen deutsche Finanzjongleure besonders zur globalen Finanzblase bei – und machten die Deutschen zugleich umso anfälliger für die Konsequenzen.“ (Fricke 2009)

Mit dem Platzen der Kreditblase ist die schuldenfinanzierte Nachfrage aus den Defizitländern, vor allem USA, aber auch Spanien, Großbritannien und vielen anderen zusammengebrochen. Absatzmärkte schrumpfen weltweit, die ganze Weltwirtschaft kommt ins Trudeln. Besonders betroffen sind Länder, die sich in hohem Maße von Exporten abhängig gemacht haben. Wenn diese Länder die Nachfrage auf ihren inländischen Märkten nicht stärken, wird es schwer für sie, der Abwärtsspirale der Krise zu entkommen. Die Finanzmarktkrise hat schlagartig deutlich gemacht, dass die Konjunkturlokomotive USA die Weltwirtschaft nur auf Kosten einer gigantischen Verschuldung ziehen konnte.

Aus der Vergangenheit lernen

Aus Weltwirtschaftskrise und Weltkrieg im letzten Jahrhundert waren durchaus wirtschaftspolitische Lehren gezogen worden. Die Verfechter des Wirtschaftsliberalismus befanden sich auf dem Rückzug. Die Mehrheit der Ökonomen und Ökonominen sowie der Verantwortlichen in der Politik setzte sich für Regulierungen ein, verbun-

den mit einer Zuweisung von Verantwortung für wirtschaftliche Stabilität und soziale Gerechtigkeit an staatliche Institutionen.

Die meisten Länder führten Maßnahmen zur stärkeren Kontrolle des Finanz- und vor allem des Kreditsystems ein und auf internationaler Ebene wurden 1944 in dem kleinen Ort Bretton Woods in den USA ein System fester Wechselkurse vereinbart. Zur Sicherung der Stabilität sollten gegebenenfalls die Zentralbanken auf den Devisenmärkten intervenieren. Auch für die Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung sahen die Regierungen sich in der Verantwortung. Dies äußerte sich in umfangreichen wirtschaftspolitischen Interventionen bis hin zu Verstaatlichungen von wichtigen Unternehmen. (vgl. Hufschmid 2002) Im deutschen Stabilitätsgesetz wurde die Verantwortung der Politik für vier Ziele festgeschrieben: Für ein stabiles Preisniveau, einen hohen Beschäftigungsstand, angemessenes Wachstum und, heute weitgehend vergessen, ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht – also das Gegenteil einer einseitig am Export orientierten wirtschaftspolitischen Strategie.

Das erneute Ausschlagen des Pendels in die andere Richtung fiel wiederum mit dem Beginn wirtschaftlicher Krisenzeiten zusammen. Für die Einbrüche bei Wachstums- und Beschäftigungsraten seit Anfang der 1970er Jahre wurde nun genau das verantwortlich gemacht, was im Fall der großen Krise der 1930er Jahre zur Lösung hatte beitragen sollen: Aus der damals rettenden Staatstätigkeit war im öffentlichen Sprachgebrauch Staatsversagen geworden, dem nur mit einer Revitalisierung von Marktkräften begegnet werden könne. Wie die langen Wellen der Wirtschaft bewegt sich offenbar auch eine lange Welle wechselnder theoretischer Grundansichten durch die Geschichte.

Auch in einer anderen Hinsicht gab es Kritik. Staatliche Verantwortung kann auch Formen staatlicher Bevormundung annehmen. So ging der patriarchale Staat bei der Wahrnehmung der ihm zugeschriebenen Verantwortung von einem klaren Leitbild bezogen auf das Verhältnis und der Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen aus. Das Leitbild war die bürgerliche Familie mit dem alleinverdienenden Ehemann und der allen-

falls zuverdienenden Hausfrau und Mutter. Der darauf abgestimmte institutionelle Rahmen etwa in den sozialen Sicherungssystemen oder im Steuerrecht (Ehegattensplitting, „Hausfrauensteuerklasse“) blieb bis heute in vielen Bereichen erhalten. Demgegenüber betonte die Frauenbewegung das Recht auf Eigenständigkeit und individuelle Freiheit auch für Frauen.

Das eigenständige, freie Individuum, das seines eigenen Glückes Schmied ist, das Arbeit findet, wenn es nur will, und dem vom Tellerwäscher zum Millionär alle Optionen offen stehen – genau das ist allerdings auch das überhöhte Leitbild im Neoliberalismus. Nancy Fraser stellt daher die unbequeme Frage: „War es bloßer Zufall, dass Neue Frauenbewegung und Neoliberalismus gleichzeitig, sozusagen als Tandem, in Erscheinung traten und gediehen? Oder gab es zwischen ihnen so etwas wie eine unappetitliche, untergründige Wahlverwandtschaft? Diese zweite Möglichkeit auch nur in Betracht zu ziehen, ist Ketzerei, gewiss, aber wir schaden uns selbst, wenn wir versäumen, ihr nachzugehen. Fest steht, dass der Aufstieg des Neoliberalismus das Terrain, auf dem die Frauenbewegung operierte, dramatisch veränderte. Das Ergebnis war, so meine These, eine Umdeutung feministischer Ideale.“ (Fraser 2009, Seite 50)

Fraser plädiert dafür, sich die Definitionsmacht über feministische Ideen und Ideale wieder zurückzuholen. Dabei müssten die Unterschiede zum Neoliberalismus betont werden, die vor allem darin bestünden, dass dieser blind sei gegenüber struktureller, über den Markt vermittelter Diskriminierung und Unterordnung. Demgegenüber müssten die Begriffe soziale Gerechtigkeit und Solidarität als Leitbilder in den Vordergrund gerückt werden.

Mit Recht ist zu fragen, wie weit individuelle Freiheit und Eigenständigkeit tragen können, wenn für Millionen von Frauen eine eigenständige Absicherung durch Erwerbsarbeit nur im Niedriglohnsektor mehr schlecht als recht gelingt. Oder wenn die Gleichstellung in der Gesellschaft darin besteht, dass – wie in Island – nun zwei Frauen die Leitung in der Landesbank und einer weiteren Bank übernommen haben und die Scherben aus der Krise zusammenkehren dürfen.

Bei der Einschätzung der Reichweite der Konjunkturpakete ist es daher nicht nur wichtig, ob eine konkrete Maßnahme unterschiedliche Auswirkungen auf Männer und Frauen hat. Zu fragen ist auch, ob die Antikrisenpolitik Grundlage für eine Entwicklung legt, die auch längerfristig stabil ist und Diskriminierung und Unterordnung entgegenwirkt.

Die Konjunkturpakete der Bundesregierung

Die Konjunkturpakete der Bundesregierung sind von dem Geist getragen, dass die Krise ein wenn auch tiefer, so doch vorübergehender Einbruch ist. An der wirtschaftspolitischen Ausrichtung und dem Entwicklungsmodell wird kein Änderungsbedarf gesehen. Ausdrücklich will Kanzlerin Merkel nur „Brücken bauen“, bis die Wirtschaft wieder Tritt fasst und der nächste Aufschwung einsetzt. „Ein generelles Umsteuern der deutschen Volkswirtschaft lehne ich ab. Mein Ziel ist, dass das Land Exportweltmeister bleibt.“ (Angela Merkel in der ARD-Sendung „Anne Will“ am 22. März 2009)

Die beiden bisher beschlossenen Pakete sind zu klein und für eine wirksame Gegensteuerung ungünstig zusammengesetzt. Nur etwa ein Viertel der Ausgaben sind für direkte öffentliche Investitionen vorgesehen, obwohl diese, wie viele Studien zeigen, den größten Wachstums- und Beschäftigungseffekt aufweisen. Die Hälfte der Ausgaben sind Steuer- und Abgabensenkungen, die wenig bringen und vor allem Unternehmen und Personen mit höheren Einkommen begünstigen. Eine Entlastung oder Unterstützung von Menschen mit geringen Einkommen wäre dagegen wirkungsvoller, weil sie zusätzliche Mittel auch unmittelbar und vollständig für zusätzliche Ausgaben nutzen. Hätte die Regierung den Gesamtumfang der Pakete in direkte öffentliche Ausgaben gelenkt, wäre die konjunkturstabilisierende Wirkung bei gleichen Kosten doppelt so hoch gewesen. (OECD 2009 und IMF 2008)

Der Gesamtumfang der Konjunkturpakete beträgt je nach Rechnung 60 bis 80 Milliarden Euro und damit rund drei Prozent des Bruttoin-

landsprodukts. (für eine übersichtliche Darstellung der Pakete siehe Eicker-Wolf, Niechoj, Truger 2009) Der höhere Betrag ergibt sich, wenn man, wie die Bundesregierung, Maßnahmen mit einberechnet, bei denen auch unabhängig von der Krise Handlungsbedarf bestand. Dies sind vor allem die Wiederausweitung der Pendlerpauschale und die Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge. Beides schlägt im Zeitraum 2009/2010 mit jeweils gut acht Milliarden Euro zu Buche und war wegen Urteilen des Bundesverfassungsgerichts notwendig.

Das erste, noch Ende 2008 beschlossene Konjunkturpaket, hat einen Umfang von elf Milliarden Euro und besteht zum größten Teil aus steuerlicher Entlastung von Unternehmen (sieben Milliarden Euro). Dazu kommen Investitionsanreize und -förderung (knapp drei Milliarden Euro) sowie Steuerentlastung für private Haushalte (Kfz-Steuer, höhere Absetzbarkeit von Handwerksleistungen, insgesamt 1,4 Milliarden Euro). Diese Maßnahmen erwecken den Eindruck, als hätte sich der Wirtschaftsflügel der Union voll durchgesetzt. Ein wirksames Konjunkturpaket sieht jedenfalls anders aus.

Schon im Januar 2009 musste die Bundesregierung nachlegen und brachte das zweite Konjunkturpaket im Umfang von knapp 50 Milliarden Euro auf den Weg. Mit immerhin 16 Milliarden Euro sind in diesem Paket nun auch Ausgaben für Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand vorgesehen. Jeweils neun Milliarden kosten die Senkung der Einkommensteuer und der höhere Steuerzuschuss zur Gesetzlichen Krankenversicherung. Der nächstgrößte Posten ist mit fünf Milliarden Euro die sogenannte Abwrackprämie. Ebenfalls in dieser Größenordnung bewegen sich die im Paket vorgesehenen Ausgaben zur Beschäftigungssicherung, darunter vor allem die Förderung der Kurzarbeit.

Bei der Kurzarbeit hat sich der Bestand innerhalb von nur vier Monaten auf über 1,2 Millionen Personen im März 2009 mehr als verzehnfacht. Für den Mai 2009 schätzt die Bundesagentur für Arbeit 1,3 bis 1,4 Millionen Menschen in Kurzarbeit, 80 Prozent davon sind Männer. In dieser Größenordnung lag ihr Anteil auch in den vergangenen Jahren, als die absolute Anzahl der

Kurzarbeiterinnen und -arbeiter viel niedriger war. Die Förderung der Kurzarbeit kommt also zum größten Teil Männern zugute. Da der Anstieg der Arbeitslosigkeit per Saldo bisher zulasten von Männern ging, erscheint dies vordergründig auch gerechtfertigt.

Auffällig ist allerdings, wie schnell und in welchem Umfang die Politik zur Unterstützung bereit ist, wenn vorwiegend von Männern besetzte Arbeitsplätze bedroht sind. Neben der direkten Förderung der Kurzarbeit mit gut drei Milliarden Euro gilt dies für die fünf Milliarden schwere Abwrackprämie zur Unterstützung der Automobilindustrie. Und es gilt für das medienwirksame Engagement wahlkämpfender Politikerinnen und Politiker zur Rettung der Arbeitsplätze bei Opel. Einen vergleichbaren Dauereinsatz zum Schutz bedrohter Arbeitsplätze der Verkäuferinnen hätte man sich auch bei Karstadt, Quelle oder Hertie gewünscht. Diese Auffälligkeit zeigte sich schon in der Vergangenheit: Es gab umfangreiche Unterstützung etwa zum Strukturwandel bei Kohle und Stahl, nicht aber als Hunderttausende von Frauenarbeitsplätzen in der Textil- und Bekleidungsindustrie verloren gingen. Auch 1996, nach dem „schwarzen Freitag der Rehabilitation“, mussten die überwiegend weiblich Beschäftigten die Folgen des Beitragsentlastungsgesetzes der Gesetzlichen Krankenversicherung alleine ausbaden: Umfangreiche Kürzungen im Reha-Bereich führten zum Verlust von über 10.000 Vollzeitstellen innerhalb von nur zwei Jahren. (Güttner-Mayer 2009)

Vom Anstieg der Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten werden voraussichtlich auch immer mehr Frauen betroffen sein. Die Ausweitung von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit schwächt die Einkommen und damit den Konsum der Menschen und belastet so die wirtschaftliche Entwicklung auch außerhalb der jetzt stark betroffenen Exportsektoren. Arbeitgeber werden die Krise zusätzlich nutzen, um den Druck auf die Einkommen der Beschäftigten zu erhöhen. Zudem droht, dass Bund, Länder und Gemeinden den Stellenabbau und den Druck auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst erneut verschärfen werden. Schon jetzt argumentieren sie, dies sei unausweichlich, weil die Verschuldung im Gefolge der

Krise enorm ansteigt. Innerhalb der EU gibt Deutschland schon heute gemessen am Bruttoinlandsprodukt am wenigsten für Beschäftigung im öffentlichen Dienst aus. Wenn die neue Bundesregierung diesen Schrumpfkurs weiter fortsetzt, werden viele Frauenarbeitsplätze wegfallen, denn etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind weiblich.

Die im Konjunkturpaket II beschlossene Senkung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) – finanziert durch die Erhöhung des Steuerzuschusses – und die Senkung der Einkommensteuer soll den privaten Konsum anschieben. Der Wirkungsgrad dieser Maßnahmen ist dann am stärksten, wenn vor allem niedrige Einkommen entlastet werden, weil aus diesen ein geringerer Anteil gespart wird. Die Senkung des Beitragssatzes bei der GKV kommt jedoch zur Hälfte den Arbeitgebern zugute. Zudem steigt die Entlastung bei den Beschäftigten wegen des einheitlichen Beitragssatzes mit zunehmendem Einkommen. Von den Steuersenkungen dagegen, so beteuert die Bundesregierung, würden vor allem Menschen mit geringen Einkommen profitieren. Dies trifft allenfalls auf die prozentuale Entlastung zu. Geringverdiener/innen haben von einer Steuersenkung ohnehin keinen Vorteil, weil sie überhaupt keine Steuern zahlen. Bei Singles gilt dies bis zu einem Jahresbruttoeinkommen von etwa 11.000 Euro. Für Durchschnittsverdienende mit knapp 30.000 Euro brutto beträgt die Entlastung gut 170 Euro im Jahr oder 14 Euro im Monat, bei Einkommen über 50.000 Euro sind es gut 270 Euro im Jahr. (BMF 2009)

Die Steuersenkung hat nicht nur eine erhebliche soziale, sondern auch eine geschlechterspezifische Schieflage. Denn in den oberen Einkommensbereichen, in denen die maximale Entlastungswirkung erreicht wird, sind Frauen nur zu 15 Prozent vertreten. Je höher das Einkommen, desto niedriger der Anteil der beschäftigten Frauen. Im unteren Zehntel der Einkommenshierarchie sind Frauen zu knapp 70 Prozent vertreten. (Gender-Datenreport 2005, Seite 176ff.)

Spürbar für Eltern war der sogenannte Kinderbonus von 100 Euro für jedes Kind. Allerdings war dies eine einmalige Ausgabe, die den Bundes-

haushalt 1,8 Milliarden Euro kostet. Zusammen mit der ebenfalls beschlossenen Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze für Kinder summieren sich die familienbezogenen Leistungen im Konjunkturpaket II damit auf 2,3 Milliarden Euro – oder weniger als die Hälfte der Ausgaben für die Abwrackprämie.

Die im Konjunkturpaket vorgesehenen Ausgaben für die Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand laufen zum überwiegenden Teil über die Kommunen. Mehr als zwei Drittel davon werden für Schulen und Kindergärten ausgegeben. (Ernst & Young 2009) Allerdings sind die Mittel nicht für zusätzliches Personal vorgesehen, sondern nur für einmalige Ausgaben wie für Renovierungen oder andere bauliche Maßnahmen. Die gesicherten oder zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze in diesem Bereich kommen fast ausschließlich Männern zugute. (Scheele 2009)

Die übrigen Mittel werden etwa für Lärmschutzmaßnahmen oder für soziale, kulturelle oder Freizeiteinrichtungen ausgegeben. Als konkretes Beispiel sei die Vergabe von acht Millionen Euro zur Sanierung des Karl-Liebknecht-Stadions in Potsdam-Babelsberg genannt. Der Geschlechterbias ist in diesem Fall allerdings nicht eindeutig, da im Stadion außer den Männern des Regionalligisten SV Babelsberg 03 auch die Deutschen Frauen-Fußballmeisterinnen vom 1. FFC Turbine Potsdam ihre Heimspiele austragen. Höchst kritikwürdig ist aber, dass der Finanzminister in Brandenburg, Rainer Speer, der über die Vergabe der Mittel aus dem Konjunkturpaket mitentscheidet, gleichzeitig Präsident des SV Babelsberg ist. (Märkische Allgemeine, 2. Juli 2009) Es ist durchaus empfehlenswert, sich vor Ort in der eigenen Kommune zu informieren und zu engagieren, die Möglichkeiten der kommunalen Mitbestimmung wahrzunehmen, um so auf künftige Investitionsentscheidungen Einfluss nehmen zu können.

So positiv die zusätzlichen Mittel für kommunale Investitionen sein mögen, sie können die zu erwartenden krisenbedingten Finanzprobleme der Kommunen nicht ausgleichen. Die Steuerausfälle für Bund, Länder und Gemeinden zusammen werden sich zwischen 2009 und 2013 gegenüber den ursprünglichen Erwartungen auf 300

Milliarden aufsummieren. 90 Prozent der Kommunen erwarten, dass Steuerausfälle bei ihnen höher sein werden als die zusätzlichen Einnahmen aus den Konjunkturpaketen. (Ernst & Young 2009) Und mit der neuen „Schuldenbremse“ hat die große Koalition die künftigen Verschuldungsmöglichkeiten von Bund, Ländern und Kommunen auch noch stark eingeschränkt bzw. ganz verboten – ungeachtet möglicher ökonomischer und sozialer Verluste. (ver.di 2009c)

Sozialökologisch umsteuern – solidarisch finanzieren

Die bisherigen Maßnahmen gegen die Krise reichen nicht aus, um einer drohenden anhaltenden Entwicklung mit Stagnation oder schwachem Wachstum und hoher Arbeitslosigkeit entschieden entgegenzuwirken. Mit den zeitlich begrenzten Konjunkturpaketen findet vor allem auch kein Umsteuern zu einem nachhaltigeren und stabileren Entwicklungsmodell statt. Erst recht nicht zu einem Wirtschaftsmodell, das Frauen und Männern gleiche Chancen einräumt. Die hier als wesentlich benannten Krisenursachen – extreme Schieflagen bei der Verteilung, globale Ungleichgewichte, Deregulierung – werden nicht oder in völlig unzureichendem Maße angegangen.

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist eine Politik notwendig, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht das Marktinteresse und die Gewinninteressen einiger Weniger. ver.di schlägt dafür zunächst ein drittes Konjunkturpaket im Umfang von 100 Milliarden Euro vor. (ver.di 2009a) Außer in arbeitsmarktpolitische Sofortmaßnahmen soll der Großteil der Mittel für Investitionen in Sachausgaben und ausdrücklich auch Personal fließen – vor allem mehr Personal für Bildung und Kinderbetreuung, aber auch in Krankenhäuser und Altenpflege und in die ökologische Modernisierung des Verkehrs. Berechnungen zeigen, dass dadurch zwei Millionen Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden können. Die Bedarfe in diesen Bereichen sind unbestritten. Sie sind aber auch dauerhaft. Das Konjunkturpaket

ist daher als Einstieg in ein Programm mit dauerhaft höheren Ausgaben in diesen Bereichen zu verstehen. Ein solches Programm finanziert sich durch seine Wachstums- und Beschäftigungseffekte zu rund 50 Prozent selbst. Zur zusätzlichen Finanzierung wird eine höhere Besteuerung der Profiteure von Umverteilung und der Verursacher der Krise vorgeschlagen.

Voraussetzung für eine Umkehr und eine nachhaltige Entwicklung ist außerdem, die Umverteilung von unten nach oben zu stoppen und wieder eine gleichmäßigere Verteilung zu gewährleisten. Dazu müssen die Löhne und der Sozialstaat gestärkt werden. Hierzulande heißt das, Befristungen, Leiharbeit und Minijobs massiv zurückzudrängen, endlich den gesetzlichen Mindestlohn von wenigstens 7,50 Euro pro Stunde einzuführen, das Arbeitslosengeld II zu erhöhen und wieder einen wirksamen Zumutbarkeitschutz für Jobs zu garantieren. Mehr öffentliche Ausgaben in den genannten Bereichen und eine gerechtere Verteilung würden Erwerbschancen und Einkommen insbesondere auch von Frauen verbessern. Außerdem würden sowohl die inländische Nachfrage wie die Nachfrage nach Importgütern gestärkt. Deutschland würde so einen Beitrag leisten, um die Kluft zwischen Im- und Exporten und damit das Ungleichgewicht im Außenhandel abzubauen.

Diese Vorschläge sind ausdrücklich auch dazu gedacht, einen Diskussionsprozess über die Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen anzuregen: Welche Vorstellungen und Wünsche haben Menschen, welche Leistungen erwarten sie als öffentliche Angebote, was also soll staatlich, was privat oder solidarisch organisiert sein, und wie könnte dies dann organisiert sein? Wie stellen wir uns die Verteilung von Erwerbsarbeitszeit, Zeit für Familie, Freunde, gesellschaftliches Engagement oder Muße vor? Ein solcher Diskussionsprozess selbst könnte Menschen motivieren, sich engagiert und selbstbewusst für ihre Interessen einzusetzen.

Die Themen „Gutes Leben – gute Arbeit“ oder Arbeitszeit und Zeitpolitik sind bei Gewerkschaften Dauerthemen, und damit eng verbunden das Thema Geschlechtergerechtigkeit. Die

Auseinandersetzungen um diese Fragen erfahren jetzt in der Krise und in ihrem weiteren Verlauf eine Zuspitzung. Die Zuspitzung von Widersprüchen sollten wir – Männer und vor allem Frauen – nutzen, uns zu verständigen und deutlich zu machen, wie wir leben und arbeiten wollen. Vor allem sollten wir uns selbst klar machen, dass es neben der notwendigen kurzfristigen Feuerwehrpolitik gegen die Krise um eine weitergehende

Perspektive gehen muss, um einen „langfristigen Prozess der Transformation im Sinn der Entfaltung einer neuen Lebenskultur und einer umfassenden Demokratisierung der Arbeits-, Lebens- und Geschlechterverhältnisse“. (Kurz-Scherf 2009) Vor 80 Jahren schon hat Keynes eine Perspektive für seine Enkelkinder skizziert. Knüpfen wir daran an!

Literatur

- Bundesministerium der Finanzen (BMF) 2009, Entlastungsbeispiele, http://www.bundesfinanzministerium.de/DE/Buergerinnen_und_Buerger/Gesellschaft_und_Zukunft/themenschwerpunkt_konjunkturpakete/074a__Entlastungsbeispiel,templateId=raw,property=publicationFile.pdf
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2009/2010, in: DIW Wochenbericht, Nr. 31/2009
- Kai Eicker-Wolf, Torsten Niechoj und Achim Truger, Vom unerwarteten Aufschwung in den Sog der Weltrezession. Zur makroökonomischen Politik unter der Großen Koalition, in: Kai Eicker-Wolf, Stefan Körzell, Torsten Niechoj, Achim Truger (Hg.), In gemeinsamer Verantwortung. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Großen Koalition 2005-2009, Marburg 2009, Seite 19-73
- Ernst & Young, Deutsche Kommunen 2009 – Konjunkturpaket II und ÖPP. Ergebnisse einer Befragung von 300 deutschen Kommunen, Juni 2009
- Nancy Fraser, Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2009, Seite 43 bis 57
- Thomas Fricke, Exportjunkie, noch ein Schuss, in: Financial Times Deutschland, 21. August 2009, Seite 26
- Ben Funnell, Debt is capitalism's dirty little secret, in: Financial Times, 30. Juni 2009
- Gender-Datenreport, hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2. Fassung, München 2005
- Georg Güttner-Mayer, Rehabilitation 2009. Stationäre und ambulante Rehabilitation am Scheideweg zwischen Expansion und Wachstum oder Krise und Konkurs, unveröffentlichte Präsentation, ver.di Bundesverwaltung, Fachbereich 9, 2009
- Jörg Huffschmid, Politische Ökonomie der Finanzmärkte, aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Hamburg 2002
- Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK 2009a): Deutsche Wirtschaft verharrt in Talsohle, in: IMK Report, Nr. 39
- IMK-Arbeitskreis Finanzkrise (IMK 2009b), Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise“, IMK-Report Nr. 38
- International Monetary Fund (IMF 2008), Fiscal Policy for the Crisis, IMF Staff Position Note, December, 29 2008
- John Maynard Keynes, Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder, in: Norbert Reuter, Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, Marburg 2007
- Ingrid Kurz-Scherf, Monopoly-Kapitalismus – Reservat der Männlichkeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2009, Seite 36 bis 40
- OECD-Wirtschaftsausblick, Zwischenausgabe, März 2009

- Alexandra Scheele, Hat die Wirtschaftskrise ein Geschlecht? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2009, Seite 26 bis 28
- ver.di 2009a, Sozialökologisch umsteuern – solidarisch finanzieren. Vorschläge der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) für ein drittes Konjunkturpaket, April 2009
- ver.di 2009b, Bereich Wirtschaftspolitik, Solidarisch aus der Krise. Zwei Millionen Arbeitsplätze. Profiteure zur Kasse“, Mai 2009, www.wipo.verdi.de
- ver.di 2009c, Investitionen in die Zukunft statt Schuldenbremse, Dokumentation der Tagung vom 16. April 2009
- Claudia Weinkopf, Niedrig-, Kombi-, Mindestlöhne, in: Kai Eicker-Wolf, Stefan Körzell, Torsten Niechoj, Achim Truger (Hg.), In gemeinsamer Verantwortung. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Großen Koalition 2005-2009, Marburg 2009, Seite 117–141

2. Die Subprime-Krise und die geschlechtsspezifische Schuldenfalle

Brigitte Young

Die globale Finanzkrise hatte ihren Ursprung zwar im US-amerikanischen Subprime-Kreditmarkt, löste aber eine weltweite Kreditkrise aus, die die globale Realwirtschaft mit unvorhergesehener Wucht traf. Die Subprime-Krise wird einer ganzen Reihe von Faktoren angelastet. Dabei wird allerdings meist außer acht gelassen, dass in den Vereinigten Staaten ein Wandel von einem über die Makroökonomie gesteuerten Sozial- und Wirtschaftsmodell hin zu einem Modell der *Finanzialisierung des Alltagslebens* (*financialization of everyday life*; Froud et al., 2007) stattfand. Das Bindeglied zwischen beiden Modellen waren durch Privatschulden finanzierte Immobilien. Meine im Folgenden empirisch zu überprüfende These lautet, dass der Wandel der makroökonomischen Verhältnisse in den USA, verbunden mit der komplexen Verbriefung der Immobilienhypotheken, zunächst den Boom anheizte und dann auch die Finanzkrise auslöste. Gleichzeitig lässt sich empirisch nachweisen, dass insbesondere die ärmeren Schichten der Gesellschaft (wie etwa Frauen und Minoritäten) durch die hohe Verschuldung und die steigenden Kosten der Schuldentilgung die Lasten und Risiken der makroökonomischen Strategie des privatisierten Keynesianismus tragen (Montgomerie/Young 2009).

Im Folgenden soll zunächst der Prozess der *Finanzialisierung des Alltagslebens* als Wandel vom staatlichen zum privatisierten Keynesianismus dargestellt werden. Im zweiten Teil wird dann die Entwicklung des Subprime-Sektors als ein Aspekt des Bürgerrechtsdiskurses erklärt, der aufgrund bestimmter gesetzlicher Regelungen Minoritäten

und sozial schwachen Gruppen den Zugang zu Wohneigentum ermöglichte. Das führte dazu, dass einerseits die Banken auf inzwischen vielfach wertlosen hypothekengesicherten Wertpapieren (MBOs) sitzen, und andererseits dazu – wie im dritten Teil gezeigt wird –, dass die ärmeren Schichten durch den mit hohen Schulden verbundenen Einstieg in den Subprime-Markt nun bei stagnierenden Löhnen in eine hochriskante Schuldenfalle gerieten (Montgomerie/Young 2009).

Der privatisierte Keynesianismus und die Finanzialisierung des Alltagslebens¹

Mit dem Begriff der *Finanzialisierung* wird ein Prozess beschrieben, in dem „die Zwänge und Strukturen eines Finanzmarkt-Regimes in die internen Organisationsstrukturen der Unternehmen übersetzt werden“ (Windolf 2005: 17). Mit dem erweiterten Begriff der *Finanzialisierung des Alltagslebens* werden die Durchdringung des Alltags und die diskursive Macht der Finanzmärkte in den Blick genommen (Nölke 2009). In seiner konstruktivistischen Interpretation definiert Leonard Seabrooke den Begriff „*financialization of everyday activities*“ als einen Weg zum Verständnis dafür, wie neue finanzielle Verfahren durch Regierungsverordnungen und die Aktivitäten privater Institutionen geschaffen werden, und besonders zum Verständnis dafür, wie sie die täglichen Gewohnheiten, das Risikoverhalten und das intersubjektive Verständnis innerhalb der breiteren Bevölkerung verändern“ (Seabrooke 2008: 6). Mit

1 Dieser Abschnitt des Aufsatzes bezieht sich auf Teilaspekte meines Beitrages „Vom staatlichen zum privatisierten Keynesianismus. in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 16,1: 141–159.

anderen Worten, die *Finanzialisierung* des täglichen Lebens hat mit der Transformation des keynesianischen Wohlfahrtsstaates zu tun und führte dazu, dass die makroökonomische Nachfrage als Motor der Wirtschaftsdynamik nicht mehr über den Sozialstaat und die Koppelung der Reallöhne an die Produktivität gesichert wurde, sondern durch den verschuldeten privaten Immobilienbesitz (Schwartz 2008; Langley 2008; Young 2009).

Die Beschreibung der Transformation des fordistischen Akkumulationsregimes seit dem Amtsantritt von Margaret Thatcher 1979 und Ronald Reagan 1980 muss hier nicht detailliert wiederholt werden. Bob Jessop (1994) hat ausführlich auf den Wandel vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat zu einem *schumpeterianischen workfare state* hingewiesen. Im Mittelpunkt steht der Machtverlust der Gewerkschaften infolge der angebotsorientierten Förderung von Flexibilität und der ständigen Innovation im Rahmen grenzüberschreitender offener Märkte. Die Nachfragepolitik des keynesianischen Wohlfahrtsstaates wurde dann durch die angebotsorientierte Politik der „Workfare-Policies“ ersetzt, so dass die Sozialversicherungssysteme, soweit sie nicht der Erhöhung der Flexibilität und Konkurrenzfähigkeit dienten, um- oder abgebaut wurden. Gleichzeitig symbolisierte der *schumpeterianische workfare state* (in Deutschland etwa unter dem Schlagwort „Fördern und Fordern“ bekannt) die Aufhebung des institutionalisierten Kompromisses zwischen Kapital und Arbeitnehmer der Nachkriegszeit. „Die ‚Workfare-Policies‘ stellen“, so Jessop, „auch den Versuch dar, jene wohlfahrtsstaatlichen Rechte zurückzunehmen, die in den Nachkriegsjahren als Klassenkompromiss etabliert wurden“ (Jessop 2001: 88).

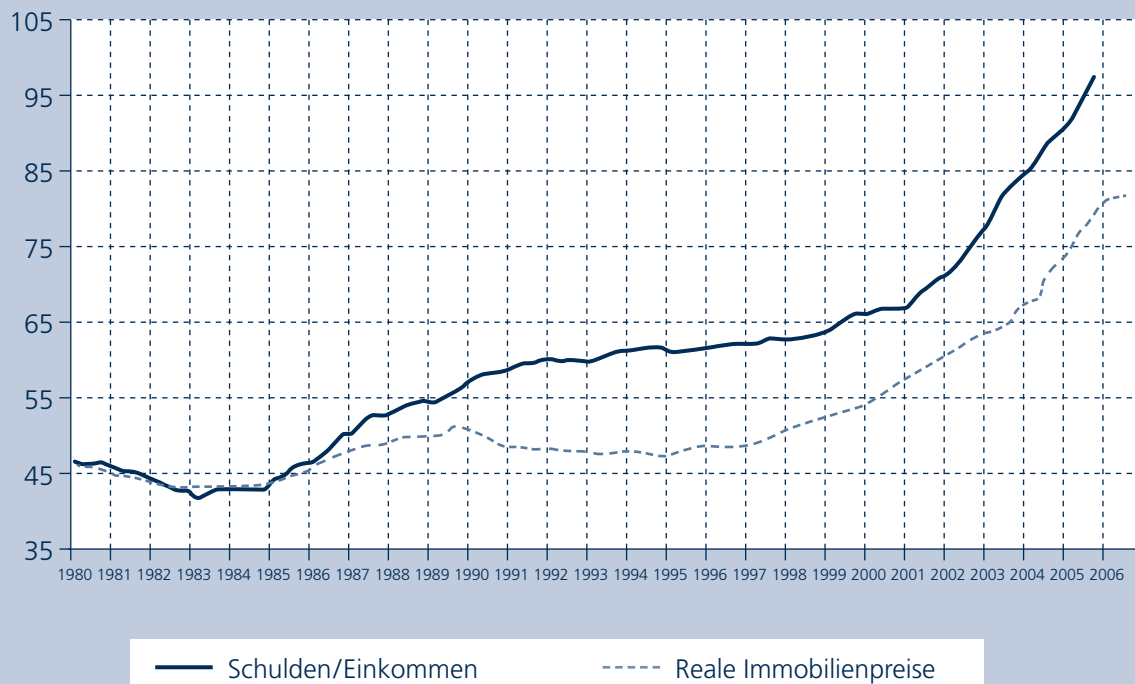
Dieser Wandel zu einem politischen Projekt, das Stephen Gill (2000) als „neuen Konstitutionalismus des disziplinierenden Neoliberalismus“ (S. 26) bezeichnet, der für die Ausgestaltung des Staates und das globale Wirtschaftsmanagement eine globale, marktbasierende, besitzindividualistische Strategie festschreibt, führt aber zu einer Ungereimtheit. Wenn nämlich der Neoliberalismus die Sozialversicherungssysteme als ineffi-

zient, verschwenderisch und paternalistisch kariert und gleichzeitig zu strenger fiskalischer Sparsamkeit, restriktiver Geldpolitik und der Privatisierung von bisher öffentlich finanzierten Dienstleistungen aufruft, dann muss die Frage gestellt werden, wie insbesondere ärmere Einkommensgruppen Zugang zu einer Geldgesellschaft bekommen, die die *financialization of everyday activities* voraussetzt. Die Verdrängung von öffentlichen Gütern durch individuelle, markt-basierte Leistungen (wie z.B. Privatpensionen, private Gesundheitsversicherungssysteme, private Krankenhäuser, Privatschulen, private Kinder- und Altenbetreuung, privatisierte Energie- und Transporteinrichtungen) sind zunehmend Ausdruck eines weltweiten Prozesses der Finanzialisierung des Alltagslebens.

Dieses *Paradox der Zwänge*, wie es Janine Brodie bezeichnet, in dem „die neo-liberale Globalisierung den Bedarf an sozialer Intervention im Namen der menschlichen Sicherheit maximiert, während sie gleichzeitig die politischen Räume und strategischen Instrumente minimiert, die notwendig sind, um das Allgemeinwohl zu erhalten“ (Brodie 2003: 60) wurde nämlich in den USA durch private Kreditexpansion und individuelle Haushaltsverschuldung gelöst. Die Antwort auf das Paradox von stagnierenden Löhnen und sinkenden Sozialdienstleistungen einerseits und dem Zugang zu Konsumgütern (inklusive medizinischer Betreuung, Studiengebühren, Autodarlehen, Kreditkarten, Startkapital für kleine Dienstleistungsfirmen) war die Verschuldung über Hypotheken. Abbildung 1 zeigt, wie die Hypothekenverschuldung der privaten Hauseigentümer mit dem Anstieg der realen Immobilienpreise korrelierte; allerdings fällt der Anstieg der Kurve der Privatverschuldung im Verhältnis zum Einkommen nach 2001 steiler aus, als die des Anstiegs der realen Immobilienpreise (Young 2009).

Infolge bisher größtenteils noch ungeklärter und unbeabsichtigter Gegebenheiten, wie der historisch niedrigen Zinssätze in den USA seit den 1990er Jahren und der internationalen Liquiditätsüberschüsse, die die nominalen Kosten der Kreditaufnahme in den letzten zwanzig Jahren global stark nach unten drückten, wurde Immo-

Abbildung 1:

Haushaltshypothekenschuld und reale Hauspreise (Quartalsdaten)

Quelle: Zitiert nach Finicelli (2007: 6); ursprünglich Bureau of Economic Analysis and Federal Reserve

bilieneigentum in den USA (später auch in Großbritannien und Irland, Spanien und Australien) zum neuen Motor eines von den Konsumenten angeführten und über Privatschulden finanzierten ökonomischen Wachstumsmusters. Im Mittelpunkt der globalen Rekonfiguration von Gläubigern und Schuldnern stand der Immobilienmarkt der Vereinigten Staaten. Während die Mehrheit der sozialwissenschaftlichen (linken) Autoren die Rekonfiguration des keynesianischen Wohlfahrtsstaates nur als Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit analysierten, wurde *Grundbesitz* (z.B. der Besitz von Immobilien) als Wertbestand von keinem Autor als mögliche Substitution staatlicher Sozialversicherungssysteme erkannt. Mit anderen Worten, der Immobilienmarkt fungierte als eine Form von *Wohnimmobilien-Kapitalismus* (Schwarz 2008)², der sich durch die internationalen Liqui-

ditätsüberschüsse finanzierte. Diese Kapitalflüsse förderten ihrerseits die US-amerikanische Wachstumsdynamik innerhalb der Konsumökonomie. Der Immobilienmarkt, der tief mit amerikanischen, konservativen Wertvorstellungen der *Eigentümergeellschaft* verwurzelt ist, fungierte somit als *funktionales Äquivalent* der keynesianischen Nachfragepolitik (Young 2009).

Die Entwicklung des Subprime-Sektors als Bürgerrecht

In der heute zunehmend emotionalen Debatte über die manchmal durchaus kriminellen Machenschaften der Banken, Subprime-Hypotheken an einkommensschwache Haushalte mit niedriger Bonität (wie z.B. die *Ninja Darlehen* – No Income, No Job, No Assets) zu vergeben, wird oft-

2 Schwarz nennt dies einen *residential capitalism*.

mals übersehen, dass der Zugang zu günstigen Immobilienkrediten für alle Gesellschaftsschichten der Vereinigten Staaten als Bürgerrecht auf Eigentum über Jahrzehnte erkämpft worden war. Welche Bedeutung das Wohneigentum für die amerikanische Gesellschaft hat, zeigt schon die hohe Anzahl von Regierungsinstitutionen, die für Wohnungspolitik und Wohnungsfinanzierung zuständig sind und in den letzten 20 Jahren die Expansion von Hypothekenkrediten aktiv gefördert haben. Hier sind bis zu ihrer gänzlichen Verstaatlichung im Jahr 2008 die als quasi-staatlich gegründeten Hypothekenbanken wie *Fannie Mae*, *Freddie Mac* und *Ginnie Mae*³ zu erwähnen. Die Subprime-Kreditvergabe wurde aber erst 1980 mit der Bundesgesetzgebung möglich, die die Zinsobergrenzen auf die erste Pfandhypothek (first lien home mortgage) in einzelnen US-Staaten eliminierte. Gleichzeitig wurden auch die Zinsen und Gebühren für Konsumentendarlehen mit der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes in *Marquette and Smiley* dereguliert (Montgomery/Young 2009). Diese Deregulierung erlaubte es den Kreditgebern, sich in Staaten ohne Gesetze gegen Wucherzinsen niederzulassen, wie in Delaware und Süd-Dakota. Den entscheidenden Anstoß für die Welle von Subprime-Krediten gab aber erst die Innovation der Kreditverbriefungen in der Finanzbranche, die das Management von loan pools transformierte. Durch den Handel mit hypothekengesicherten Wertpapieren (MBOs), die zur Gruppe der Derivate von *collateralized mortgage obligations* (CMOs) gehören, werden die Rückzahlungen des Hypothekensbetrages von den Zinsraten getrennt und diese dann den Investoren als Anleihen mit unterschiedlichen Laufzeiten angeboten. Die Hypotheken-Verbriefungen sind deshalb so gefährlich, weil die Hypothekenbanken die Kredite als MBOs verkaufen und somit eine Auslagerung von Kreditrisiken stattfindet, welches wiederum den Anreiz vermindert, die Bonität der Kreditnehmer zu überprüfen (Young 2009: 153). Abbildung 2 zeigt die zuneh-

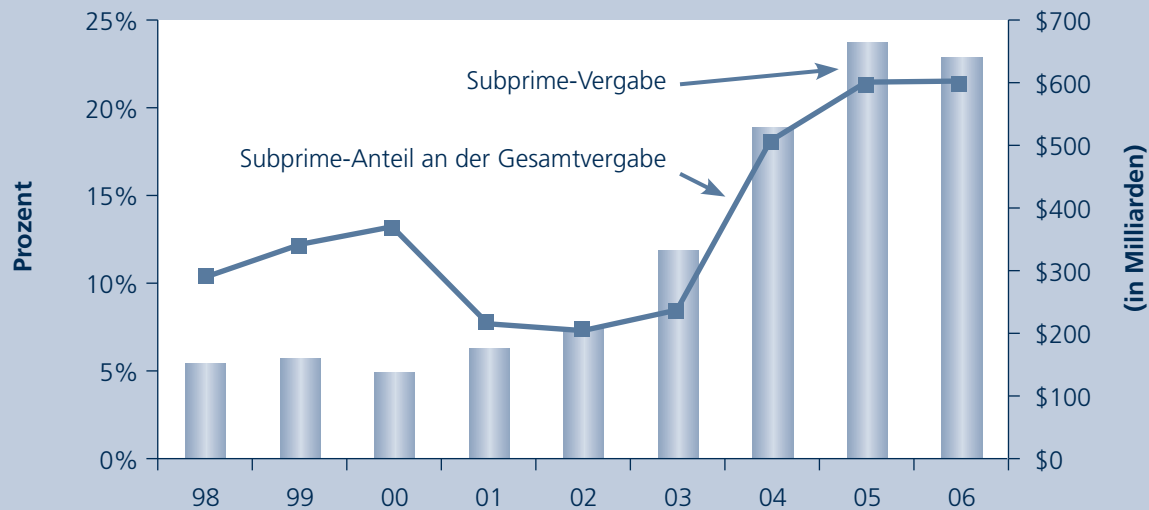
mende Bedeutung des so genannten Subprime-Sektors als Anteil des Gesamtimmobilienmarktes und die rasante Zunahme von Subprime-Antragstellern (originators), beginnend im Jahr 2003. Diese Gruppe hat sich zwischen 1998 und 2005 von 10% auf 24% der Kreditnehmer erhöht. Mit anderen Worten, ungefähr eines von vier Darlehen ging an Subprime-Antragsteller – mit entsprechend höheren Zinsbelastungen für die Darlehensempfänger.

So paradox es auch klingen mag, aber gerade die Durchsetzung von Antidiskriminierungsgesetzen förderte die Entwicklung des Subprime-Kreditnehmers. Es war der 1974 verabschiedete Equal Credit Opportunities Act (*Regulation B*), der eine Diskriminierung der Kreditvergabe „auf der Grundlage von Geschlecht, Familienstand, Rasse, nationaler Herkunft, Religion oder Einkommensquelle“ verbot (Montgomery/Young 2009). Die Integration von Subprime-Kunden in die Klasse der Eigentümer ist unmittelbar verbunden mit einem *Rechtsanspruchsdiskurs und Alltagspolitik* (Seabrooke 2008: 3). Leonard Seabrooke weist auf die Tatsache hin, dass die Vergabe von billigen Krediten an Geringverdiener eine Form von „Sozialhilfe für die Massen“ (S. 8) symbolisierte, die nicht mit den traditionell negativen Vorbehalten gegenüber den staatlichen Wohlfahrtsprogrammen der US-amerikanischen Unterklasse assoziiert wurde. Das Recht auf Wohneigentum wurde im Diskurs der täglichen Politik zur Normalität, ausgehend von der weit verbreiteten Annahme, Wohnimmobilien seien eine sichere Anlage für die Altersversorgung und gleichzeitig ein funktionales Äquivalent der stagnierenden Reallöhne und gekürzten Sozialleistungen (Langley 2008; Seabrooke 2008; Young 2009).

Die Entwicklung eines so genannten Wohlfahrtsausgleichs hat Francis Castles (1997) in einer komparativen Studie überzeugend dargestellt, indem er auf ein umgekehrtes Verhältnis „zwischen dem Anteil an Wohneigentum und dem Umfang an Zuwendungen durch den Sozialstaat“

3 *Fannie Mae* wurde während des New Deals als *Federal National Mortgage Agency* gegründet. *Freddie Mac* wurde 1970 als Teil des *Emergency Home Finance Act* von der US-amerikanischen Regierung als eine *Federal Home Loan Mortgage Corporation* etabliert. *Ginnie Mae* wiederum wurde durch den *Civil Rights Act* von 1968 (Title VIII) für Kreditnehmer mit niedrigem Einkommen und für Minderheiten gegründet und bedient nur den rein öffentlichen Wohnungsmarkt (Seabrooke 2008: 7).

Abbildung 2:

Subprime-Vergabe und deren Anteil an der Gesamtvergabe der Immobilien

Quelle: McCulley 2007:3.

aufmerksam machte. Er schloss daraus, dass „breit gestreutes Wohneigentum den Bedarf an großzügiger Einkommensunterstützung für Senioren reduzieren und dem hohen Maß an Ungerechtigkeit innerhalb der Bevölkerung abhelfen könnte“ (Castles 1997: 5). Der Wechsel zu einem auf Wertbeständen basierenden, über Hypotheken finanzierten Wohlfahrtssystem der Immobilieneigentümerschaft lässt sich daher nicht als radikaler Wandel der amerikanischen politischen Kultur des Individualismus, in der Eigentum im Vergleich zu Sozialhilfe quer durch alle Einkommensschichten positiv bewertet wird, interpretieren.

Es ist deshalb nicht überraschend, dass George W. Bush die Vorteile einer Eigentümergesellschaft propagierte, die den Jeffersonschen Traum eines Eigenheims verwirklichte und für konservative Werte wie Tugendhaftigkeit, Selbstverantwortung und Unternehmertum steht. Diese marktfreundliche konservative Politik der Eigentümergesellschaft, die Margaret Thatcher schon in den 1980er Jahren mit der Privatisierung britischer Sozialwohnungen angestrebt hatte, ist im Kontext einer hegemonialen globalen Strategie von Individualismus, Demokratie und

Freiheit zu sehen. In einer Rede am 17.6.2004 erläuterte Präsident G.W. Bush die Eckpfeiler einer Eigentümergesellschaft als die sicherste Grundlage für eine Stakeholder-Kultur der normativen Verteidigung der US-amerikanischen Grundwerte (Bush 2004). Die Entwicklung der Eigentümergesellschaft ist als konservative Politik zu verstehen, da sie die Forderungen nach mehr öffentlichen Sozialdienstleistungen bereits im Ansatz ausschließt. Schwartz zeigt eindrucksvoll die transformativen Beziehungen zwischen einer makroglobalen Dynamik der Finanzmärkte einerseits und der innenpolitischen Dynamik der amerikanischen Eigentümergesellschaft andererseits:

Der Rückgang der Inflation in den 1990er Jahren verband sich mit den Operationen der globalen Kapitalmärkte, um in Ländern, die durch weit verbreiteten Hausbesitz, ein hohes Niveau an Hypothekenschulden im Verhältnis zum BSP, die leichte Refinanzierung dieser Hypotheken und deren Verbriefung gekennzeichnet waren, einen unterschiedlichen Typus der aggregierten Nachfrage hervorzurufen. Diese wachsende aggregierte Nachfrage wiederum löste einen sich selbst erfüllenden Zuwachs der Beschäftigung und des Output aus, von dem die politisch ent-

scheidenden Schichten in diesen Ländern profitierten. Die wachsenden Wohnkosten, denen diese Schichten ausgesetzt waren, stärkte ihr Interesse an Geldeinkommen anstelle kollektiver sozialer Dienstleistungen und an einem Niedrighalten der Inflation und damit der nominalen Zinssätze. Das Wohnungswesen und die Finanzierung des Hausbesitzes haben daher wichtige politische Konsequenzen (Schwartz 2008: 264).

Der Kollaps des Subprime-Sektors und mit ihm der Kollaps des Bankensektors sowie der Derivatengeschäfte ist die eine Seite der Medaille. Sie zeigt die Verflechtung zwischen einem privatisierten Keynesianismus und der zunehmenden Finanzialisierung des Alltagslebens und belegt auf anschauliche Weise, wie der Subprime-Immobilien Sektor zum Spielcasino der Finanzmärkte wurde. Die andere Seite ist aber der trade-off zwischen dem durch Verschuldung erworbenen privaten Wohneigentum und der damit erhofften sicheren Anlage für die Altersversorgung bei gleichzeitig stagnierenden Löhnen und gekürzten Sozialleistungen. Der nächste Abschnitt befasst sich mit den Auswirkungen der Subprime-Krise auf verschiedene Bevölkerungsgruppen und zeigt vor allem, dass die Expansion der Subprime-Kredite trotz der Rhetorik von *democratic finance* und der Inklusion von zuvor ausgeschlossenen Gruppen die gesellschaftliche Ungleichheit in den USA weiter vertiefte (Montgomery/Young 2009).

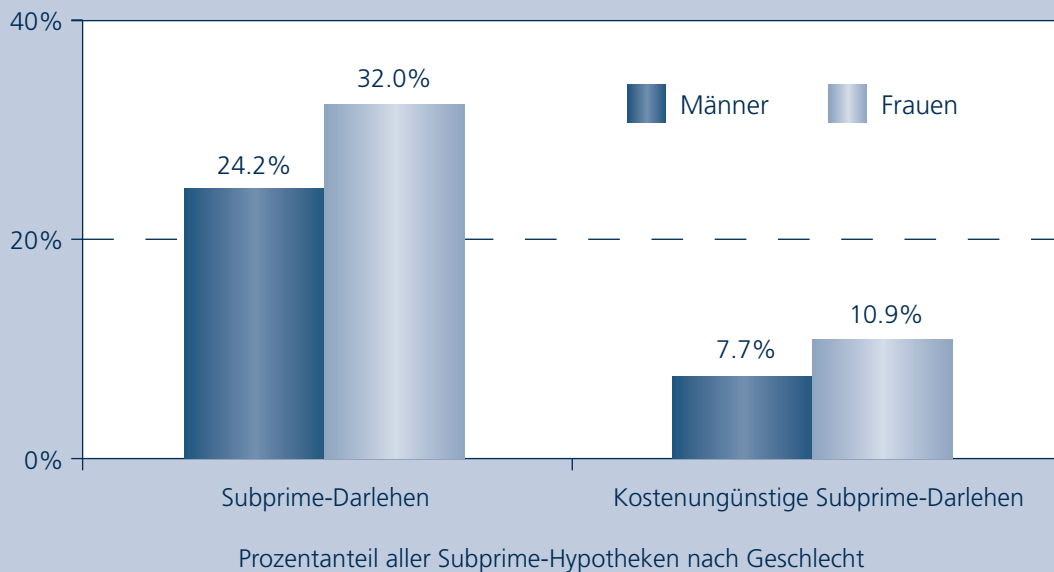
Der Trade-Off zwischen Wohneigentum und Finanzialisierung des Alltagslebens: Die Schuldenfalle

Wie bereits erwähnt, wurde der Subprime-Sektor als ein wichtiger Bestandteil der amerikanischen Eigentümergeinschaft gefeiert und galt als viel versprechender Weg des sozialen Aufstiegs in die Mittelklasse, insbesondere für Frauen und Minoritäten. Seit den 1980er Jahren hat sich der Anteil von Frauen als Familienvorstände mit Wohneigentum von 48% auf 53% erhöht (NCRW 2008). Das Vermögen in Form von Wohneigentum war für Frauen und Minoritäten deshalb so wichtig, weil die steigenden Immobilienpreise als wich-

tige Grundlage für die Anschaffung von Konsumgütern fungierten. So konnten Subprime-Besitzer sich den amerikanischen Traum vom Eigenheim erfüllen und gleichzeitig ihren Immobilienbesitz für die Aufnahme weiteren Fremdkapitals einsetzen. Hauseigentümer konnten durch zusätzliche Sicherheiten weitere Kredite auf bereits hoch verschuldete Immobilien aufnehmen, die aber nur durch inflationäre Immobilienpreise gedeckt waren. Das System beruhte auf der fatalen Annahme, die Immobilienpreise würden sich linear nach oben entwickeln – ein Absturz des Immobilienmarktes war nicht einkalkuliert. Der privatisierte Keynesianismus und die damit verbundenen Prozesse der Finanzialisierung der alltäglichen Aktivitäten hatten den realen Effekt, dass der *gefühlte* Reichtum auch der ärmsten Schichten trotz stagnierender Löhne und der Reduzierung von Sozialleistungen ständig zunahm. Die Pyramide beruhte jedoch nur auf dem Gerüst der Verschuldung, und die derzeitige Welle der Entschuldung trifft diese Schichten besonders hart.

Die von staatlicher Seite propagierte Eigentümergeinschaft hatte noch weitere gravierende Schattenseiten, wenngleich empirische Studien hierzu rar sind. Erstens haben die Anhörungen im Senat gezeigt, dass bei der Vergabe von Immobilienkrediten Frauen (und Minoritäten) trotz gleicher und in manchen Fällen sogar höherer Kreditwürdigkeit in die Subprime-Kategorie mit höheren Zinsauflagen herabgestuft wurden. Frauen mit einem im Vergleich zu Männern überdurchschnittlichen Einkommen mussten oftmals Subprime-Kreditkonditionen akzeptieren (Fishbein 2007; Fishbein und Woodall 2006). In einer von Senator Edward Kennedy organisierten Anhörung des Senats im Herbst 2008 wurde anhand von Kreditdaten gezeigt, dass Frauen 29% der Gesamtdarlehensnehmer von Immobilienkrediten stellen, aber 32 % der Subprime-Kunden repräsentieren (siehe Abbildung 3). Insbesondere im kostengünstigen Subprime-Markt sind 10,9% der Frauen im Vergleich zu 7,7% der Männer vertreten. Frauen aus Minoritäten landeten ungeachtet ihres Einkommens am ehesten in der Subprime-Kategorie. Schwarze Frauen waren über alle Einkommensgruppen hinweg besonders stark betroffen (US-Senate 2008).

Abbildung 3:

Frauen und Subprime-Darlehen

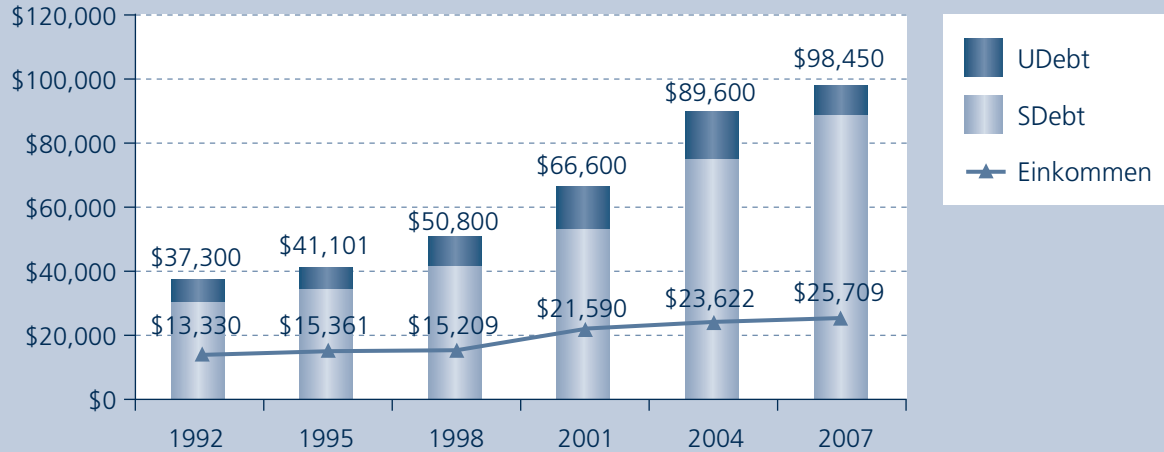
Quelle: US Senate Hearing 2008: 7.

Zweitens kam hinzu, dass die schwächsten Gruppen der Gesellschaft (allein erziehende Mütter sowie Mütter mit Minoritätshintergrund) durch die Hypothekenlast und den fälligen hohen Schuldendienst bei relativ stagnierenden Einkommen stärker belastet wurden. Deshalb ist auch der Kollaps des Subprime-Sektors für finanzschwache Gruppen eine Katastrophe, wie Oliver/Shapiro (2008) in ihrem Artikel „Sub-prime as a Black Catastrophe“ zeigen. Für die amerikanische Durchschnittsfamilie ist Wohneigentum die wichtigste Grundlage der Vermögensbildung. Bei schwarzen Familien ist dieser Anteil unverhältnismäßig hoch: Das Wohneigentum repräsentiert hier 63% des Gesamtnettovermögens, bei weißen Familien sind es dagegen nur 38,5%. Wohneigentum fungiert als Kreditsicherheit für die Aufnahme von Fremdkapital, zur Finanzierung der Altersversorgung, zur Kreditkartenrückzahlung, zur Finanzierung des Universitätsstudiums oder als „Versicherung“ gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit. Diese Strategie hat aber eine gänzlich perverse Dimension angenommen. Zwischen 2003 und 2007 hat sich der Betrag, der aus dem

Immobilienvermögenswert abgezogen wurde, auf \$1.2 Billionen verdoppelt – „eine unglaubliche Summe, die es Familien erlaubte, sich der sinkenden Kaufkraft anzupassen, wodurch das Bruttosozialprodukt erheblich anstieg. Während das Wohneigentum historische Spitzenwerte erreichte, gehört den Familien heute tatsächlich ein geringerer Anteil ihrer Häuser als je zuvor, weil sie ihre Immobilien beliehen haben“ (Oliver/Shapiro 2008: 2).

Wenn wir die Dimension der Verschuldung durch die Subprime-Darlehen näher betrachten, dann können wir feststellen, dass diese Wende von einem sozialstaatlichen Keynesianismus zu einer privat verschuldeten Gesellschaft von Hauseigentümern eine deutlich geschlechtsspezifisch und ethnisch geprägte Dimension hat. Anhand von Daten des Survey of Consumer Finances (SCF) haben Montgomerie/Young (2009) demonstriert, wie sehr sich die Verschuldung und der zu leistende Schuldendienst im Verhältnis zu den relativ stagnierenden Einkommen, besonders der allein erziehenden Mütter, seit 2000 verschlechtert hat. Familien mit zwei Erwachsenen und finan-

Abbildung 4:

Median der abgesicherten und unabgesicherten Kredite und Einkommen**Median der allein erziehenden Mütter**

Daten aus dem Survey of Consumer Finances, SDebt: Gesamtwert von Hypotheken, Wohnungsbaudarlehen und Kreditlinien für den Wohnungsbau als Hauptwohnsitz. UDebt: Gesamtwert aller ausstehenden Darlehen auf Kreditkarten, Ratenkredite und andere Kreditrahmen, Anleihen für Fahrzeuge und Ausbildung.

ziell abhängigen Kindern weisen zwar einen höheren absoluten Grad an Verschuldung auf, haben aber gleichzeitig ein höheres Einkommen und profitieren von der gemeinsamen Verantwortung für den Haushalt. Im Vergleich dazu haben allein erziehende Mütter nicht nur ein geringeres Einkommen, sie sind auch verhältnismäßig öfter in Teilzeitarbeit oder flexibler Arbeit beschäftigt, was wiederum die Löhne nach unten drückt. Hinzu kommt, dass allein erziehende Mütter in geringerem Maße öffentliche Dienstleistungen und staatliche Transferleistungen erhalten, eine Situation, die ihre finanzielle Unsicherheit noch verstärkt.

Abbildung 4 zeigt eine Momentaufnahme von Schulden und Einkommen allein erziehender Mütter mit finanziell abhängigen Kindern.⁴ Abgesicherte Kredite (SDebt) werden nach dem Survey of Consumer Finance definiert als „Gesamtwert von Hypotheken, Wohnungsbaudarlehen und Kreditlinien für den Wohnungsbau als

Hauptwohnsitz“. Dies bedeutet, dass dieser Kredit durch ein existierendes Vermögen (zumindest theoretisch) abgesichert ist. Im Vergleich dazu besteht der unabgesicherte Kredit (UDebt) aus „dem Gesamtwert aller ausstehenden Darlehen auf Kreditkarten, Ratenkredite und andere Kreditrahmen, Anleihen für Fahrzeuge und Ausbildung“, also Kredite vor allem für die Finanzialisierung des Alltagslebens (Montgomerie/Young 2009: 16).

Abbildung 4 zeigt exemplarisch die Zusammensetzung von offenen Krediten und Einkommen (berücksichtigt sind darin auch staatliche Transfers für allein erziehende Mütter mit finanziell abhängigen Kindern). Erstens hatten allein erziehende Mütter im Jahr 2007 ein sehr niedriges Einkommen (\$25,709) im Vergleich zu Familien mit zwei Erwachsenen (\$69,929). Zweitens stagnierten die Einkommen während der letzten zehn Jahre auf einem niedrigen Niveau. Dies kann durch niedrige Qualifikation, durch man-

⁴ Die Berechnungen der Schuldbestände und Einkommen aus dem Survey of Consumer Finance in Abbildungen 4 und 5 stammen aus dem Artikel von Montgomerie/Young (2009).

gelnde Qualifizierungschancen, Teilzeitjobs und flexible Beschäftigungsverhältnisse erklärt werden. Im Vergleich dazu stieg in diesem Zeitraum die Höhe des abgesicherten offenen Kredits um 190% von \$31,000 auf \$89,000, mit der höchsten Zuwachsrate nach 2001. Dieser Grad an finanzieller Unsicherheit ist nicht nur wegen seiner Dimension erstaunlich, sondern auch wegen der Geschwindigkeit, mit der die Verschuldung für allein erziehende Mütter innerhalb einer Dekade zum Verhängnis wurde. Auf den ersten Blick erscheinen die unabgesicherten Darlehen relativ unproblematisch, da sie ihren Höhepunkt mit \$14,600 im Jahre 2004 erreicht hatten und sich dann auf \$9,450 verringerten. Wenn wir aber die Summe der Gesamtverschuldung der Haushalte allein erziehender Mütter heranziehen, können wir feststellen, dass diese Verschuldung fast das Vierfache ihres Einkommens im Jahr 2007 betrug. Jüngste Untersuchungen zeigen darüber hinaus, dass eine Mehrheit von Geringverdienern mit unabgesicherten Krediten ihre täglichen Lebenshaltungskosten finanzieren. Von drei Haushalten gab einer an, die Kosten für den täglichen Unterhalt in vier von zwölf vergangenen Monaten mit Kreditkarten bezahlt zu haben. Allein der Schuldendienst, den diese Haushalte leisten mussten, betrug 2007 jährlich \$12,795, eine Summe, die fast die Hälfte des Einkommens vor Steuern ausmachte. Es weist auch nichts darauf hin, dass sich die Probleme der hohen Verschuldungsrate der allein erziehenden Mütter kurzfristig verbessern lassen.

Wenn wir nun die ethnische Komponente im Survey of Consumer Finance isolieren⁵ und insbesondere die Verschuldung von schwarzen, allein erziehenden Müttern mit finanziell abhängigen Kindern näher betrachten, dann zeigt sich, dass die Probleme der Ungleichheit und der finanziellen Unsicherheit bei ihnen noch gravierender sind. Wie Abbildung 5 zeigt, hat das Einkommen dieser Gruppe im Jahr 2007 mit \$20,567 seinen Höhepunkt erreicht. Es ist um \$5,000 niedriger als das weißer allein erziehender Mütter (siehe Abbildung 4). Die Höhe des abgesicherten

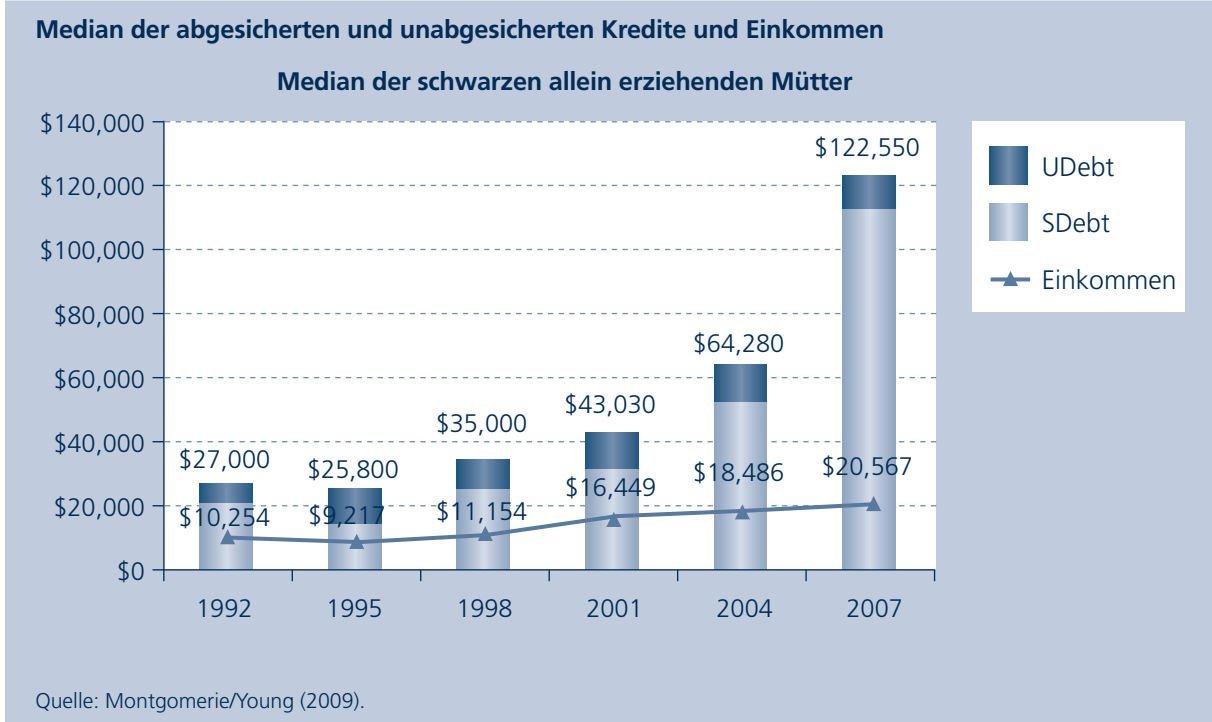
Darlehens stieg bei schwarzen allein erziehenden Müttern von \$22,000 im Jahr 1992 auf \$113,000 im Jahr 2007, eine Steigerung von 400%. Diese negative Entwicklung der Schuldenlast von schwarzen allein erziehenden Müttern ist nicht allzu überraschend. Es wurde bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass schwarze Frauen trotz gleicher und in manchen Fällen sogar höherer Kreditwürdigkeit bei der Vergabe von Immobilienkrediten in die Subprime-Kategorie mit höheren Zinsauflagen herabgestuft wurden (Fishbein und Woodall 2006; US Senate Hearing 2008).

Es kann zwar belegt werden, dass der Anteil der Hauseigentümer unter schwarzen, allein erziehenden Müttern zugenommen hat, doch dieser Anstieg kann die hohen sozialen Kosten der Verschuldung nicht rechtfertigen. Allein der zu leistende Schuldendienst ist mit dem laufenden Einkommen kaum zu leisten. Die jährlichen Kosten der Schuldentilgung betragen im Jahr 2004 \$11,601, also 63% des jährlichen Einkommens vor Steuern. Die Lage hat sich im Jahr 2007 noch einmal verschlechtert, so dass \$14,670 jährlich an Kreditrückzahlungen zu leisten sind; dies entspricht 72% eines mittleren Einkommens. Es ist unwahrscheinlich, dass schwarze allein erziehende Mütter die Schuldentilgung ohne staatliche soziale Hilfe kurzfristig in den Griff bekommen.

Diese steigenden Summen der Gesamtverschuldung allein erziehender Mütter dürfen nicht nur im Kontext der Subprime-Kreditvergabe erklärt werden. Es muss auch gefragt werden, warum diese Haushalte sich überhaupt auf diese Hauseigentümerschaft auf der Grundlage privater Verschuldung eingelassen haben. Die Verfügbarkeit billiger Kredite zeigt nur die Angebotsseite und kann keinen Aufschluss darüber geben, warum sich auf der Nachfrageseite allein erziehende Mütter und einkommensschwache Haushalte durch Kredite den Zugang zur Finanzialisierung des Alltagslebens erkaufen mussten. Ein Grund ist die Intensivierung der Finanzialisierungsprozesse in der amerikanischen Wirtschaft in den letzten beiden Dekaden, die die finanzielle sowie menschliche Unsicherheit der einkommens-

5 Zur genauen Erklärung von „racial class“ und „racial groups“ und den Berechnungen siehe Montgomerie/Young 2009, Appendix.

Abbildung 5:



schwachen Haushalte enorm gesteigert hat. Den Regierungen ist es seit dem Amtsantritt von Ronald Reagan im Jahr 1980 gelungen, das Recht auf soziale Leistungen diskursiv umzudeuten, so dass der Staat immer weniger als Garant sozialer Leistungen für ärmere Gruppen fungierte. Stattdessen wurden Eigeninitiative und Selbstverantwortung als neues Credo propagiert. In dieser diskursiven Rekonfiguration der rechtlichen Verpflichtung des Staates für amerikanische Bürger und Bürgerinnen war es dann nur ein logischer Schritt, die öffentlichen Subventionen und staatlichen Transfers für einkommensschwache Haushalte drastisch zu reduzieren. Die Regierungen in Washington haben den gesetzlichen Mindestlohn seit über zehn Jahren nahezu eingefroren und gleichzeitig die Arbeitslosenunterstützung stark gekürzt. Staatliche Dienstleistungen wurden zunehmend über den Markt für Einkommensgruppen zugänglich, die sich dies leisten konnten. Die Schuldenfalle der Subprime-Klientel lässt sich also nicht nur anhand der Angebotsseite (der billigen Kreditvergabe) beschreiben, es muss auch danach gefragt werden, warum die Subprime-Kreditnehmer ihre privat verschuldeten Immo-

bilien zunehmend als Gegenleistung für die Finanzierung des Alltagslebens einsetzen mussten (Montgomerie/Young 2009).

Schlussbemerkungen

Zwar ist es in der Zwischenzeit zur finanzökonomischen Folklore geworden, dass die globale Finanzkrise ihren Ursprung im amerikanischen Subprime-Sektor hatte, aber es gibt erstaunlich wenig Studien darüber, warum die Immobilien von verschuldeten Hauseigentümern (Subprime-Klientel) in der US-amerikanischen Wachstumsdynamik nach der Dot.com Blase vom Jahr 2001 zum zentralen Motor der amerikanischen Wachstumsdynamik wurde. Im vorliegenden Beitrag wurde versucht, die nachfrageorientierten Prozesse der Finanzialisierung des Alltagslebens von verschuldeten Hauseigentümern auf der Mikroebene zu untersuchen. Es konnte gezeigt werden, dass die staatlichen Kürzungen von sozialen Dienstleistungen sowie die Stagnation der Löhne seit den 1980er Jahren zu einem Wandel hin zu einem privatisierten Keynesianismus führten.

Dieses über Konsum finanzierte und privat verschuldete makroökonomische Modell hat sich in den USA in den 1990er Jahren institutionell etabliert. Dies ist die eine Seite. Die andere Seite hat mit der Entwicklung der Immobilienpreise und der aggressiven Expansionsstrategie des internationalen Handels mit Hypothekenanleihen und durch Hypotheken gesicherten Wertpapieren zu tun. Die Innovation der Hypotheken-Verbriefung und die damit eingeleitete Auslagerung von Kreditrisiken der Banken gingen von der Annahme aus, die Instabilitäten der Finanzmärkte seien durch Risikostreuung zu überwinden. Im Endeffekt durchschaute keiner der Derivatenhändler diesen Teufelskreis des „irrationalen Überschwangs“ (Alan Greenspan (1996) (*irrationaler exuberance* (Shiller 2000)). Aber solange die Musik spielte, musste getanzt werden, wie Chuck Prince, der damalige CEO von Citigroup, der FT anvertraute.

„Wenn die Musik im Hinblick auf Liquidität nicht mehr spielt, wird es kompliziert. Aber solange die Musik spielt, muss man aufstehen und tanzen. Wir tanzen noch.“ (FT 4. 6. 2009). Tragisch an dieser Entwicklung ist nicht nur, dass die Realökonomie global eingebrochen ist und dadurch Tausende von Arbeitsplätzen verloren gehen. Tragisch ist auch, dass just in dem Moment, in dem Frauen und Minoritäten durch massive private Verschuldung in die finanzielle Wertsteigerung des Immobilienmarktes integriert wurden, nach dem Motto „last in – first out“, nun in zunehmendem Maß die einkommensschwachen Gruppen getroffen werden, die ihre hoch verschuldeten Immobilien durch Zwangsversteigerung verlieren. Auch die jüngste Finanzkrise verläuft – wie zuvor schon die Krisen in Asien und Lateinamerika – in ihren Auswirkungen auf den Finanzmärkten nicht geschlechtsneutral (Young 2003).

Literatur

- Brodie, Janine 2003: Globalization, In/Security, and the Paradoxes of the Social, in: Isabella Bakker and Stephen Gill (Hg.), Power, Production, and Social Reproduction. New York, Palgrave Macmillan: 47–65.
- Bush, G.W. 2004: President Bush's Policies to Promote the Ownership Society, (White House, Office of the Press Secretary, 17.6.2008).
- Castles, F. G. (1997): „The Really Big Trade-Off. Home Ownership and the Welfare State in the New World and the Old.“ Acta Politica 32(4): 440-443.
- Financial Times, Anticipating when the music would grind to a halt, 4. Juni 2009: 8.
- Fishbein, Allen 2007: Testimony before the Subcommittee on Financial Institutions and Consumer Credit of the Committee on Financial Services, US House of Representative regarding Subprime and Predatory Lending: New Regulatory Guidance, Current Market Conditions and Effects on Regulated Financial Institutions, (March 27).
- Fishbein Allen and P. Woodall 2006: Women are Prime Targets for Subprime-Lending: Women are Disproportionately Represented in High-Cost Mortgage Market, Washington, DC: The Consumer Federation of America.
- Froud, Julie, Adam Leaver, Karel Williams 2007: New Actors in a Financialised Economy and the Remaking of Capitalism, In: New Political Economy 12(3): 339–347.
- Gill, Stephen 2000: Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration, in: Hans-Jürgen Bieling, Jochen Steinhilber (Hg.), Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Jessop, Bob 1994: Post-Fordism and the State, in: Amin Ash (Hg.), Post-Fordism, Oxford.

- Jessop, Bob 2001: Die Globalisierung des Kapitals und die Zukunft des Nationalstaates. Ein Beitrag zur Kritik der globalen politischen Ökonomie, in: Hirsch Joachim, Jessop Bob, Nicos Poulantzas. Die Zukunft des Staates. Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung, Hamburg: VSA-Verlag.
- Langley, Paul 2008: When Credit Becomes Debt: Foreclosures and Forbearance in Sub-Prime Mortgages, Papier für die Konferenz, Warwick University, 18-19th Sept. 2008.
- McCulley, Paul 2007: The Plankton Theory Meets Minsky: in: http://media.pimco-global.com/pdfs/pdf/GCB%20Focus%20MAR%2007%20WEB.pdf?WT.cg_n=PIMCO-US&WT.ti=GCBFocusMAR07WEB.pdf; 30.9.2008.
- Montgomerie, Johanna, Young, Brigitte 2009: No Place Like Home? Gender Dimension of Indebtedness and Homeownership (under review).
- National Council of Research on Women 2008: NCRW Big Five: Women, Homeownership, and Sub-Prime Mortgages – A Need for Fair Lending Practices 10/2008 www.ncrwbifive.org 20.11.2008.
- Nölke, Andreas 2009: Finanzkrise, Finanzialisierung und Vergleichende Kapitalismusforschung, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 16, 1: 123–139.
- Oliver, Melvin L., Shapiro, Thomas M. 2008: Sub-Prime as a Black Catastrophe (Sept 22). In: The American Prospect. www.prospect.org/cs/article=sub-prime_as_a_black_catastrophe. 20.22.2008.
- Schwartz, Hermann 2008: Housing, Global Finance and American Hegemony: Building Conservative Politics One Brick at a Time, in: Comparative European Politics, Nr. 6:3: 262–284.
- Seabrooke, Leonard 2008: Embedded Liberalism is Dead, Long Live Embedded Liberalism: National Welfare Concerns and International Policy Responses to the Sub-prime Crisis, Papier für die Konferenz, Warwick University, 18–19th Sept. 2008, unpubl. Paper.
- Shiller, Robert J. 2000: Irrational Exuberance. Princeton: Princeton University Press.
- US- Senate Committee on Health, Education, Labor and Pensions 2008: Taking a Toll: The Effects of Recession on Women. Senator Edward M. Kennedy, Chairman, US-Senate, April 18, 2008. <http://Kennedy.senate.gov/imo/media/doc/Taking%20a%20Toll--%20report%20on%20effects%20of%20recession%20on%20women1.pdf> 20.11.2008.
- Windolf, Paul 2005: Die neuen Eigentümer, in: Paul Windolf (Hg.), Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, Sonderheft 45/2005, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Young, Brigitte 2009: Vom staatlichen zum privatisierten Keynesianismus. Der globale makroökonomische Kontext der Finanzkrise und der Privatverschuldung, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 16, 1: 141–159.
- Young, Brigitte 2009a: Globale Finanzkrisen und Gender, in: femina politica, März/April 2009: 99–103.
- Young, Brigitte 2003: Financial Crises and Social Reproduction: Asia, Argentina and Brazil, in: Isabella Bakker and Stephen Gill (eds.), Power, Production and Social Reproduction. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

3. Zur Care-Arbeit in Deutschland

Barbara Stiegler

Einleitung

Eine feministische Perspektive auf die Frage, woher kommt die Krise und wie kann sie bewältigt werden, kann sich nicht nur auf das Ziel der Gleichstellung von Männern und Frauen im herrschenden System beziehen. In den feministischen Debatten der letzten zwanzig Jahre ging es immer wieder um Fragen der Arbeit, Arbeitsteilung und Bewertung von Arbeit. Dabei ist die besondere Bedeutung der Care-Arbeit, der Fürsorgearbeit, die überwiegend von Frauen geleistet wird, herausgestellt worden und der Beitrag, den diese Arbeit für die gesamte Wirtschaft und das Wohlergehen in der Gesellschaft leistet, analysiert worden. Im Folgenden möchte ich nur ein kurzes Schlaglicht auf die Erkenntnisse werfen, die wir über die Care-Arbeit bereits haben. Dieser Beitrag aus der Perspektive der Sozialwissenschaften erhebt nicht den Anspruch, die ökonomischen Theorien zu verändern, er erhebt aber den Anspruch, dass diese Daten und Erkenntnisse in eine neu zu entwickelnde ökonomische Theorie der ganzen Arbeit eingehen.

Definition von Care-Arbeit

In der feministischen Diskussion bezeichnet die Care-Arbeit die bezahlte als auch die unbezahlte Arbeit. Das Merkmal, ob man für diese Arbeit also Geld bekommt oder nicht, ist nicht entscheidend. Im Wesen ist Care-Arbeit eine fürsorgliche Tätigkeit, also die Sorge um und die Sorge für Personen. Die Sorge um Personen meint, dass bei der Care-Arbeit immer emotionale Dimensionen beteiligt sind, während die Sorge für die Personen eher die konkreten Tätigkeiten der Versorgung umfasst. Fragt man sich, für wen diese Care-Ar-

beit geleistet wird, so sind es immer Personen, die im Lebensverlauf oder in besonderen Lebenssituationen abhängig sind und nicht autonom für sich selber sorgen können.

Fünf Erkenntnisse zur Care-Arbeit

1. Care-Arbeit ist verborgen und überwiegend weiblich.
2. Care-Arbeit folgt einer eigenen Logik.
3. Care-Arbeit wird gering und diffus bewertet.
4. Care-Arbeit ist elementarer Bestandteil der Wohlfahrt.
5. Ohne Umdenken und Umsteuern wächst das Care-Defizit in Krisenzeiten.

Erste Erkenntnis: Care-Arbeit ist verborgen und überwiegend weiblich

Bislang gibt es wenig präzise Daten über den Umfang der Care-Arbeit, und zwar in allen ihren Formen: als private Arbeit, als Arbeit im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements, als Hilfstätigkeit oder als professionelle Dienstleistung.

Eine erste Annäherung, den Umfang der privaten Arbeit abzuschätzen, könnte die Zeitbudgetuntersuchung liefern. Betrachtet man die Arbeitsstunden in der Bundesrepublik insgesamt, so stellt man fest, dass bei der generellen Aufteilung in bezahlte und unbezahlte Arbeit in Deutschland die bezahlte Arbeit 56 Milliarden Stunden ausmacht, die unbezahlte jedoch 96 Milliarden (Wegezeit: 10 Milliarden) (BMFSFJ, Statistisches Bundesamt 2003).

Die 96 Milliarden unbezahlten Arbeitsstunden verteilen sich nicht gleich auf Männer und Frauen: So kommen Männer auf durchschnittlich 22,5 bezahlte Stunden in der Woche, Frauen da-

gegen nur auf 12 bezahlte Stunden. Männer leisten umgekehrt 19,5 unbezahlte Stunden, Frauen dagegen 30 unbezahlte Stunden in der Woche. Insbesondere dann, wenn Kinder zu versorgen sind, wenn also der Anteil der Care-Arbeit steigt, zeigt sich die geschlechtsspezifische Zuordnung der privaten Arbeit deutlich: Egal, ob ihre Partnerin erwerbstätig ist oder nicht und auch unabhängig davon, wie viele Kinder zu versorgen sind, Väter engagieren sich etwa 1½ Stunden pro Tag bei der Hausarbeit, während es bei den Müttern abhängig von der Anzahl der Kinder zwischen 4 bis 5 Stunden täglich sind. Es scheint so etwas wie eine „gläserne Decke“ für Männer in der Beteiligung an der unbezahlten Hausarbeit zu geben. In Ostdeutschland ist es sogar zu einer Retraditionalisierung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilungsmuster in den letzten Jahren gekommen (Meier u.a. 2004).

Ein Teilbereich der Care-Arbeit ist die unbezahlte Pflegearbeit, die für ältere Pflegebedürftige erbracht wird. Backes u.a. (2008) haben errechnet, wie viele Milliarden Stunden im Jahr für diese unbezahlte Pflegearbeit aufgebracht werden und kommen zu der groben Schätzung von 9 Mrd. Stunden. Zwei Drittel dieser Arbeit leisten die Frauen und ein Drittel die Männer, diese vor allem in der nachberuflichen Partnerinnenpflege. Würde man die gesamte Stundenanzahl in Vollzeitäquivalenzen umrechnen, so käme man auf eine Anzahl von 3,2 Mio. Vollzeitbeitsplätzen. Auch wenn Vollzeitbeitsplätze nicht in dieser Form geschaffen werden sollen, so vermittelt diese Zahl doch einen Eindruck vom Umfang dieser Arbeit. Es war nicht einfach, aus den vorliegenden Daten aus der Pflegeversicherung, den sozialwissenschaftlichen Erhebungen und den Zeitbudgetuntersuchungen diese Zahl zu errechnen. Das zeigt, wie wenig wissenschaftliche und gesellschaftliche Aufmerksamkeit für diese Arbeit vorhanden ist.

Das gesamte private Arbeitsvolumen geht nicht in die Berechnungen des Bruttosozialprodukts ein, sie ist damit auch rechnerisch verborgen. Und diejenigen, die private Arbeit leisten, sind durch diese Arbeit nicht in die sozialen Sicherungssysteme gegen Krankheit und Alter eingebunden.

Zweite Erkenntnis: Care-Arbeit folgt einer eigenen Logik

Care Arbeit, ob privat oder beruflich geleistet, unterliegt einer anderen Rationalität als die Arbeit, die der Herstellung von Dingen und Sachen dient (Brückner 2007). Die Fürsorgerationalität folgt anderen Regeln. Fürsorgearbeit ist zwischenmenschliche Arbeit, die nicht automatisiert werden kann. Der sogenannte Output kann auch nicht durch Kapitalinvestitionen oder technische Verbesserungen angemessen erhöht werden, die Anwendung tayloristischer Methoden ist widersinnig. Weder Zeitmessungen noch die Zerlegung des Tätigkeitsspektrums oder bestimmte Kontrollmechanismen werden dem Charakter dieser Arbeit gerecht.

Die Fürsorgerationalität basiert auch auf anderen Annahmen als die Arbeit, die der Herstellung von Dingen dient:

- Die Annahme, das Individuum sei unabhängig und autonom, wird ergänzt durch die Anerkennung, dass zum Menschen Abhängigkeit und Verfall gehören.
- Die Annahme, Austausch- und Beziehungsformen sollen ausschließlich reziprok sein, wird ergänzt durch die Anerkennung von Beziehungsformen, die die Selbstachtung des Empfangenden und die Nichtausbeutung des Gebenden sichern.

Dritte Erkenntnis: Care-Arbeit wird gering und diffus bewertet

Am Beispiel einer Care-Arbeits-„Karriere“ möchte ich zeigen, welche widersinnigen Bewertungen die Care-Arbeit unterliegt.

Er(-hard) ist Sohn einer feministischen Mutter. Er wird so erzogen, dass er sich unabhängig von Geschlechterrollenstereotypen entwickeln kann. So spielt er schon früh mit Puppen und als er 12 Jahre alt ist, geht er, um sein Taschengeld aufzubessern, babysitten. Für diese Care-Arbeit bekommt er **4,00 Euro** in der Stunde.

Er möchte gerne einen der möglichen Care-Berufe (traditionelle Frauenberufe) ergreifen:

- Würde er als Kinderpfleger arbeiten, bekäme er circa **1.700 Euro**,

- würde er als Altenpfleger arbeiten, bekäme er circa **1.900 Euro**,
- würde er als Krankenpfleger arbeiten, bekäme er circa **2.100 Euro** und

Kümmern, Sorgen, Betreuen und Pflegen, also die Care-Arbeit, werden offenbar unterschiedlich organisiert und bezahlt. Würde er Chemiekant – oder einen ähnlichen typischen Männerberuf ergreifen – hätte er mit **mindestens 2.400 Euro** zu rechnen.

Erhard möchte jedoch Kinderpfleger werden, weil er im Moment am liebsten mit Kindern zusammenarbeitet. Schon in der Ausbildung spürt er: Care-Arbeit lohnt sich finanziell nicht: Eine Ausbildungsvergütung gibt es nicht. Wenn er Pech hat, muss er für seine Ausbildung auf einer Fachschule noch ein Schulgeld, ein Aufnahmegeld, Materialgeld sowie Prüfungsgebühren bezahlen. Hätte er einen Beruf aus dem dualen Ausbildungssystem gewählt, so bekäme er zumindest eine Ausbildungsvergütung, als Chemiekant etwa 700 Euro. In den Zeiten seines Praktikums arbeitet er umsonst. Solche Praktika gibt es in den dualen Berufsausbildungen nicht.

Erhard hat nach der Ausbildung Glück, als Kinderpfleger erhält er eine Anstellung im Öffentlichen Dienst und bekommt zunächst im Monat **1.575 Euro**. Für dieses Geld kümmert er sich um mehrere kleine Kinder, versorgt sie, spielt mit ihnen, fördert sie, tröstet sie, sorgt für ihre Körperpflege und berät die Mütter und Väter.

Nach einiger Zeit wird er selber Vater und hat ein eigenes Kind, Mia. Selbstverständlich nimmt er die Elternzeit und erhält in diesen 8 Monaten 67 Prozent seines Verdienstes dafür, dass er Mia versorgt, mit ihr spielt, sie fördert, tröstet und für ihre Körperpflege sorgt. In seinem Fall sind das circa **900 Euro**. Wenn er ein besser verdienender Vater wäre, bekäme er für dieselbe Arbeit bis zu **1.800 Euro**. Wäre er im Jahr vor der Geburt des Kindes arbeitslos gewesen, bekäme er aber nur **300 Euro**.

Nach dem ersten Geburtstag von Mia ist alles anders: Dieselbe Betreuungsarbeit wird auf einen Schlag **überhaupt nicht mehr bezahlt**: Sie ist nun privat und unbezahlt zu leisten. Je nach der Form der Partnerschaft, in der Erhard mit der Mutter von Mia lebt, hat er unterschiedliche Ansprüche:

Ist er verheiratet, kann er von seiner Frau ein Taschengeld beanspruchen, sein Unterhalt bemisst sich nach dem Lebensstandard, den sich das Ehepaar leisten kann. Ist er nicht verheiratet, so ist sein Unterhaltsanspruch abhängig vom Einkommen der Mutter: Verdient sie gut, hat er Glück, verdient sie wenig, hat er kaum Chancen, von dem Geld, was ihm zusteht, zu leben. Wäre er geschieden, dann wären seine Unterhaltsansprüche noch zusätzlich abhängig von der Anzahl der Kinder, die die Mutter seiner Kinder in der neuen Beziehung zu unterhalten hat, sein Unterhaltsanspruch wird eingereicht in die Anzahl der anspruchsberechtigten Personen.

Nach dem ersten Geburtstag von Mia hat Erhard keine Möglichkeit mehr, als Kinderpfleger zu arbeiten, sein Wunsch nach Teilzeitarbeit wird nicht erfüllt. Er engagiert sich **ehrenamtlich**, betreut Mutter-Kind- und Vater-Kind-Gruppen, für diese Arbeit bekommt er nichts, nur unfallversichert ist er. Eventuell bekommt er ab dem Jahre 2010 ein Betreuungsgeld, das circa **300 Euro** im Monat ausmachen würde, allerdings nur, wenn er auf einen Krippenplatz verzichtet, eine Bedingung, die er aus pädagogischen Gründen nicht erfüllen möchte.

Als er ein zweites Kind bekommt, beschließt er, Tagesvater zu werden. Nun betreut er seine beiden Kinder und zwei weitere, für die er pro Stunde etwa **4 Euro** bekommt, Erhard hat wieder sein Lohnniveau als babysittender Schüler erreicht.

Nach einiger Zeit erkrankt seine alte Mutter und wird pflegebedürftig. Zunächst übernimmt er ihre Pflege im eigenen Haus: umsonst. Als die Mutter immer kränker wird, bekommt er das der Mutter zustehende Pflegegeld, bei Pflegestufe I sind das **215 Euro**, bei Pflegestufe II **420 Euro** und bei Pflegestufe III **675 Euro** im Monat. Dieses Pflegegeld setzt aber voraus, dass die Mutter keine weiteren Sachleistungen beansprucht.

Die Spanne, in der die Care-Arbeit finanziell bewertet wird, ist also groß:

Es gibt keinerlei Bezahlung, z. B. für die Sorgearbeit für eigene Kinder über den ersten Geburtstag hinaus oder für die Pflege einer pflegebedürftigen Person, die nicht in eine Pflegestufe eingepasst ist. Es gibt einen Unterhaltsanspruch,

der von der ökonomischen Stärke des Partners oder der Partnerin abhängig ist, aber auch von der Art der Beziehung zwischen den beiden. Es gibt eine Lohnersatzleistung: das einjährige Elterngeld, das von 300 Euro bis höchstens 1.800 Euro reicht. Es gibt für die private Pflege Pflegebedürftiger eine Summe von 215 Euro bis maximal 675 Euro.

Für die ganztägige professionelle Betreuung von Kleinkindern werden ca. 1.700 Euro, von alten Menschen etwa 1.900 Euro und von kranken Menschen etwa 2.200 Euro gezahlt.

Diese Daten zeigen, in welcher widersinniger Weise die gesellschaftlich notwendige Sorgearbeit bewertet wird. Die Bewertung ist dabei immer abhängig davon, ob sie privat, im Rahmen von (ehelichen) Beziehungen oder in traditionellen, unterbezahlten Frauenberufen organisiert ist und ob es sich dabei um Sorgearbeit für Kinder, Kranke oder Alte handelt.

Eine andere Form der Abwertung zeigt sich in der Anerkennung von Qualifikationen:

Wenn eine Hausfrau und Mutter nach jahrelanger Fürsorgetätigkeit für Kinder, alte Menschen und Kranke auf den Arbeitsmarkt kommt, so gilt diese ihre bislang geleistete Fürsorgearbeit im Rahmen der betrieblichen Qualifikationssysteme nichts. Man attestiert ihr zwar vielleicht Jedermanns-Qualifikation, aber nach der betrieblichen Logik werden nur die durch Ausbildung oder berufliche Praxis erworbenen Qualifikationen als solche anerkannt. Das führt dazu, dass die gesamte Tätigkeits- und Lebenserfahrung im privaten Care-Arbeitsbereich für betrieblich organisierte Arbeit keine Bedeutung hat.

Dieser Nichtanerkennung folgt die relativ niedrigere Bewertung sämtlicher verberuflichter Care-Arbeiten, wenn man sie mit den technischen Arbeiten vergleicht. Bei gleich langer Ausbildung und Qualifizierungsphase gibt es enorme Unterschiede in der Bewertung von fürsorglichen beruflichen Tätigkeiten und technischen beruflichen Tätigkeiten. Stundenlöhne in der Altenpflege liegen durchschnittlich bei 12 Euro, in der Technik bei 15 Euro.

Vierte Erkenntnis: Care-Arbeit ist elementarer Bestandteil der Wohlfahrt

Die Annahme, nur die Herstellung von Waren sei produktiv, muss ergänzt werden durch die Anerkennung der Tatsache, dass durch Care-Arbeit Wohlfahrt produziert wird (Madörin 2006).

Ohne die private und berufliche Sorgearbeit gibt es kein menschliches Wachstum, keinen qualitativ hohen Lebensstandard. In den Phasen des Lebenslaufs, in denen ein Individuum stark, gesund und beruflich integriert lebt, ist der Anteil an Fürsorgearbeit, den es braucht, äußerst gering. In anderen Situationen und Phasen des Lebensverlaufes ist es jedoch vollkommen anders: Als Säugling und Kleinkind ist jeder Mensch extrem auf die Fürsorgetätigkeit anderer Menschen angewiesen, ebenso in Zeiten von Krankheiten und am Ende des Lebens, wenn die Kräfte nachlassen. Wohlfahrt bezieht sich aber nicht nur auf das gute Leben in der Lebensmitte, sondern ebenso auf die gute Versorgung zu Beginn, bei Krankheit und am Ende des Lebens. Und dazu werden auch immer qualifizierte Fachkräfte gebraucht.

Fünfte Erkenntnis: Ohne Umdenken und Umsteuern wächst das Care-Defizit in Krisenzeiten

Das heutige Care-System in Deutschland ist fragil und wird in Zukunft noch fragiler werden. Am Beispiel der Pflegearbeit kann das bereits heute bestehende Care-Defizit beschrieben werden.

Folgende Tendenzen tragen zur Fragilität bei:

- Die zunehmende Erwerbsarbeit von Frauen in jedem Alter: Dadurch stellt sich das Problem der Doppelbelastung durch Pflege und Erwerbsarbeit immer stärker.
- Die Zunahme der Anforderungen an Mobilität und Flexibilität in der Erwerbsarbeit, die eine tagtägliche Betreuung von Pflegebedürftigen an einem Ort zu bestimmten Zeiten immer mehr verunmöglichen.
- Die Abnahme der bzw. die niedrige Geburtenrate und die Zunahme Kinderloser, die dazu führen wird, dass die Pflegearbeit nicht mehr über eine familiäre Bindung garantiert ist.

- Die Abnahme der Bedeutung der Ehe als Unterhaltssystem: Eine eheliche Bindung wird immer weniger dazu dienen, dass es für eine/n Partner/in eine finanzielle Unterstützung ein Leben lang gibt und die private Pflegearbeit durch den ehelichen Unterhalt finanziert wird.
- Das Anwachsen der Anzahl der Pflegebedürftigen (bis 2020 gibt es eine Million mehr Pflegebedürftige als heute (DIW 20/04)). Gründe dafür liegen im zunehmenden durchschnittlichen Lebensalter und in der Tatsache, dass in Zukunft geburtenstarke Jahrgänge in das Alter kommen, in dem die Wahrscheinlichkeit der Pflegebedürftigkeit wächst.

In Zukunft wird also die Anzahl der Pflegebedürftigen steigen. Dem gegenüber nimmt die Anzahl derjenigen Angehörigen, vor allen Dingen der Töchter, ab, die noch in der Lage oder bereit sind, diese private Pflegearbeit zu leisten. Gleichzeitig gibt es einen Mangel an Auszubildenden für den Beruf Altenpflege, der bereits heute sichtbar ist. Die Anzahl der Auszubildenden reicht schon gegenwärtig nicht mehr aus, um den notwendigen Bedarf an qualifizierten Kräften zu decken.

Andererseits zeigen internationale Erfahrungen, dass es in Zeiten finanzieller Krisen eine verbreitete Sparmaßnahme ist, die gesellschaftliche Finanzierung der Care-Arbeit mehr und mehr zu

reduzieren und den Umfang privater Care-Arbeit dadurch zu erhöhen. Wenn diese beiden gegenläufigen Entwicklungen nicht zum gesellschaftlichen Fiasko führen sollen, ist Umdenken und politisches Umlenken erforderlich:

1. Das Bewusstsein über die gesellschaftliche Bedeutung der Care-Arbeit muss geschaffen werden, es bedarf theoretischer und politischer Anstrengungen, um die gesamte gesellschaftliche Arbeit in den Blick zu nehmen und entsprechend zu gestalten.
2. Die unbezahlte Care-Arbeit darf nicht als natürliche Ressource für Sparmaßnahmen betrachtet werden.
3. Die besondere Logik der Fürsorgearbeit wäre es wert, zumindestens teilweise in die Gestaltung von Finanzmärkten und realer Wirtschaft einbezogen zu werden und deren einseitige Gewinnerorientierung um Ziele wie Lebensqualität und Nachhaltigkeit zu ergänzen.
4. Die Aufwertung der beruflichen Care-Arbeiten in Bezahlung und Gestaltung ist eine der wichtigsten politischen Zukunftsaufgaben.
5. Die geschlechtliche Zuweisung der Care-Arbeit in beruflicher und privater Arbeit an Frauen ist aufzuheben: Fürsorgliches Handeln ist weder typisch weiblich noch typisch männlich, es ist typisch menschlich.

Literatur

- Backes, Gertrud M., Amrhein, Ludwig, Wolfinger, Martina, 2008: Gender in der Pflege – Herausforderungen für die Politik. Expertise für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
- Brückner, Margrit, 2008: Kulturen des Sorgens über die Grenzen hinweg? In: Mechtild M. Jansen (Hrsg.), *Pflegende und sorgende Frauen und Männer. Aspekte einer künftigen Pflege im Spannungsfeld von Privatheit und Professionalität*. Hessische Landeszentrale für politische Bildung, POLIS 49, S. 9–29
- BMFSFJ, Statistisches Bundesamt, 2003: *Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/2002*, (Berlin, Wiesbaden)
- Meier, Uta, Küster, Christine, Zander, Uta, 2004: Alles wie gehabt? – Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Mahlzeitenmuster im Zeitvergleich, in: Statistisches Bundesamt, *Forum der Bundesstatistik*, Bd. 43, S. 114–131
- Madörin, Mascha, 2006: Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie. In: Niechoj, Torsten, Tullney, Marco (Hrsg.), *Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie*, Marburg, S. 277–297
- Stiegler, Barbara, 2007: *Vorsorgender Sozialstaat aus der Geschlechterperspektive*, WISO direkt, Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik

4. Vorsorgendes Wirtschaften als Alternative

Adelheid Biesecker

Einführung

„Vorsorgen statt Abwracken“ – dieses Begriffspaar öffnet den ganzen Raum für unser Thema, für die Suche nach Antworten auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise. In diesem Begriffspaar lässt sich das, worum es geht, passend ausdrücken: Einerseits benennt es den ganzen Wahnsinn der Verschwendung von Naturstoff als vermeintliche Krisenbekämpfung, andererseits weist es den Weg zu einer wirklichen Krisenüberwindung durch eine andere Art des Wirtschaftens – durch Vorsorgendes Wirtschaften.

Denn die vielfältigen Krisen, die sich seit Jahren entwickeln und sich je nach Aktualität und Dringlichkeit ins Bewusstsein der Öffentlichkeit drängen (im vergangenen Jahr stand die Klimakrise im Vordergrund, jetzt ist es die Finanzkrise – beide haben die globale Armutskrise aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt – aber schon gibt es die Hungerkrise, die Biodiversitätskrise, die Wasserkrise...) sind keine „Ausrutscher“, kein Ausdruck von „Mängeln“ oder „Fehlern“ im System der vorherrschenden kapitalistischen Ökonomie, sondern sie sind systemisch, ihre Ursachen liegen gerade in der Funktionsweise dieser Ökonomie. Sie zerstört, so lässt sich der Kern des Problems benennen, systematisch ihre lebendigen Grundlagen – Produktivität und Reproduktivität von Natur und von sorgenden, sozial weiblichen Tätigkeiten, indem sie diese beiden produktiven Bereiche ausgrenzt und nicht bewertet. Diese Ökonomie produziert immer wieder neue Krisen – sie ist nicht zukunftsfähig.

Vorsorgendes Wirtschaften jedoch, so lautet die die folgenden Ausführungen leitende *zentrale These*, ist krisenfest und zukunftsfähig. Ihm ist ein Perspektivenwechsel eingeschrieben – geblickt

wird von den Lebensprozessen der Menschen und der Natur auf die Ökonomie. Es integriert die bisher ausgegrenzten Produktivitäten und wertet sie auf. Ziel einer vorsorgenden Wirtschaftsweise ist es, diese eigentlichen Quellen des wirtschaftlichen Reichtums zu erhalten. Das handlungsleitende Prinzip einer solchen Ökonomie lautet: Erhalten im Gestalten, wobei Erhalten immer auch Erneuern bedeutet.

Im Folgenden wird zunächst die oben ange deutete Krisenanalyse wieder aufgenommen, um den systemischen Charakter dieser Krisen zu klären (1). Eine vertiefende ökonomische Analyse legt sodann den Kern des Problems frei: die Trennungsstruktur kapitalistischer Ökonomien (2). Dem schließt sich der Entwurf einer vorsorgenden Wirtschaftsweise in ihrer Grundstruktur an (3). Sodann geht es um die Produktivitätstheorie dieser Konzeption mit der Kernkategorie (Re)Produktivität (4). Jetzt wird deutlich: Vorsorgendes Wirtschaften hat ein erweitertes Verständnis des Ökonomischen, es ist eine (re)produktive Ökonomie. Anhand von Beispielen gilt es zu zeigen, dass und wie eine solche Ökonomie schon im Entstehen ist (5). Dabei machen einige Beispiele deutlich: Vorsorgendes Wirtschaften „geschieht“ nicht einfach, sondern es ist umkämpft, denn es macht unabhängig von Märkten und Kapital.

1. Der Kern der globalen Krisen: Die systematische Zerstörung der lebendigen Grundlagen des Wirtschaftens

Wenn wir heute über Krisen reden, so geht es meist um die aktuelle Finanzkrise, die sich inzwischen zu einer massiven Wirtschaftskrise entwickelt hat. Dabei geht es ja um viel mehr – es geht auch um die Klimakrise, die Energiekrise, die Bio-

diversitätskrise, die Wasserkrise, die Nahrungsmittelkrise, die Armutskrise... All diese Krisen gehören zusammen – und sie haben systemische Gründe, sind sozusagen Wesensmerkmale des modernen Kapitalismus. (vgl. auch Huffschmid 2009) Es kriselt im gesamten Gebälk der globalisierten kapitalistischen Wirtschaftsweise.

Warum ist das so? Ein Blick auf die aktuelle Finanzkrise führt zu einer ersten Antwort: Es liegt an dem, was als wirtschaftlich vernünftig gilt – an der Rationalität dieser Ökonomie. Vernünftig ist, sich so viel Profit wie möglich in kürzester Zeit anzueignen. Die aktuelle Finanzkrise ist zwar in ihrer konkreten Ausprägung besonders (sie wird als „subprime-Krise“ bezeichnet, ihr Kern ist die Spekulation mit völlig überbewerteten sog. faulen Hypothekenkrediten), aber gleichzeitig ist sie Ausdruck dieser generellen Rationalität. Wenn in diesen Tagen immer wieder über die Maßlosigkeit von Spekulanten und Managern geklagt wird, so wird eben übersehen, dass diese Maßlosigkeit sozusagen Qualitätsmerkmal von Kapital ist: Dieses ist ja gerade dadurch gekennzeichnet, dass es jedes Maß abgeworfen hat, dass es an keinerlei Qualität, an keinerlei Gebrauchswert, an keinerlei Lebensprozess gebunden ist (ja, es funktioniert abgetrennt von den sozialen und natürlichen Lebensprozessen!), dass es sich nur noch als Quantität auf sich selbst bezieht, als „Wert heckender Wert“, wie sich bei Karl Marx eindrucksvoll nachlesen lässt. (vgl. Marx 1971/1890) Kapital ist maßlos – und die Akteure, in denen es sich personifiziert, sind es folglich auch.

In den vergangenen Jahrzehnten ist eine unvorstellbar hohe Summe an Geld angesammelt worden (über Umverteilung von den Löhnen zu den Profiten, durch Privatisierung der Alterssicherung, über Ausbeutung der „Rohstofflager“ der Natur, über private Aneignung des ehemaligen Volksvermögens in den ehemaligen sozialistischen Ländern), die nach profitabler Anlage sucht – und zwar nicht in der realen Ökonomie, als Investitionen in Unternehmen und verbunden mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern am Finanzmarkt. Denn dort kann viel mehr Rendite gemacht werden. Die Rentabilität der Unternehmen ist nämlich seit Ende der 70er bzw. Anfang der 80er Jahre unter die langfristigen Real-

zinsen gesunken (Nominalzinsen abzüglich Inflationsrate) (vgl. Altvater/Mahnkopf 2002, S. 169 ff.). Was liegt also näher, als das Geld in den vielen neuen „Finanzprodukten“ am Finanzmarkt anzulegen, die hohe Renditen versprechen? Geld soll möglichst schnell in mehr Geld verwandelt werden – am liebsten ohne jeden Bezug zur lebendigen Welt. Allerdings leidet diese unter diesen Anlegern, die ihr Geld schnell wieder zurückziehen, wenn die Risiken zu groß werden. So sind z. B. viele sog. Schuldenkrisen in Ländern des globalen Südens entstanden. „Die „Entkopplung“ der monetären von der realen Akkumulation hat daher nicht nur den quantitativen Ausdruck überschüssiger Finanzkontrakte über realwirtschaftliche Umsätze; sondern die qualitative Wirkung einer Unterwerfung der realen ökonomischen und sozialen Verhältnisse unter das Finanzsystem.“ (Altvater/Mahnkopf 2002, S. 187/188). So wurde der Kapitalismus zum „Finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“. Und die Bedingungen für diese Entwicklung wurden politisch seit den 1970er Jahren geschaffen – über Maßnahmen der Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte (vgl. Altvater/Mahnkopf 2002, S. 194 ff.) Auch das macht deutlich, dass diese Finanzkrise kein Unfall, sondern systemimmanent ist.

Dass das Geld in der realen Ökonomie fehlt, vor allem in allen Bereichen des Sorgens – in Kinderkrippen und -gärten, in Grundschulen, in der Pflege z.B. – wen kümmert das schon? Sorge für andere – Fürsorge – ist in diesem System eben nicht vernünftig!

Maßlosigkeit ist nicht nur das Kennzeichen der Finanzkrise – sie zeigt sich auch in den anderen Krisen, z. B. in der Klimakrise: Diese wird heute oft mithilfe von CO₂-Maßen beschrieben. So forderten 15 Nobelpreisträger/innen bei einem Treffen mit der deutschen Bundeskanzlerin im Oktober 2007 in Potsdam weltweite „Kohlenstoffgerechtigkeit“, und die Kanzlerin präziserte diese Forderung folgendermaßen (vgl. SZ vom 10.10.07): Jede Bürgerin und jeder Bürger der Weltgemeinschaft sollte dieselbe Menge CO₂ freisetzen dürfen. Das ergibt maximal 2t pro Jahr. Gegenwärtig stoßen die Amerikaner jedoch im Durchschnitt 20t aus, die Deutschen 11t, die Welt

im Durchschnitt 4t. Und der Ausstoß steigt weltweit, trotz des Kyoto-Protokolls mit seinen verschiedenen Regelungen. Gerne werden die Schuldigen dafür in Ländern wie China und Indien gesucht, in Ländern also, die sich daran gemacht haben, dem kapitalistischen Entwicklungsmodell zu folgen. Sie machen nur das nach, was wir ihnen vorgemacht haben. Und unsere Aufgabe ist ja, bedenkt man die o. a. Größenverhältnisse, klar – es ist die Aufgabe, den eigenen CO₂-Ausstoß und insgesamt den eigenen Ressourcenverbrauch um mindestens 90% zu reduzieren. Methoden dafür sind schon entwickelt worden, sie heißen Effizienz im Umgang mit Ressourcen, Suffizienz im Entwickeln neuer Lebensstile und Konsummuster, und Konsistenz als Prinzip der Vereinbarkeit der menschlichen Produktion und Konsumtion mit den Prozessen der Natur. Aber wird damit nun endlich begonnen? Nein! Die Abwrackprämie, mit der in Deutschland die Automobilbranche vor den Auswirkungen der Finanzkrise geschützt werden soll, führt zu einem immensen Schrottberg, zu einer enormen Stoffverschwendung – zum Gegenteil von Effizienz. Wieder regiert hier die Maßlosigkeit. Und es wird weiter Auto gefahren – ohne ökologische Rücksichten, ohne Suffizienz-Versuche. Und die Konsistenz? Statt nach naturverträglichen Methoden für die Energiegewinnung zu suchen, was hieße, die Solartechnologie umfassend zu entwickeln, wird wieder auf Atomkraft gesetzt, obwohl die seit Wochen täglich neuen Meldungen aus dem absaufenden Atommülllager Asse II deutlich machen, dass diese Technologie unkalkulierbare Risiken birgt – vor allem für zukünftige Generationen. Und die werden sich auch freuen, wenn sie die momentan vorbereiteten unterirdischen CO₂-Lager auf der Suche nach Rohstoffen anbohren und vergiften werden – dafür haben wir, ihre Verfahren, gut und sorglos mit Kohlekraftwerken gelebt. Vorsorgen statt Abwracken – das wäre das Gebot der Stunde.

Das aber widerspricht kapitalistischer Rationalität, der immanenten Maßlosigkeit. Denn diese ist systematisch gepaart mit Sorglosigkeit. Vorsorgen würde ja bedeuten, heute so zu wirtschaft-

ten, dass auch zukünftige Generationen die für ihre Lebens- und Wirtschaftsweise nötigen Ressourcen vorfinden. Es würde bedeuten, auf den Erhalt dieser zukünftigen Lebensgrundlagen zu achten. Aber nicht nur das hochspekulative Finanzsystem ist dazu unfähig, sondern die ganze kapitalistische Ökonomie. Auch das wissen wir schon seit Marx.

Schon 1867 schrieb er: „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (Marx 1971/1867, S. 529/530) Allerdings ist diese ansonsten weitsichtige Aussage noch – was zu Marx' Zeit üblich war und leider bis heute noch nicht ausgerottet ist – bei jeder Gender-Sensibilität. Auch Marx kannte nur Arbeiter. Die Arbeiterin kam nicht vor, schon gar nicht in ihrer sog. reproduktiven Funktion – als diejenige also, der gesellschaftlich die (unbezahlte) Reproduktionsarbeit zugewiesen wurde, die fürsorgliche Arbeit für andere (Care), wodurch menschliches Leben ermöglicht und Arbeitskraft hergestellt wird. Während die Ökonomie sich in Theorie und Praxis um die Produktivität der bezahlten Arbeitskraft drehte, blieb sie bezüglich der Produktivität des sog. Reproduktiven blind – der Natur und der sozial weiblichen Arbeit. Beide werden nicht bewertet, aber gebraucht, denn die Wirtschaft hängt vollständig von ihnen ab. Ihre Leistungen werden unentgeltlich ausgenutzt, unbezahlt angeeignet. Und gerade das ist es, was ökologische und soziale Lebensprozesse zerstört, was ökologische Krisen (Klima-, Energie-, Wasser-, Biodiversitätskrise z.B.) und soziale Krisen (wie Kinderarmut und Jugendkriminalität im globalen Norden oder Nahrungsmittelkrise in Ländern des Südens) systematisch hervorruft. Beide Krisenarten sind Ausdruck ein- und derselben Krise – der Krise des Reproduktiven. Sie sind gleichursprünglich, und sie verweisen auf einen grundlegenden Systemfehler – die Sorglosigkeit gegenüber den eigenen produktiven Grundlagen – die Sorglosigkeit gegenüber dem Lebendigen.

2. Vertiefende ökonomische Analyse – die Trennungsstruktur kapitalistischer Ökonomie

Die kapitalistische Ökonomie ist durch ein Trennungsverhältnis charakterisiert – durch die Trennung von „Produktion“ und sog. „Reproduktion“. Bei genauerem Hinsehen allerdings wird deutlich, dass es sich bei der sog. Reproduktion ebenfalls um „Produktion“ handelt. Denn Reproduktion bedeutet nichts anderes als Wiederherstellung, Erneuerung, Wiederholung der Produktion. Diese Prozesse unterscheiden sich sachlich nicht von den Produktionsprozessen. Z. B. gilt das Herstellen eines Kleidungsstücks als „produktiv“, wenn es im Unternehmen mit dem Zweck des Verkaufs am Markt geschieht, während es als „reproduktiv“ gilt, wenn dies im Haushalt geschieht. Und das Herstellen von fruchtbarem Boden wird dann als „produktiv“ bezeichnet, wenn es durch landwirtschaftliche Erwerbsarbeit geschieht, heißt jedoch „reproduktiv“, wenn es durch die Natur allein bewerkstelligt wird. Dass das eine als „produktiv“, das andere als „reproduktiv“ angesehen wird, liegt nicht in der Sache begründet, sondern in einer Zusammenhängendes auseinander reißen der Trennungsstruktur. Diese Trennung ist im Kern des Ökonomischen angelegt, wie es bis heute in den (industrie)kapitalistischen Ländern definiert ist: als ausschließlich über Märkte koordiniert, als „autonome Marktökonomie“ also, die sich zwecks ihres Funktionierens, d. h. zwecks der Kapitalverwertung, der sog. reproduktiven Kräfte zwar bedient, sie sich aneignet, aber nicht bewertet. Die Handlungsprinzipien dieser Ökonomie sind Profitmaximierung, Wachstum, Konkurrenz, Kurzfristigkeit, Geld. Sie versteht sich als rein monetär, obwohl sie ohne die sozialen und ökologischen Grundlagen nicht möglich wäre. Diese sog. reproduktiven Leistungen werden somit gleichzeitig ausgegrenzt (über Bewertung) und angeeignet (in der Verwertung).

Und diese Trennung ist nicht nur hierarchisch, sondern – das wurde oben schon angesprochen – geschlechtshierarchisch: Nur was an dem und für den Markt geschieht, ist sichtbar, gilt als wertvoll und produktiv, wird in Geld ausgedrückt, bezahlt. Alles andere ist unsichtbar,

wertlos, un- oder reproduktiv. Dieses „Andere“ – das sind eben die sozial weiblichen sorgenden Tätigkeiten sowie die Leistungen der ökologischen Natur. Sie werden nicht „vergessen“, wie z. B. der Begriff „Naturvergessenheit“ suggeriert, sondern systematisch abgetrennt, externalisiert. Dies ist derart prägend für die kapitalistische Ökonomie, dass von einem „Externalisierungsprinzip“ gesprochen werden muss (vgl. v. Winterfeld et al. 2007, S. 16/17). Und da, wie oben schon gezeigt wurde, diese Externalisierung auf dies „Andere“ nicht nur negative, sondern zerstörerische Folgen hat, lässt sich unsere Einsicht in die systemische Struktur der aktuellen Krisen zugespitzt so formulieren: Dieses ökonomische System basiert geradezu auf der Zerstörung sozialer und ökologischer Lebensprozesse! Es bringt systematisch nicht nachhaltige, nicht zukunftsfähige Ergebnisse hervor!

Ausgrenzung oder Externalisierung von ganzen Bereichen führt auch zur „Externalisierung von Kosten“, die dem „Reproduktiven“ aufgebürdet werden, der sozialen Lebenswelt und der natürlichen Mitwelt. Anders ausgedrückt: Diese Ökonomie rechnet falsch! Denn sie bewertet falsch. Sie braucht zwar das Soziale und die ökologische Natur für ihre Zwecke – sie bezieht das Soziale und das Ökologische in die Verwertung ein und nutzt sie dafür – aber bewertet sie nicht. Schon vor Jahren hat Ernst Ulrich von Weizsäcker darauf hingewiesen, dass die Preise für die so hergestellten Waren daher viel zu niedrig seien. Seine Forderung – „Die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen“ – ist immer noch aktuell. Und sie müssen auch die soziale Wahrheit sagen! Denn die falsche Berechnung gilt z. B. auch für viele Löhne. Diese reichen immer häufiger zum Leben, gar zum guten Leben, und dem damit verbundenen „Wiederherstellen der Arbeitskraft“ nicht aus.

Das „falsche Rechnen“ setzt sich im Übrigen auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene fort: Diese Ökonomie weckt die Illusion, Wohlstand entstehe nur über die Produktion für Märkte. Gemessen wird dieser Wohlstand in Geld, als Summe aller Preise der in einem Jahr produzierten Güter und Dienstleistungen (Sozialprodukt). Wohlstandssteigerung ist so identisch mit quantitativem

Wachstum – dem Wachstum dieser Menge von für den Markt produzierten Gütern und Dienstleistungen. In zweierlei Hinsicht ist dieses Wohlfahrtskonzept zu eng: Zum einen gilt es von vornherein nicht für alle, sondern nur für diejenigen, die sich am Markt beteiligen können. Das sind weder Frauen in sorgenden Tätigkeiten noch ist es die ökologische Natur. Es sind aber auch nicht oder nur begrenzt Arbeitslose, MigrantInnen ohne Arbeitserlaubnis, Arme. Sie kommen nur in abgeleiteter, hierarchisierender Form in diesen „Wohlfahrts-Club“ hinein: (Haus)Frauen über den Ehevertrag (und damit nicht über die eigenen Nutzensvorstellungen, sondern über die des Ehemannes), die Natur als menschliches Eigentum; Arme, Arbeitslose und MigrantInnen mithilfe des Sozialstaates. Und zum Zweiten formuliert dieses Wohlfahrtskonzept Wohlfahrt nur als Allokationswohlfahrt von privaten Gütern, als optimale Zuordnung der dazu benötigten Produktionsfaktoren. Sowohl die Frage nach einer gerechten Verteilung der Güter als auch Fragen ihrer naturverträglichen Produktion und Konsumtion spielen keine Rolle (vgl. Biesecker et al. 2007, S. 33, Biesecker/Gottschlich 2005).

Jetzt wird auch der systemische Charakter des engen Arbeitskonzepts deutlich: Dieses ist ebenfalls durch diese Trennungstruktur, durch dieses Externalisierungsprinzip, gekennzeichnet. Dass als Arbeit nur Erwerbsarbeit gilt, liegt jetzt auf der Hand. Dass die Sorge-Arbeit, die fürsorglichen Tätigkeiten im Haushalt und in der Gesellschaft (das bürgerschaftliche Engagement) als Nicht-Arbeit gelten, genau wie Eigenarbeit (Arbeit für sich selbst, worüber z. B. die Abhängigkeit von Konsumgütern verringert wird), ebenso. Und deutlich wird auch, dass diese Erwerbsarbeit von ihrer Anlage her unökologisch ist – denn sie verwandelt die ursprünglich als wertlos geltenden Naturstoffe in Waren, in menschlichen Reichtum. Je produktiver diese Arbeit ist, desto mehr Naturstoff kann sie pro Zeiteinheit verarbeiten – der menschliche Fortschritt, gemessen an solchen Produktivitätssteigerungen, verbraucht immer mehr Natur (vgl. v. Winterfeld et al. 2007, S. 17).

In ihrer Grundstruktur kennt diese von allen lebendigen Grundlagen abgetrennte Ökonomie nur zwei Bereiche, die Produktion und die Konsumtion (*Abb. 1, linke Seite*).

In der Produktion wird Erwerbsarbeit geleistet. Woher die Arbeitskräfte kommen, welche Leistungen nötig sind, um diese warenförmige, verkaufbare Arbeitskraft herzustellen und zu erneuern, geht diese Ökonomie nichts an. Die dafür nötige sozial weibliche Arbeit verschwindet im Bereich der Konsumtion.

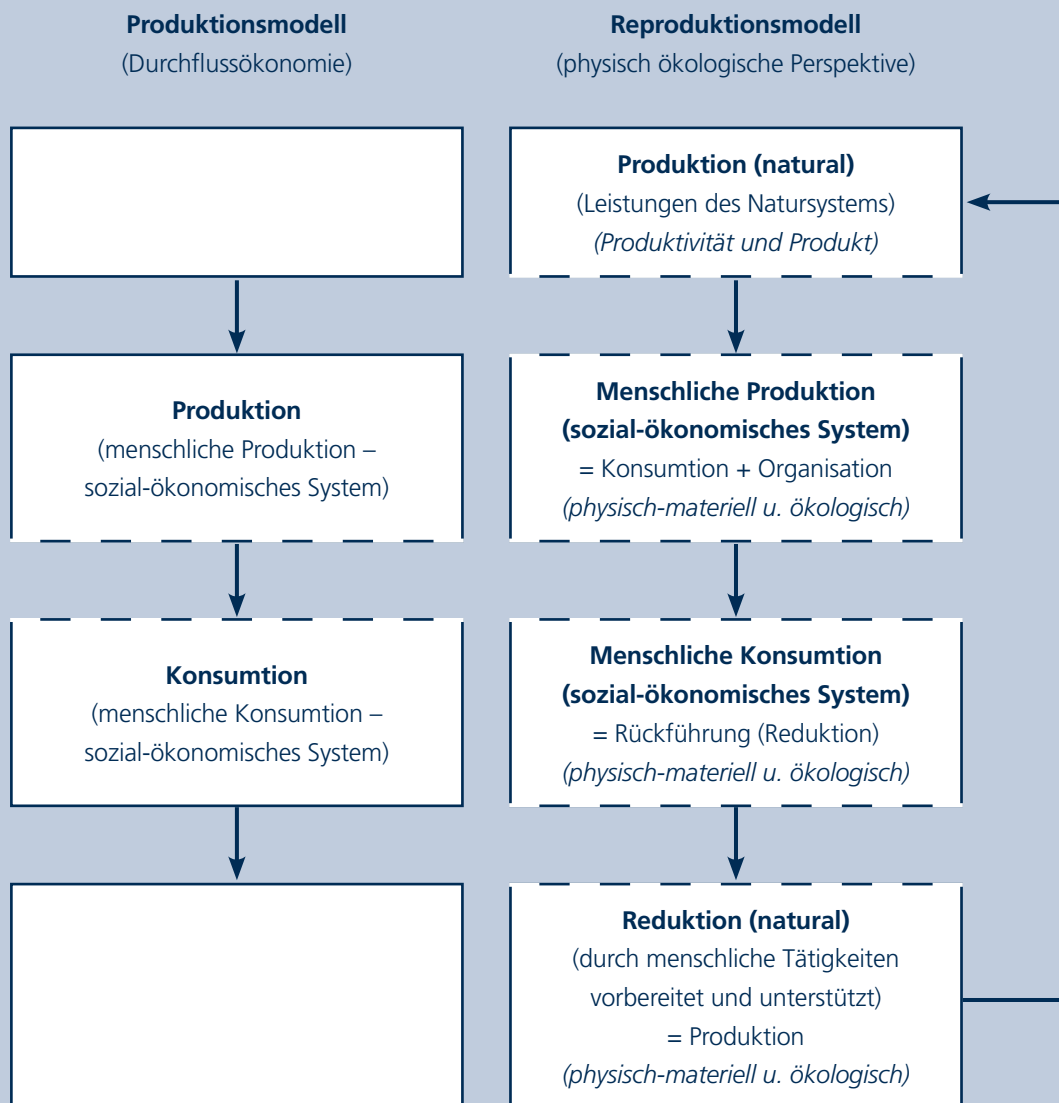
Und die Natur? Sie ist überhaupt nicht präsent. Zwar fließen in den Produktionsprozess Naturstoffe und Energie hinein, und die Abfälle sowie andere mitproduzierte Stoffe (sog. Kuppelprodukte) wie z. B. CO₂ fließen zurück in die Natur. Aber das geht diese Ökonomie ebenfalls nichts an – die beiden Kästen in der Grafik bleiben leer. Diese Ökonomie ist als „Durchflussökonomie“ organisiert. Ihr Bild von der Natur ist das einer „getrennten Natur“ – getrennt in (unerschöpflichen) Ressourcenpool und (unendlich aufnahmefähige) Senke. Woher diese Rohstoffe kommen, wie sie immer wieder hergestellt werden, und welchen Einfluss die Abfälle auf diese Erneuerungsprozesse haben, geht diese Ökonomie nichts an. So kann sie auch nicht wahrnehmen, dass in Produktions- und Konsumtionsprozessen immer auch eine „andere Natur“ mit hergestellt wird. Hier liegt z. B. die Ursache für den immer wieder neu belebten Mythos, der Klimawandel sei „natürlich“ und nicht von Menschen gemacht.

Anders stellt sich der gesellschaftliche ökonomische Prozess dagegen dar, wenn er, wie es Hans Immler und Sabine Hofmeister 1998 getan haben, aus physisch-ökologischer Perspektive als Reproduktionsprozess verstanden wird (*Abb. 1, rechte Seite*).

Stofflich – energetisch besteht er jetzt aus vier Phasen: Noch vor Beginn der menschlichen Produktion hat die Natur schon produziert (Naturale Produktion), das Ergebnis sind für uns Menschen Rohstoffe. Diese werden im menschlichen Produktionsprozess mithilfe von Arbeit und Kapital für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse umgeformt (Menschliche Produktion). Dabei wird Natur verbraucht. Dann folgt die menschliche Konsumtion. Sie ist, genau gesehen, schon wieder Auflösung des Produzierten – Reduktion. Und schließlich kommt wieder die Natur ins Spiel – es ist ihre Aufgabe, die von uns Menschen übrig gelassenen Reststoffe wieder in

Abbildung 1:

Gegenüberstellung Durchflussökonomie vs. Ökonomie der Reproduktion



Quelle: Biesecker/ Hofmeister 2006, S. 134 nach Immler/ Hofmeister 1998, S. 28

neue Naturprodukte zu verwandeln (Naturale Reduktion).

So ist das Produktionssystem „Natur“ integriert. Die Natur ist sowohl Ausgangspunkt als auch Endpunkt. Sichtbar wird, dass der ganze Produktionsprozess, von dem eine „Reproduktion“ jetzt nicht mehr abgespalten ist, aus Auf- und Abbauprozessen besteht.

Jetzt kann ins Bewusstsein rücken, dass menschliche Produktion immer auch Naturver-

änderung bedeutet – dass durch sie auch ein „NaturKultur-Produkt“ mit hergestellt wird.

Und deutlich wird auch, dass es nicht nur um Quantitäten, sondern vor allem um Qualitäten geht: Soll die Produktivität der Natur erhalten bleiben, gilt es, die „Abfallstoffe“ qualitativ so zu gestalten, dass sie die Naturproduktivität stärken. D. h. z. B., sie dürfen nur bedingt giftig sein, angepasst an die Verarbeitungsfähigkeit der Natur. Das schließt eine quantitative Begrenzung

pro Zeiteinheit ein. Und es heißt auch, dass die Zeiten und Räume der Natur zu berücksichtigen sind. Diese qualitativen Anforderungen ziehen sich durch alle Phasen des Produktionsprozesses: Schon bei der Produktion der Güter gilt es, naturverträgliche Qualitäten herzustellen. Das Gleiche gilt für den Konsumtionsprozess. Gesucht wird eine mit der Natur „konsistente“ Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensweise – eine Ökonomie, die die Reproduktionsfähigkeit ihrer sozialen und ökologischen produktiven Kräfte durch ihre eigenen Gestaltungsprozesse hindurch erhält. Erhalten im Gestalten – darum geht es.

Das aber ist mit der strukturell von ihren lebendigen Grundlagen abgetrennten Ökonomie nicht zu machen. Die Abtrennung, die sozial-ökologische Externalisierung, führt im Gegenteil dazu, dass in Krisensituationen, wie wir sie gegenwärtig erleben, die abgetrennten Bereiche, die ökologische Natur und die Sorge-Arbeit, verstärkt als Puffer dienen: Naturschutz wird als zu teuer empfunden, wenn überall das Geld fehlt; und Rohstofflager werden beschleunigt ausgebeutet, um wieder zu Geld zu kommen. Arbeitslose werden nach Hause geschickt, um dort umsorgt zu werden, und öffentliche Leistungen werden privatisiert und den Haushalten aufgebürdet: „In aller Welt sind es Frauen, die durch Mehrarbeit und durch Zeit- wie Konsumverzicht zur Entlastung des Staatshaushalts beitragen“ (BUND et al. 2008, S. 259). Auch die UNCTAD stellte kürzlich fest, dass weltweit vor allem Frauen von der Krise betroffen sind. Christa Wichterich spricht sogar von der Funktion der Frauen in der Krise als „sozialer Air-Bag“ (Wichterich 2009). Und sie fordert dazu auf, „die Ökonomie vom spekulativen Kopf auf die vorsorgenden Füße zu stellen“ (ebenda). Ja.

3. *Vorsorgendes Wirtschaften – die Grundstruktur*

Im Mittelpunkt des oben dargestellten Reproduktionsmodells von Immler/Hofmeister steht die Integration von ökonomischer und ökologischer Dimension wirtschaftlicher Prozesse. Daraus folgen z. B. die angedeuteten Handlungsregeln bezüglich der Qualität der Prozesse und Produkte

einschließlich der Räume und Zeiten. Andere Regeln betreffen den Umgang mit erneuerbaren und nichterneuerbaren Ressourcen, den Umgang mit Abfall, die Frage der Toxizität von Stoffen. Aber sozial-kulturell greift dieses Konzept noch zu kurz. Die sozial weiblichen „reproduktiven“ Tätigkeiten außerhalb des Marktes, in der Versorgungsökonomie (care), werden auch hier nicht berücksichtigt. Hier setzt das Konzept des „Vorsorgenden Wirtschaftens“ an. Es entstand in der ersten Hälfte der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts gerade aufgrund der Unzufriedenheit von Frauen mit der Diskussion um nachhaltiges Wirtschaften. Rasch entstand das Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften, das erstmals mit einer gemeinsamen Publikation 1994 an die Öffentlichkeit trat (vgl. Busch-Lüty et al. 1994). Ein erster zusammenfassender Überblick über dieses Konzept wurde im Jahr 2000 vorgelegt (vgl. Biesecker et al. 2000).

Das Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens betrachtet die Ökonomie aus einem veränderten Blickwinkel, nimmt also einen Perspektivenwechsel vor: Von den bisher als reproduktiv bezeichneten Bereichen, den sozial-weiblichen Tätigkeiten und der ökologischen Natur, wird auf die Marktökonomie geblickt. Diese ist jetzt nicht mehr Selbstzweck, dem Ökologie und Soziales dienen, sondern umgekehrt – Märkte sind Mittel für Lebenszwecke, aus (spekulierenden) Herren werden (vorsorgende) Diener. Welche Märkte (auch: welche Finanzmärkte) tun den Menschen und der Natur gut? Diese Frage kann jetzt gestellt und bearbeitet werden.

Durch diesen Perspektivenwechsel kommt „das Ganze der Ökonomie“ in den Blick – neben dem männlichen Zwilling, der Marktökonomie, taucht endlich der weibliche Zwilling, die Versorgungsökonomie, auf. Damit wird auch die geschlechtshierarchische Strukturierung der ganzen Ökonomie deutlich, die oben schon angesprochen wurde.

Vorsorgendes Wirtschaften ist vor allem durch drei Handlungsprinzipien charakterisiert (vgl. Biesecker et al. 2000, S. 49ff.):

Vorsorge: Die Menschen werden als in sozialen Beziehungen lebend betrachtet, als für sich und andere sorgend, wobei in dieses Sorgen die

natürliche Mitwelt und zukünftige Generationen eingeschlossen sind. Vorsicht, Voraussicht, Umsicht, Übersicht und Rücksicht sind Charakteristika dieses Prinzips. Sorgen nimmt die Bedürfnisse aller Beteiligten zum Ausgangspunkt, es ist ein Prinzip, das auch asymmetrische Beziehungen in die Ökonomie integriert. Solche Asymmetrien bestehen häufig in Sorgebeziehungen, in denen die Umsorgten abhängig sind von den sorgenden Menschen (vgl. zu dieser Qualität der Sorge-Beziehung und zur Möglichkeit ihrer Integration mit der Ökonomie Jochimsen 2003). Aus dem Sorgen um die Zukunft entsteht die Vorsorge in der Gegenwart. Dabei sind Schonung und Nicht-Handeln Möglichkeiten effizienten ökonomischen Handelns.

Kooperation: Kooperieren ist ein altes Prinzip der Versorgungsökonomie und wird hier im Sinne einer vorsorgend-verantwortlichen Kooperation weiterentwickelt. Gemeint ist damit ein kooperatives Wirtschaften, in dem im gemeinsamen Verständigungsprozess nach lebensfreundlichen und naturverträglichen wirtschaftlichen Formen gesucht wird. Weil in diesem Verständigungsprozess als sprachlose KooperationspartnerInnen die natürliche Mitwelt und zukünftige Generationen einbezogen sind, kommt der Begriff „Verantwortung“ mit herein. Verantwortung bedeutet eben, diese KooperationspartnerInnen gleichermaßen einzubeziehen. Diese Kooperation ist prozess-, nicht nur zielorientiert.

Orientierung am für das gute Leben Notwendigen: Vorsorgendes Wirtschaften orientiert sich nicht an der Erfüllung von subjektiven Präferenzen, sondern an der Gestaltung eines guten Lebens für alle Beteiligten. Was dieses gute Leben ist, muss im gemeinsamen Diskurs immer wieder neu festgestellt werden. Gesellschaftliche Wohlfahrt ist so nicht allein monetär bestimmt, ist nicht ein-dimensional kalkulierbar, sondern kann nur viel-dimensional und vielfältig entwickelt werden.

Indem über diese drei Handlungsprinzipien die soziale und die ökologische Dimension mit der ökonomischen verknüpft werden, integriert das Konzept Vorsorgendes Wirtschaften die in der kapitalistischen Ökonomie abgetrennten Bereiche. Genau genommen verläuft dieser Prozess

in der umgekehrten Richtung: Integriert wird die Ökonomie, sie wird in ihre grundlegenden Bereiche, in ihre lebendigen Grundlagen (wieder) „eingebettet“. Dabei ist dieses „Bett“ nicht ein für alle Mal gegeben, sondern durch wirtschaftliches Handeln ständig mitgestaltet.

Das verweist auf die neue Rationalität, der vorsorgendes Wirtschaften folgt – eben auf die Rationalität des „Erhaltens im Gestalten“. Das nenne ich „haushälterisches Wirtschaften“ oder „Haushalten“. Die neue Ökonomie ist eine haushälterische Ökonomie. Die Menschen, die in ihr tätig sind, sind nicht, wie heute oft verlangt, „Arbeitskraftunternehmer“, sondern „Lebenskraft-haushälterinnen“. Vernunft hat hier nichts zu tun mit irgendwelcher Maximierung. Vernünftig ist vielmehr dasjenige wirtschaftliche Handeln, durch das gleichzeitig den Bedürfnissen der heute lebenden Menschen sowie denen zukünftiger Generationen und den Regenerationsprozessen der Natur Rechnung getragen wird. Carola Meier-Seethaler macht darauf aufmerksam, dass solch eine Vernunft – sie nennt sie „Besonnenheit“ (Meier-Seethaler 1997, S. 395) – auf zwei Säulen basiert, dem Denken und dem Fühlen. „Ich und Mitwelt als lebendige Wirklichkeiten, denen wir nur gerecht werden, wenn die Erkenntniskräfte des Denkens und des Fühlens zusammenwirken“ (ebenda).

Erhalten im Gestalten – wie sieht das nun genauer in einer vorsorgenden Wirtschaftsweise aus? Wie werden die produktiven Kräfte dafür gebündelt, organisiert und bewertet? Diese Fragen führen hin zur Produktivitätstheorie der Konzeption vom Vorsorgenden Wirtschaften – mit der Kernkategorie (Re)Produktivität.

4. (Re)Produktivität als Kernkategorie des Konzepts vom Vorsorgenden Wirtschaften

Der Perspektivenwechsel, den das Konzept des vorsorgenden Wirtschaftens beinhaltet, und die damit verbundene „Einbettung“ des Ökonomischen in Ökologie und Soziales bedeuten auch, dass es keine Trennung mehr gibt zwischen sog. produktiven und sog. reproduktiven Kräften. Vielmehr wird der gesellschaftliche Produktionsprozess als Einheit von Produktion und Repro-

duktion verstanden. Produktivität ist immer auch gleichzeitig Reproduktivität – Herstellen geht einher mit Wiederherstellen. Um diese neue Qualität auszudrücken, haben Sabine Hofmeister und ich die Kategorie (Re)Produktivität entwickelt. Gemeint ist damit die „prozessuale, nicht durch Abwertungen getrennte Einheit aller produktiven Prozesse in Natur und Gesellschaft, bei gleichzeitiger Unterschiedenheit.“ (Biesecker/Hofmeister 2006, S. 19)

(Re)Produktivität verweist damit auf ein qualitatives, an sozial-ökologischen Kriterien ausgerichtetes Produktivitätskonzept. Dabei werden diese Kriterien nicht nur im bisherigen ökonomischen Raum, sondern gesellschaftlich bestimmt. Damit dehnt sich das Ökonomische aus – es umfasst jetzt eben auch die Versorgungsökonomie und die ökologischen Produktionsräume. Und es wird durch gesellschaftliche (politische) Bewertungs- und Gestaltungsprozesse geprägt. Das Primat der Politik über die Ökonomie kehrt zurück. Eine (re)produktive Ökonomie ist somit eine Regulationsordnung, deren Aufgabe es ist, die gesellschaftlichen Natur- und Geschlechterverhältnisse als dauerhafte, zukunftsfähige zu gestalten. (Abb. 2)

Damit die Transformation der bisherigen Ökonomie in diese zukunftsfähige Ökonomie gelingt, ist das bisherige innere Widerspruchsverhältnis zwischen Bewerten und Verwerten (jetzt verstanden als Vermittlung zwischen den Elementen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses) aufzuheben. In der Grafik wird das verdeutlicht durch die den eigentlichen (Re)Produktionsprozess umrahmenden, gesellschaftlich ausgehandelten Formen der Bewertung und der Gestaltung. Der Produktionsprozess selbst ist durch die vier Phasen, die aus dem Reproduktionsmodell von Immler/Hofmeister übernommen wurden (dargestellt durch die 4 Kästchen auf der linken Seite), gekennzeichnet. Diese Phasen sind jetzt jedoch nicht nur stofflich bestimmt, sondern auch sozial-kulturell. Denn in jeder der vier Phasen kommt es darauf an, die jeweils passende Kombination von Natur- und Arbeitsproduktivität zu entwickeln – das je spezifische Produktivitätsbündel (vgl. dazu Biesecker/Hofmeister 2009).

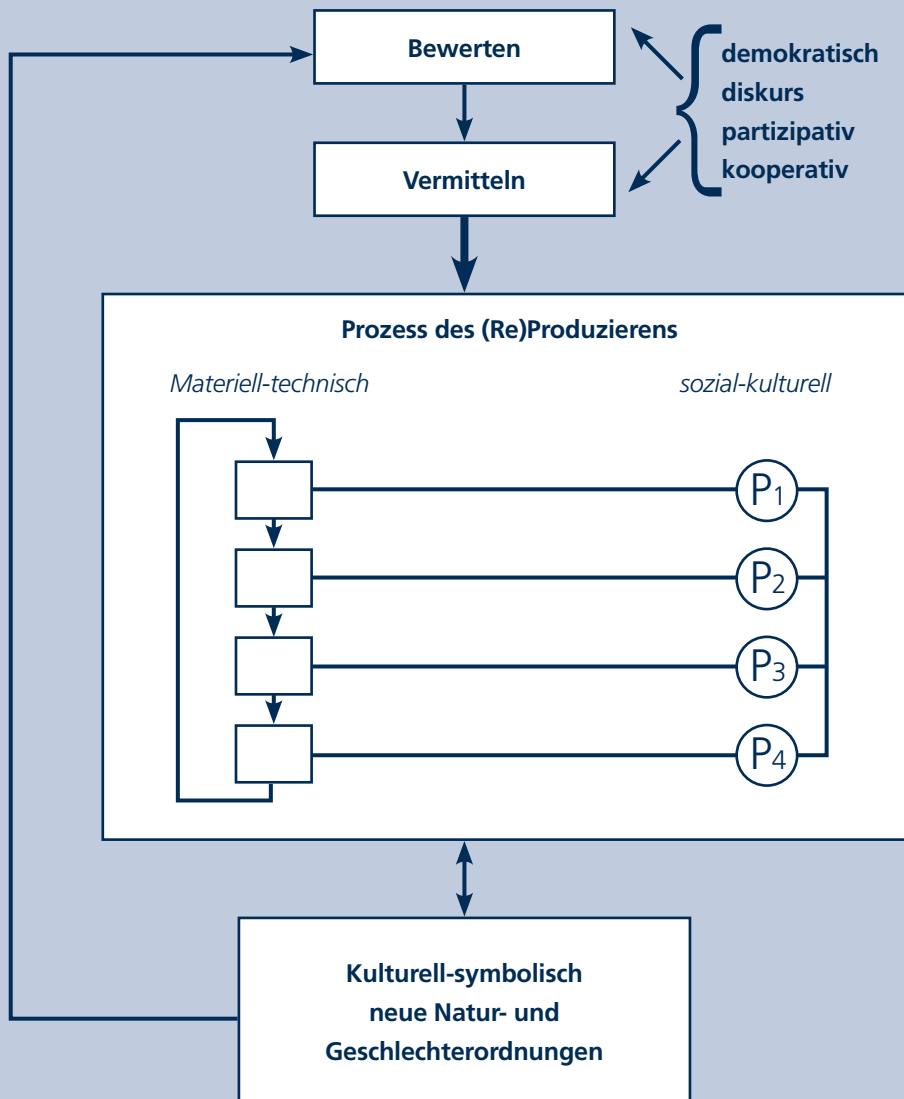
In diesem Gestaltungsprozess geht es um mindestens drei Dimensionen: die materiell-technische, die sozial-kulturelle und die kulturell-symbolische.

Materiell-technisch: Energetisch beruht die neue Ökonomie auf der umfassenden Nutzung erneuerbarer Energie, vor allem der Solarenergie. (Re)produktive Ökonomie ist des weiteren, das wurde beim Immler-Hofmeister-Modell schon deutlich, eine Stoffwirtschaft, deren Ziel es ist, verbunden mit der Produktion von Gütern und Dienstleistungen für die heute lebenden Menschen, ein sozial-ökologischen Kriterien gemäßes „Naturprodukt“ herzustellen. In die Ökonomie kommt so die Funktion der Reduktion herein – und damit die Anforderung, schon zu Beginn des Prozesses in der 1. Phase, die Fähigkeit zur Reduktion als Basis für die neuerliche naturale Produktion zu bedenken. Dafür ist eine sozial-ökologische Technik- und Produktentwicklung nötig, für die neben dem (sozial-männlichen) Expertenwissen auch die (sozial weiblichen) alltäglichen Wissensbestände der KonsumentInnen gebraucht werden. Dualistische Geschlechterverhältnisse werden hier brüchig.

Sozial-kulturell: Es kommt darauf an, die Produktivität aller menschlichen und nicht-menschlichen Akteure als ökonomisch wertvoll anzuerkennen. Das bedeutet vor allem die Integration der sozial weiblichen Arbeit in das Arbeitskonzept. Dem weiten Produktivitätsbegriff entspricht somit ein weiter Arbeitsbegriff. „Das Ganze der Arbeit“ kommt jetzt in den Blick. Neben Erwerbsarbeit tritt die Sorge-Arbeit, aber auch die freiwillige Arbeit in und an der Gesellschaft, das bürgerschaftliche Engagement. Und schließlich wird auch Eigenarbeit immer wichtiger – Arbeit für sich selbst, die z. B. den Kauf von Konsumgütern ersetzt. Alle diese Arbeiten mit ihren je spezifischen Produktivitäten werden gebraucht in einer zukunftsfähigen Ökonomie. Sie sind gleich wichtig und gleich wertvoll – diese Ökonomie schließt alle ein, sie ist eine „inklusive“ Ökonomie. In dieser Wirtschaftsweise gibt es auch keinen Grund für geschlechtsspezifische Zuordnungen und Abwertungen mehr. Mehr noch: Abwertungen und Werte-Hierarchien sind ein Hindernis für die Ausgestaltung des gesellschaftlichen (Re)Produktions-

Abbildung 2:

Modus einer nachhaltigen Gesellschaft – Modus des (Re)Produzierens



Quelle: Biesecker/Hofmeister 2006, S. 166

prozesses. Denn hier werden gleiche Erfahrungen, Kommunikation über Werte, Diskurse über den für alle unbekanntem Weg hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft gebraucht – das ist nur auf der Basis eines paritätischen Geschlechterverhältnisses möglich. Geschlechtergerechtigkeit ist hierbei also nicht nur ein moralisches Anliegen, sondern unmittelbar ökonomisches Interesse. Zugespitzt formuliert: Geschlechtergerechtigkeit wird zur Basisressource einer nachhaltigen Öko-

nomie (Biesecker/Hofmeister 2006, S. 163) – und damit zum Gradmesser, zum Indikator des Neuen.

Kulturell – symbolisch: Das Aufbrechen der Muster geschlechtlicher Arbeitsteilung stellt auch die kulturell-symbolischen Zuweisungen für Männer und Frauen in Frage – die männliche Erwerbsbiografie und die weibliche Familienarbeitsbiografie. Heute lebt schon ein großer Teil der Frauen nicht mehr gemäß dieser Zuweisung. Das

Selbstverständnis von Männern dagegen ändert sich nur ganz allmählich und ist noch stark der alten Rolle verhaftet. Es hilft aber nichts – in einer zukunftsfähigen Gesellschaft mit ihrer (re)produktiven Ökonomie wird es keine Geschlechterhierarchie mehr geben. An deren Stelle tritt ein Verhältnis der gleichwertigen Kooperation, die durch die Generalisierung des Sorge-Prinzips gekennzeichnet ist. Die amerikanische Philosophin Nancy Fraser nennt diese Vision „Universal Care-giver“ (Fraser 1997, S. 61).

Politisch: Gestaltet und gesteuert wird dieses ökonomische System, das wurde oben schon angedeutet, über bewusste Prozesse gesellschaftlicher Regulierung auf allen Ebenen (Haushalt und Unternehmen, Ort, Region, Land, EU, Globus. Mehr-Ebenen-Ökonomie). Es handelt sich insofern um eine „demokratische Mehr-Ebenen-Ökonomie“. In diesen demokratischen Gestaltungsprozessen werden sowohl die stofflichen Qualitäten der Prozesse und Produkte und deren soziale Organisation als auch deren Bewertungen bestimmt. Insbesondere geht es um eine Aufwertung der sozial weiblichen Sorge-Arbeit und eine Umverteilung der verschiedenen Arbeitsarten. Wer soll was wie tun – an welchem Ort, in welcher Zeit und zu welchem Lohn? Diese Entscheidung kann in einer zukunftsfähigen Gesellschaft und ihrer Ökonomie nicht mehr allein dem Arbeitsmarkt überlassen werden, sondern wird Sache der Politik, der demokratischen Beratung. „Arbeit kann nicht nur auf dem Markt wohnen, sondern braucht politische Orte wie das Parlament und das Rathaus. Dort wird nicht hinter verschlossenen Türen getagt, sondern öffentlich eine Verfassung nachhaltigen Arbeitens beraten.“ (Biesecker/v. Winterfeld 2005, S. 71). Und: Hier wird jede und jeder gebraucht – eine nachhaltig wirtschaftende Gesellschaft kennt keine Arbeitslosigkeit mehr. Arbeitslosigkeit – diese Kraftverschwendung kann und will sie sich gar nicht leisten – sie hat viel zu viel zu tun! Die Grundlage dafür, dass sich alle in den verschiedenen Bereichen beteiligen können, ist ein Grundeinkommen, das allen als BürgerInnen zusteht.

Diese Ökonomie besteht aus privaten und öffentlichen Räumen. Welche Leistungen wie privat, welche wie öffentlich erbracht werden sol-

len, ist eine Frage der öffentlichen Diskurse (Beispiele: Bahnprivatisierung, Privatisierung von Krankenhäusern, Schulen, Gefängnissen). Eine solche Ökonomie passt zu einer modernen BürgerInnen-gesellschaft. Denn diese integriert alle wirtschaftlichen Akteure auch als BürgerInnen, nimmt sie in die Verantwortung für die Gestaltung des Gemeinwesens und damit für die öffentliche Bestimmung dessen, was privat, was öffentlich sein soll. In dieser BürgerInnen-gesellschaft sind alle ExpertInnen ihres eigenen Lebensalltags.

Diese Ökonomie lässt sich also nicht mehr allein über Geld steuern – gefragt sind kooperative Strukturen, demokratische Abstimmungs- und Verständigungsprozesse. Sie hat jetzt drei Dimensionen: eine ökologische (physisch-materielle), eine soziale und auch eine monetäre. Dabei rechnet sie anders als die alte Ökonomie – sie rechnet alle Kosten in die Preise ein, sie rechnet „richtig“. D.h. z.B. auch, dass Preise (re)produktive Preise sind – sie müssen ausreichen, um die vernutzten Stoffe wieder herzustellen, sie müssen die dafür nötigen Lebensprozesse ermöglichen. Und die Lebensprozesse der Menschen ebenfalls. D.h.: Auch die Preise für die Arbeitskraft – die Löhne – gilt es, so zu bestimmen, dass ein gutes Leben in der Gesellschaft möglich ist. Lohn ist dann nicht mehr nur Kostenfaktor, sondern im wahrsten Sinne des Wortes „Lebensmittel“.

Diese Ökonomie zielt nicht mehr nur auf quantitatives Wachstum, sondern auf qualitative Entwicklung – und in diesem Rahmen an der einen oder anderen Stelle auch auf quantitatives Wachstum (z.B. heute: Wachstum der Erneuerbaren Energien). Sie ist selbst vielfältig und hat ein vielfältiges Wohlfahrtskonzept – zur Wohlfahrt tragen alle produktiven Kräfte, alle Produktivitäten, bei. Zukunftsfähiger Wohlstand hat viele Gesichter – es kommt darauf an, allen Raum zu geben.

5. Ansatzpunkte und Beispiele für Vorsorgendes Wirtschaften

Vom gegenwärtig vorherrschenden industriekapitalistischen Konzept, das sozial und ökologisch zerstörerische Wirkungen hat, hin zu einer die

(Re)produktivität erhaltenden nachhaltigen Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsweise; von der engen ökonomischen Vernunft und dem engen Ökonomiekonzept hin zum „Ganzen der Ökonomie“ mit Vernunft als Bedachtsamkeit/Besonnenheit; vom engen, auf die Erwerbsarbeit fixierten Arbeitskonzept hin zum „Ganzen der Arbeit“ – klingt das nicht allzu utopisch? Ja, es handelt sich um eine Utopie, aber um eine Utopie im Sinne des „überlegten Utopismus“ von Ernst Bloch. Damit meint Bloch einen Utopismus, der aufgrund der Einsicht in die vorhandenen Entwicklungen denkend ein „Real-Mögliches“ vorausnimmt“. Die Einsicht haben wir soeben versucht, uns zu verschaffen – das Wissen um die soziale und ökologische Unverträglichkeit unseres Wirtschafts- und Arbeitskonzepts und das Wissen um eine Alternative: Das Wissen darüber, dass zukunftsfähiges Wirtschaften in der Idee möglich ist. Aber wie steht es mit dem Real-Möglichen? Wie könnten und müssten Transformationsschritte hin zu einer zukunftsfähigen Ökonomie aussehen – und wo werden sie schon gegangen?

Die neue Ökonomie bildet sich nicht in einem großen Wurf heraus, sondern in Form vielfältiger sozialer Experimente. Und diese gibt es schon in großer Zahl – sie werden jedoch häufig nicht gesehen (vgl. Biesecker et al. 2000). Mithilfe der Kategorie (Re)Produktivität lässt sich ihr Gehalt an Zukunftsfähigkeit darlegen.

An einigen ausgewählten Bereichen möchte ich diese Entwicklung deutlich machen:

Erstens im Bereich der vielen *Initiativen und Projekte vor Ort – im Gemeinwesen*. Beispiele sind hier sorgende Netze im Rahmen der Bündnisse für Familie in Deutschland (vgl. Rübke 2004), sorgende Tätigkeitsnetze im Zusammenhang mit Schrumpfungs- und Rekultivierungsprozessen der durch Kohleabbau zerstörten Natur in Ostdeutschland (vgl. Forschungsverbund „Blockierter Wandel?“ 2007, S. 120 ff.), genossenschaftliche Wohn- und Bauprojekte und im Energiebereich, Bürgerprojekte im Stadtumbau, Biosphärenreservate (vgl. Biesecker/Hofmeister 2008). Überall hier werden neue Bewertungen und neue Kooperationen ausprobiert. Sie werden meist getragen von den Menschen, um deren Lebensraum es geht – von privater Sorgearbeit, Eigenarbeit und

bürgerschaftlichem Engagement (öffentlicher Sorgearbeit). Global gibt es solche Ansätze einer solidarischen Ökonomie vielfältig. Besonders bekannt geworden ist das Beispiel von Porto Allegre in Brasilien, wo es einen BürgerInnenhaushalt gibt. Aber bekannt geworden sind auch viele Unternehmensgründungsprojekte von Frauen und Frauennetzwerke auf dem Land in den Ländern des Südens – Frauen, die sich ihre eigene ökonomische Basis schaffen und sich dabei in die lokale Politik einmischen. Das macht deutlich: Diese zukunftsfähige Ökonomie beinhaltet auch ein neues, ebenfalls „inklusives“, Politikverständnis.

Wichtige Transformationsschritte betreffen, und hier komme ich zu meinem *zweiten Beispielbereich, die Arbeit*. Vom engen, auf die Erwerbsarbeit fixierten Konzept hin zum „Ganzen der Arbeit“ – wie kann das gehen? Denken wir einen Augenblick gemeinsam in diesen Bereich hinein, so finden wir schon viele Schritte und Schrittlchen (die allerdings oft hart umkämpft sind, wie die aktuellen Tarifeinsetzungen oder der Streit um Mindestlöhne zeigen).

Z.B. die *Verkürzung der heutigen Erwerbsarbeitszeit*: So entsteht Raum für die notwendige Neuverteilung von Arbeit und für die gesellschaftliche Entwicklung der bisher abgewerteten und ausgegrenzten Tätigkeitsräume der sozial-weiblichen sowie der zivilgesellschaftlichen Arbeit. Und nur so entsteht Zeit für neue Arbeitsprozesse zur Unterstützung der Naturprozesse – und für freie Zeit. Ja, wir haben in der Gesellschaft viel freie Zeit. Sie ist sozusagen eine „Frucht des Fortschritts“ – nur ist sie heute ganz falsch verteilt: Wir schieben sie ganz den Arbeitslosen zu – während die anderen zu viel arbeiten! Ist das zukunftsfähig? Nein. Wieder geht es also um Umverteilung – jetzt von Zeit und Arbeitsmöglichkeiten. Gleichzeitig haben wir gar nicht mehr die Zeit für so lange Erwerbsarbeit – wir haben so viel anderes zu tun, wenn wir zukunftsfähig wirtschaften wollen! (Es gibt viele mögliche Formen dieser Verkürzung: als tägliche, wöchentliche, jährliche oder lebenszeitliche Verkürzung sowie als längerfristige Freistellung, um anderen Tätigkeiten nachgehen zu können oder müßig zu sein. Ausgearbeitete Konzepte liegen schon vor: Sie tragen z.B. die Titel „Halbtagsgesellschaft“ (vgl.

Stahmer 2007) oder „Kurze Vollzeit für alle“ (vgl. Bund für Umwelt und Naturschutz et al. 2008, S. 427 ff.)

Oder z.B. die *Umverteilung* zwischen der (heute vorwiegend sozial männlichen) guten Erwerbsarbeit und der (heute vorwiegend sozial weiblichen) Sorgearbeit: Ohne diese Umverteilung gelangen wir nicht zu einer vorsorgenden Wirtschaftsweise, zu einer (re)produktiven Ökonomie. Diese Umverteilung stockt heute nach zwei Seiten hin: Frauen werden nicht in die „gute“ Erwerbsarbeit hineingelassen – und Männer drängeln sich nicht gerade danach, Sorgearbeit zu übernehmen (Ich erinnere nur an den Ausdruck „Wickelvolontariat“!). Über Betriebsvereinbarungen sind dafür schon viele Optionen eröffnet – aber nur wenige Männer nehmen sie wahr. Die neue Familienpolitik setzt hier Anreize insbesondere für gut situierte Familien aus der bürgerlichen Mittelschicht mit Doppelverdienern. Erste Erfahrungen zeigen, dass das greift, dass auch Männer vermehrt beginnen, Erziehungsarbeit zu leisten. Solche Anreize müssen aber auf alle Arbeitenden ausgedehnt und sozial gestaffelt werden, wenn dem Auseinanderklaffen der Gesellschaft in Arm und Reich begegnet werden soll. Finanzielle Anreize sind jedoch nur eines. Vor allem geht es darum, die bisher im Schatten der Erwerbsarbeit liegende Sorgearbeit aufzuwerten.

Wie gelingen *Aufwertungsprozesse*? Eine Art dieser Aufwertung ist die gesellschaftliche Bereitstellung einer umfassenden Infrastruktur, die Kinderbetreuung durch entsprechende gesellschaftliche Angebote stützt. Wie schwer sich hier die Politik tut, können wir täglich verfolgen – dennoch: Aus der Perspektive der Zukunftsfähigkeit führt kein Weg vorbei an der großflächigen Ausdehnung von Krippen- und Kindergartenplätzen einschließlich der öffentlichen Finanzierung für die unteren Einkommensgruppen. Bezüglich eines beträchtlichen Teils der Sorgearbeit, der Arbeit in Familien mit Kindern und/oder alten Menschen, gibt der 7. Familienbericht zu dieser Frage eine weitreichende Antwort: durch die qualitative Neubestimmung und Neubewertung der Produktivität der familialen Leistungen und durch deren Förderung über eine

„nachhaltige Familienpolitik“ (vgl. BMFSFJ 2006, S. 245). Grundlage dieses Politikkonzepts ist ein Verständnis der Produktivität der in Familien geleisteten Arbeit, die nicht nur dessen Ergebnis – das Bildungs- und Humanvermögen der Kindergeneration z.B. –, sondern auch diese Leistungen selbst als öffentliches Gut ansieht. Und bezüglich des Verhältnisses dieser „reproduktiven“ Tätigkeiten zur Sphäre der Produktion, der Ökonomie, heißt es: „Eine so verstandene nachhaltige Familienpolitik trägt dazu bei, das Humanvermögen einer Gesellschaft zu erhalten und zu akzeptieren, dass die Leistungen der nachwachsenden Generation für die eigenen Kinder, für die Solidarität mit den Eltern und die Fürsorge in Staat und Gesellschaft auch in einer global wettbewerbsorientierten Wirtschaft genauso wichtig für die Zukunft einer Gesellschaft sind wie die ökonomischen Aktivitäten.“ (BMFSFJ 2006, S. 260)

Hier wird von „Erhalten“ gesprochen – und von einem Gleichgewicht zwischen „Produktion“ und „Reproduktion“. Diese nachhaltige Familienpolitik ist somit auf dem Weg, den durch die Kategorie (Re)Produktivität geforderten Perspektivenwechsel zu vollziehen – sie stellt das Leben in den Mittelpunkt und blickt von hierher auf die Arbeit.

Drittens möchte ich am *Bereich Migration*, bezüglich der Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, um mit uns hier zu leben, zeigen, wie Zukunftsfähigkeit gestaltet werden kann. Ein gelungenes und immer wieder gelingendes Beispiel dafür sind die *Interkulturellen Gärten*:

Diese machen seit 1995 in Deutschland Furore. Damals saßen in Göttingen bosnische Flüchtlingsfrauen zusammen und stellten fest: Während sie in Deutschland auf das Ende des Krieges in ihrer Heimat warteten, wollten sie tätig sein – aber erwerbsarbeiten durften sie nicht und ihre großen Gemüsegärten hatten sie zurücklassen müssen. Also machten sie sich auf die Suche nach einem geeigneten Grundstück zum Gärtnern – und eine Erfolgsgeschichte begann.

In Interkulturellen Gärten arbeiten MigrantInnen aus allen Teilen der Welt mit Deutschen zusammen. „Die gemeinsame Bearbeitung des Bodens, die vielen erstmals in Deutschland ermöglicht, ihr Wissen und ihr Können in einer in-

ternationalen Öffentlichkeit zum Einsatz zu bringen, schafft zugleich ein Lernfeld, das über das Pflanzen und Ernten von Gartenfrüchten weit hinausgeht. Heute gehören zum Repertoire eines „gut sortierten“ Gartens, auch und vor allem in den Wintermonaten, Sprach- und Computerkurse, künstlerische und handwerkliche Aktivitäten, Sport, Theaterworkshops, interkulturelle Umweltbildungsarbeit, die Vernetzung im Stadtteil, Musik, Vortrags- und Beratungstätigkeiten, vielfältige Angebote für Kinder, Fortbildungen in Ernährungs- und Gartenthemen sowie Betriebsbesichtigungen und Exkursionen.“ (Müller 2007, S. 3)

Interkulturelle Gärten bieten den beteiligten Menschen (vor allem Frauen, da Gartenarbeit in den meisten Ländern eine weibliche Domäne ist) die Möglichkeit, für sich selbst und für andere zu sorgen. Im Rahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklung stellen diese Leistungen einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Städte dar. Interkulturelle Gärten sind „produktive Lernräume“ (Werner 2008), in denen auf der Grundlage der eigenen Produktivität Selbstvertrauen geweckt werden kann. Dieses wird durch die soziale Gemeinschaft in den Interkulturellen Gärten gefestigt – eine Gemeinschaft, die selbst erst gestaltet werden muss. Dieser Gestaltungsprozess ist „ein Integrationsprozess, in dem alle Beteiligten ihre Wirklichkeit mit anderen verhandeln und sich das dabei entstehende Neue aneignen.“ (Müller 2007, S. 6) Gerade dieser gemeinsame Aushandlungsprozess wird von der Stiftung Interkultur als entscheidend angesehen für gelingende Integration. „Man muss sich auf die Reise begeben, man muss etwas wagen. Dazu braucht es geschützte, aber auch motivierend-fordernde Rahmenbedingungen ...“ (Werner 2008, S. 4).

Was passiert, wenn es diese Rahmenbedingungen nicht gibt, zeigt das traurige Beispiel des Nachbarschaftsgartens „Rosa Rose“ in Berlin-Friedrichshain: Der Garten wurde am 14. März 2008 polizeilich geräumt und von einem Bauzaun umgeben. Dabei wurden die Bepflanzung und ein Lehmofen zerstört. Hier sollen Wohnungen gebaut werden, gegen den Wunsch der Anwohner und gegen den Rat von Experten – und trotz des Angebots, das Grundstück zu kau-

fen und es für diesen Interkulturellen Garten zur Verfügung zu stellen.

Hier wird deutlich: Eine aus der alten Ökonomie mitgeschleppte Institution – das Privateigentum – wird hier zum Hindernis des Neuen. Auch sie muss daher vorsorgend neu gestaltet werden (vgl. dazu O’Hara 2000).

Der *vierte Bereich*, den ich hier ansprechen möchte, ist der Bereich der *Erneuerbaren Energien (EE)*. Eine zukunftsfähige Ökonomie basiert vor allem auf Solarenergie (vgl. Bund für Umwelt und Naturschutz et al. 2008, Kap.11), denn die Energie der Sonne ist für die nächsten Millionen von Jahren unerschöpflich. Es wird jedoch, je nach Region, einen Energiemix geben – einen Mix aus Sonnen-, Wind-, Wasser-, Bio- und Erdwärme-Energie z.B. Und hier sind auch schon viele Entwicklungen im Gang. Out sind dann Kohle- und Atomkraftwerke – und die dahinter stehenden Interessen machen sich gegenwärtig als mächtige Hindernisse für die Entwicklung zukunftsfähiger Energiekonzepte bemerkbar. Gerade wurde in Berlin ein neues Kohlekraftwerk verhindert – aber an der Nordseeküste sollen gleich mehrere gebaut werden! Gesetzt wird auf die neue Technik CCS (Carbon Capture and Storage), auf CO₂-Abspaltung und Speicherung in unterirdischen Hohlräumen. Das entsprechende Gesetz ist gerade von der Bundesregierung zurückgestellt worden – aber die Energiekonzerne lassen nicht locker und rechnen mit dem Gesetz, das ihnen für die Suche passender Lager freie Hand gibt. Und auch die deutsche Atomlobby hofft dringlich auf einen Sieg der CDU bei der nächsten Bundestagswahl – um dann sofort den ausgehandelten Atomausstiegskonsens in Frage zu stellen. Und schließlich: Nicht jede Bio-Energie ist zukunftsfähig, (re)produktiv. Monokulturen z.B., wo Energiepflanzen angebaut werden, beschädigen die Bodenqualität und verringern die Anbauflächen für Nahrungsmittel. Nur dort, wo Bio-Stoffe als Reststoffe aus ökologischer Landwirtschaft anfallen, hat Bio-Energie eine Zukunft (vgl. Biesecker/Hofmeister/Seidl 2009). Das verweist auch auf die Struktur der zukunftsfähigen Energieversorgung: Sie ist eher dezentral organisiert.

Der *fünfte Bereich ist der des Geldes* – die aktuelle Finanzkrise fordert Überlegungen zu einer

zukunftsfähigen Finanzverfassung geradezu heraus. Dabei ist mir grundsätzlich wichtig: Es geht nicht um Reform, da hat attac recht – das Casino muss geschlossen werden (vgl. Sauer et al. 2009). Sondern es geht um eine ganz neue „Finanzarchitektur“, die der Rationalität des „Erhaltens im Gestalten“ entspricht. Zukunftsfähigkeit bedeute, das Lebendige lebendiger zu machen, hat der Physiker und Träger des alternativen Nobelpreises Hans-Peter Dürr einmal gesagt. Welche Art der Geldversorgung brauchen wir dafür? Eine Geldversorgung, in der Geld nicht Selbstzweck, sondern Mittel für Lebenszwecke ist. Auch hier ist ein Perspektivenwechsel nötig. Wir brauchen ein Finanzsystem, in dem Banken nicht als Spekulanten, sondern als Vermittler vorsorgenden Wirtschaftens wirken, als Unterstützer gerade auch kleiner, selbstorganisierter und selbstverwalteter Projekte. Beispiele dafür gibt es schon: die Grameen-Bank des Friedensnobelpreisträgers von 2007, Mohammad Yunus, die Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft in Köln, die GLS-Bank, die Umweltbank ... Geldgeber sind hier VermögensbesitzerInnen, die zwar auf den Erhalt ihres Vermögens achten, aber mit einer niedrigen Verzinsung zufrieden sind und deren zentrales Anliegen die Unterstützung sozial-ökologischer Projekte und Initiativen ist – die Unterstützung der Transformation der bestehenden Ökonomie in eine zukunftsfähige Wirtschaftsweise. Auch diese Geldgeber gibt es schon – sie finden sich unter

dem Sammelbegriff „Nachhaltiges Investment“. Und schließlich macht die neu erstarkende Genossenschaftsbewegung deutlich – Wohnungsbau-genossenschaften, Energiegenossenschaften z.B. – dass und wie lebensnahe, lebenswichtige und das Leben verbessernde Projekte über Genossenschaftsanteile eigenfinanziert werden können. Ein entsprechend kooperatives Beispiel auf der Ebene der Region sind Regionalwährungen, über die die regionale Wirtschaft stabilisiert werden kann. Überall hier wird deutlich, dass es darauf ankommt, das Geld zurückzuführen auf die Funktion, die ihm aus der Perspektive des vorsorgenden Wirtschaftens zukommt: auf die dienende, die unterstützende Funktion.

Schlussbemerkung

Diese Beispiele sind zahlreich und dennoch nur eine Auswahl. Sie zeigen: Vorsorgendes Wirtschaften – (Re)Produktivität – ist schon vielfältig auf dem Weg. Sie zeigen aber auch: Vorsorgendes Wirtschaften – (Re)Produktivität – ist umkämpft. Denn es rüttelt an überkommenen Interessen, am herkömmlichen Machtgefüge, an nicht-zukunftsfähigen Institutionen. Vor allem aber wird es bekämpft, weil es unabhängig macht – unabhängig von Markt und Kapital. Es hilft aber nichts – anders ist Zukunftsfähigkeit nicht zu haben.

Literatur:

- Altvater, Elmar (2005): Globalisierung. In: Wiss. Beirat von attac (Hg.): ABC der Globalisierung. Hamburg: VSA, S. 74-75.
- Biesecker, Adelheid/Braunmühl, Claudia v./Winterfeld, Uta v. (2007): Die Privatisierung des Politischen. Zu den Auswirkungen der doppelten Privatisierung. In: *Femina Politica 2/2007* (Cherchez la Citoyenne! Bürger- und Zivilgesellschaft aus geschlechterpolitischer Perspektive), S. 28–41.
- Biesecker, Adelheid/Gottschlich, Daniela (2005): Effizienz. In: Wiss. Beirat von attac (Hg.): ABC der Globalisierung. Hamburg: VSA, S. 34–35.
- Biesecker, Adelheid/ Hofmeister, Sabine (2006): Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur Sozial-ökologischen Forschung. Ergebnisse Sozial-ökologischer Forschung Bd. 2. München: oekom.
- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2008): (Re)Produktivität. Nachhaltige Natur- und Geschlechterverhältnisse. In: *WIDERSPRUCH* Nr. 54, 28. Jg. 2008, S. 111–126.
- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2009): Starke Nachhaltigkeit fordert eine Ökonomie der (Re)Produktivität. Der Beitrag des Schlüsselbegriffs Naturproduktivität zur Fundierung einer Theorie der Nachhaltigkeit. In: Egan-Krieger, Tanja/Schultz, Julia/Thapa, Philipp Pratap/Voget, Lieske (Hg.): Die Greifswalder Theorie starker Nachhaltigkeit. Ausbau, Anwendung und Kritik. Marburg: Metropolis (Veröff. in Vorbereitung).
- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine/Seidl, Irmi (2009): Ökonomie und Naturnutzung. Erneuerbare Energien (EE) – Produktivität und Reproduktivität von Natur und Ökonomie. In: Held, Martin/Kubon-Gilke, Gisela/Sturn, Richard (Hg.): Institutionen ökologischer Nachhaltigkeit. Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik Bd. 9, Marburg: Metropolis (Veröff. in Vorbereitung).
- Biesecker, Adelheid/Mathes, Maite/Schön, Susanne/Scurrell, Babette (Hg.) (2000): Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens. Bielefeld: Kleine.
- Biesecker, Adelheid/v. Winterfeld, Uta (2005): „Nachhaltigkeit und Existenzsicherung II: Möglichkeitsräume und neue Gesellschaftsverträge“. In: *Politische Ökologie* Nr. 95, S. 77–79.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2006): 7. Familienbericht. Familien zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Deutscher Bundestag, Drucksache 16/1360.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland/Brot für die Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst (Hg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Frankfurt am Main: Fischer.
- Busch-Lüty, Christiane/Jochimsen, Maren/Knobloch, Ulrike/Seidl, Irmi (Hg.) (1994): Vorsorgendes Wirtschaften. Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit. In: *Politische Ökologie*, Sonderheft 6, München: ökom.
- Forschungsverbund „Blockierter Wandel?“ (2007): Blockierter Wandel? Denk- und Handlungsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung. Ergebnisse Sozial-ökologischer Forschung Bd. 6, München: oekom.
- Fraser, Nancy (1997): *Justice Interruptus. Critical Reflections on the „Postsocialist“ Condition*. New York und London: Routledge.
- Huffschmid, Jörg (2009): Fehlerverhalten, Regulierungsmängel oder Systemdynamik? Zu den Hintergründen und Ursachen der Finanzkrise. In: Sauer, Thomas/Ötsch, Silke/Wahl, Peter (Hg.): *Das Casino schließen! Analysen und Alternativen zum Finanzmarktkapitalismus*. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. Hamburg: VSA, S. 33–46.

- Immler, Hans/Hofmeister, Sabine (1998): *Natur als Grundlage und Ziel der Wirtschaft. Grundzüge einer Ökonomie der Reproduktion*. Opladen und Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Jochimsen, Maren (2003): *Careful Economics. Integrating Caring Activities and Economic Science*. Boston/Dordrecht/London: Kluwer Academic Publishers.
- Marx, Karl (1971/1890): *Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie*, Bd. I, 4. Aufl. (1. Aufl. 1867). Berlin: Dietz.
- Meier-Seethaler, Carola (1997): *Gefühl und Urteilskraft. Ein Plädoyer für die emotionale Vernunft*. München: Beck.
- Müller, Christa (2007): *Interkulturelle Gärten – Urbane Orte der Subsistenzproduktion* (pdf). (Veröffentlicht in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunikationswissenschaften – Die „grüne“ Stadt – urbane Qualitäten durch Freiraumentwicklung*, 1/2007, S. 55–67.
- O’Hara, Sabine (2000): *Vorsorgendes Wirtschaften in einer sorglosen Welt*. In: Biesecker, Adelheid/Mathes, Maite/Schön, Susanne/Scurrrell, Babette (Hg.) (2000): *Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens*. Bielefeld: Kleine, S. 225–237.
- Röbke, Thomas (2004): *Sorgende Netze durch Bürgerschaftliches Engagement – eine Besichtigung mit Ausblicken in die Zukunft*. In: Glück, A./Mangel, H./Röbke, T. (Hg.): *Neue Netze des Bürgerschaftlichen Engagements. Stärkung der Familien durch ehrenamtliche Initiativen*. Heidelberg und München: Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehen GmbH, S. 21–37.
- Sauer, Thomas/Ötsch, Silke/Wahl, Peter (Hg.) (2009): *Das Casino schließen! Analysen und Alternativen zum Finanzmarktkapitalismus*. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. Hamburg: VSA.
- Stahmer, Carsten (2007): *Die Halbtagesgesellschaft. Konkrete Utopie für ein sozial nachhaltiges Deutschland*. Vortrag am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie am 9. 8. 07 (unveröff. Ms.).
- Werner, Karin (2008): *Interkulturelle Gärten als Sozialräume der Mikro-Integration*. Skripte zu Migration und Nachhaltigkeit Nr. 6. München: Stiftung Interkultur.
- Wichterich, Christa (2009): *Frauen als soziale Airbags. Ein feministischer Blick auf die globalen Krisen*. In: *Lunapark* Heft 6, S. 22–25.
- Winterfeld, Uta v. et al. (2007): *Sozial-ökologisches Tätigsein im Schatten der Moderne. Tätigkeitsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung*. Wuppertal.

5. Umsteuern: Mit feministischer Politik der Finanz- und Wirtschaftskrise begegnen

Gabriele Michalitsch

Krise hat Konjunktur: ökonomische, soziale, ökologische, politische Krise, Energie-, Ernährungs-, Ressourcenkrise – auch wenn sie im Systemzusammenhang unterbelichtet bleiben, die Vielzahl nunmehr auch im öffentlichen Diskurs konstatiertes Krisen verweist nicht nur auf die problematische Produktivität von globalisiertem Kapitalismus, sondern mehr noch auf Grenzen seiner Akzeptabilität.

Mit der Erschütterung des omnipräsenten Markt-Credos im Zuge der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise brechen in den letzten Dekaden zunehmend neoliberal eingehegte Denk- und Handlungsräume auf und eröffnen der Kritik, die ihren Wortstamm „krinein“ (scheiden, sondern, trennen) mit Krise teilt und auf deren inhärente Verknüpfung verweist, neue Perspektiven im diskursiven Ringen, im „Kampf um die Macht zum Erhalt oder zur Veränderung der herrschenden sozialen Welt durch Erhalt oder Veränderung der herrschenden Kategorien“ (Bourdieu 1985, 18f.).

Doch im Horizont von Krise und Kritik erweisen sich Fragen nach Geschlechterverhältnissen einmal mehr als marginalisiert. So rückt der vorliegende Beitrag ins Zentrum der Diskussion, indem er Ansatzpunkte feministischer Politiken markiert, die – auf Geschlechtergleichstellung zielend – als mögliche „Antworten“ auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise über aktuelle Stabilisierungsprogramme hinausweisen. Einleitend

widmet sich der Beitrag zunächst skizzenhaft Hintergründen und Geschlechterimplikationen der aktuellen Wirtschaftskrise, ehe von Foucaults Begriff der Kritik ausgehend der theoretische Bezugsrahmen aufgespannt wird, auf den sich in weiterer Folge die Entwicklung feministischer wirtschaftspolitischer und wirtschaftswissenschaftlicher Interventionsfelder im Kontext der Krise stützt.

1. Krise der Ökonomie

Kritische Befunde (Schulmeister 2009, Huffschnid 2009, Bischoff 2008) stimmen weitgehend darin überein, dass die Ursachen der Krise in neoliberalen Politiken der Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte, zunehmender Umverteilung von unten nach oben und Privatisierung sozialer Sicherung liegen.⁶ Sie ermöglichten die langfristige Akkumulation privaten Finanzvermögens, das sich zwischen 1980 und 2007 von 12 Bill. US-Dollar auf 196 Bill. US-Dollar vervielfachte, während sich das weltweite Sozialprodukt gleichzeitig lediglich von 10 auf 55 Bill. US-Dollar erhöhte.⁷ (Huffschnid 2009, 2)

Umverteilung von unten nach oben, wie sie sich etwa an der Entwicklung der seit Mitte der 1970er Jahre in den meisten Industrieländern nahezu kontinuierlich sinkenden Lohnquote⁸ ab-

⁶ Zu den Auswirkungen dieser Strategien auf Geschlechterverhältnisse vgl. Michalitsch 2006.

⁷ Vermögen korreliert in hohem Maße mit Geschlecht, Vermögenskonzentration bedeutet folglich auch Verschärfung geschlechtsspezifischer Ungleichheiten.

⁸ Die Lohnquote gibt den Anteil der Bruttoentgelte für unselbstständige Arbeit am Volkseinkommen an, sie sank – unbereinigt um Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur – zwischen 1975 und 2007 in Deutschland von 74 auf 62 %, in Österreich von 79 auf 66 %, ihr Rückgang spiegelt die Zunahme der Arbeitslosigkeit und das starke Wachstum der Vermögenseinkommen.

lesen lässt, sowie die zunächst in den USA, später auch in Europa vollzogene Umstellung der Rentensysteme auf Kapitaldeckung⁹ und die Förderung privater Altersvorsorge¹⁰ bildeten hierfür wesentliche Grundlagen. Darüber hinaus führten – im Gefolge der Abkehr vom Bretton-Woods-System fester Wechselkurse 1971 – Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte zu erhöhten Kursinstabilitäten, die Spekulation und Bedarf an Kursabsicherung – und damit einhergehend die Kreation neuer Finanzprodukte vor allem seit den 1980er Jahren – gleichermaßen förderten, während sich die Geschwindigkeit von Finanztransaktionen bei minimalen Transaktionskosten vor allem im Zuge der Entwicklung neuer Kommunikationstechnologien zunehmend erhöhte und verstärkt eingesetzte computergestützte Spekulationssysteme Kursschwankungen verstärkten. Von erhöhten Renditenansprüchen im Zeichen des „shareholder value“ getrieben, verlagerte der Bankensektor seine Aktivitäten vermehrt von Investitionsfinanzierung zu „asset management“, realwirtschaftliche Unternehmen ersetzten Investitionen in Produktionskapazitäten mehr und mehr durch profitablere Finanzanlagen.

All diese Entwicklungen schufen über Jahrzehnte jenes Krisenpotenzial, das sich mit der ab 2007 einsetzenden „Schubumkehr“ (Schulmeister 2009, 2) zu realisieren begann. Vor diesem Hintergrund markiert die subprime-Krise letztlich lediglich den Auslöser, der die Finanzmärkte erlahmen ließ, sodass sie die ihnen zugeordnete Funktion der Koordination von Kapitalströmen nicht mehr erfüllten und in weiterer Folge die in eine Phase konjunkturellen Abschwungs übergehende globale Wirtschaft in eine tiefe Rezession stürzten. Vertrauen in Stabilität und Selbstregulation von Märkten schwand ebenso wie in die wirtschaftswissenschaftliche Modell-Ökonomik, kam doch gerade der Finanzmarkt den Postulaten eines idealen Marktes am nächsten. Der wirtschaftspolitische Diskurs verschob sich: Staat-

liche Intervention in Märkte galt nicht länger als schädliche oder überflüssige Beschränkung, sondern avancierte zum Gebot der Stunde, um das kapitalistische System und seine Eliten zu „retten“. Während grundlegende Modifikationen des globalen Finanzsystems auf sich warten lassen, versuchen nun die weltweit geschnürten Konjunkturprogramme, den status quo ante herzustellen – und so nicht zuletzt bestehende Machtverhältnisse, auch zwischen den Geschlechtern, zu stabilisieren.

Die europäischen, zunächst keynesianisch anmutenden Stabilisierungsprogramme, deuten jedoch kaum auf einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel. Sie konzentrieren sich auf die Stützung von Banken und realwirtschaftlichem Unternehmenssektor, dem letztlich auch die umfangreichen Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand zugute kommen.

Geschlechterverhältnisse ausblendend, stabilisieren die Konjunkturprogramme Geschlechterhierarchien, indem sie bestehende Ungleichheiten affirmieren und asymmetrische Konstitutionsbedingungen von Geschlecht festschreiben. So zielen sie etwa vorrangig darauf, Männerarbeitsplätze – besonders im Bauwesen – zu sichern, während Erwerbslosigkeit von Frauen und beschleunigte Atypisierung weiblicher Beschäftigung sozioökonomische Geschlechterhierarchien vor allem im Hinblick auf Arbeitsmarktstatus, Einkommen und Zugang zu sozialer Sicherheit verstärken. Zunehmende, vorrangig Frauen zugewiesene unbezahlte Arbeit als Resultat krisenbedingt steigenden Drucks auf die Versorgungsökonomie, durch vermehrte Eigenleistungen Einkommensrückgänge auszugleichen, stützt darüber hinaus die geschlechtliche Arbeitsteilung mit allen sie begleitenden sozioökonomischen Ungleichheiten. (Michalitsch 2009a)

Die Konjunkturprogramme negieren diese Effekte der Krise und gehen dabei nicht zuletzt mit öffentlichen Diskursen einher, die durch

9 Während die Rentenversicherungsbeiträge der Beschäftigten in umlagefinanzierten Systemen unmittelbar der Finanzierung der Renten dienen, werden sie beim Kapitaldeckungsverfahren auf die Kapitalmärkte gelenkt, ehe sie als Renten an die ursprünglichen EinzahlerInnen zurückfließen.

10 Das weltweit in Pensionsfonds angelegte Vermögen stieg von 4,8 Bill. US-Dollar 1992 auf 28,2 Bill. US-Dollar 2007, das in Versicherungen angelegte Vermögen von 6,3 Bill. US-\$ auf 19,8 Bill. US-\$. (Huffschnid 2009, 4)

wiederholte Behauptungen, Frauen seien von der Krise nicht oder kaum betroffen, vor allem aber durch De-Thematisierung von geschlechtsspezifischen Krisendimensionen charakterisiert sind. Retraditionalisierende Geschlechtereffekte von Krise und Konjunkturpolitik werden nicht wahrgenommen, als „ökonomisch irrelevant“ nicht problematisiert oder schlicht verschwiegen, Gleichstellungsforderungen gleichzeitig mit Verweis auf die Krise und ihre Kosten abgewehrt.

Gender Mainstreaming erweist sich dabei einmal mehr als wenig durchschlagskräftige Strategie. Ausdrücklich auf alle Politikbereiche hin konzipiert, kommt es doch – völlig sanktionslos – in wirtschaftspolitischen Kontexten nicht zur Anwendung. Auch Gender Budgeting, explizit auf budgetäre Allokationen fokussiert und in den letzten Jahren von EU-Institutionen zunehmend propagiert, spielt im Kontext der Konjunkturprogramme keine Rolle.

2. Kritik, Geschlechter-Regierung und Ökonomie

Kritik besteht Foucault folgend darin, das, was in einer Gesellschaft als Wahrheit gilt, auf seine Machteffekte und Macht auf ihre Wahrheitsdiskurse hin zu befragen. (Foucault 1992, 15) „Wahrheit“ ist Foucault folgend in westlichen Gesellschaften um den wissenschaftlichen Diskurs und die diesen produzierenden Institutionen zentriert. Permanenten ökonomischen und politischen Anforderungen ausgesetzt, wird sie vorrangig unter Kontrolle einiger weniger großer politischer und ökonomischer Apparate wie Universität, Armee und Massenmedien produziert und verteilt, in Erziehungs- und Informationsapparaten zirkulierend verbreitet und konsumiert. (Foucault 1978, 52)

Die kritische Haltung charakterisiert Foucault als „Kunst nicht dermaßen regiert zu werden“ (Foucault 1992, 12). Regierung bezeichnet dabei eine Form von Machtausübung, die Indivi-

den durch die Produktion von Wahrheit anleitet, lenkt, führt und so zu Subjekten formt. Sie umfasst die Gesamtheit der Institutionen und Praktiken, durch welche Menschen gelenkt werden, sowie sämtliche Prozeduren, Techniken und Methoden, welche die Lenkung von Menschen untereinander gewährleisten. (Foucault 1996, 119) Als „Führung der Führungen“ zielt sie auf das Verhalten der Menschen. Insofern sich Regierung auf die Konstitution von Subjekten als geschlechtliche Subjekte bezieht, wird sie hier unter dem Begriff Geschlechter-Regierung subsumiert.

Ökonomie lässt sich in diesem Foucaultschen Kontext als spezifische Form von Regierung deuten. Ökonomie bezieht sich demnach nicht nur auf Allokation von Ressourcen oder Produktion von Gütern und Dienstleistungen, sondern reguliert soziale Beziehungen ebenso wie Selbst-Verhältnisse. Sie stellt demnach auch eine Form von Geschlechter-Regierung dar, die vor allem über die Zuweisung von Arbeit, Einkommen (und Vermögen), Zeit und Entscheidungsbefugnissen die moderne binäre hierarchische Geschlechterordnung reproduziert. Der Ausschluss der Reproduktionssphäre aus dem Bereich des Ökonomischen und deren Zuweisung an Frauen erweist sich hierbei als ebenso grundlegend wie geschlechtsspezifische Segmentationen des Arbeitsmarktes, Einkommensdisparitäten und die systematische Hierarchisierung der Geschlechter über deren berufliche Positionierung, die nicht nur unmittelbar Lebensverhältnisse prägen, sondern Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern bestimmen. (vgl. Michalitsch 2009b)

Auf diese richten sich die im Folgenden vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftskrise skizzierten politischen Interventionsfelder. Der Perspektive Foucaultscher Kritik folgend, werden hierbei Macht und Wahrheit idealtypisch differenziert und einerseits als wirtschaftspolitische, andererseits als wirtschaftswissenschaftliche Gestaltungsebene gefasst. Sie dienen als Bezugsrahmen, innerhalb dessen Ansatzpunkte feministischer Politik systematisiert werden.

3. Ökonomische Macht: Feministische Interventionen

Die sechs hier umrissenen Interventionsfelder¹¹ und die mit ihnen verbundenen Politiken zielen auf emanzipatorische Veränderungen von ökonomischer Geschlechter-Regierung und damit langfristig auf Überwindung der binären hierarchischen Geschlechterordnung. Die dabei zugrunde liegende ökonomische Perspektive richtet sich vorrangig auf das soziale Beziehungsgeflecht, das nicht nur als Ziel, sondern auch als Fundament des Wirtschaftens, folglich als mittel- und langfristige Basis wirtschaftlicher Prosperität und damit als *das* „Investitionsobjekt“ schlechthin verstanden wird (Esping-Andersen 2000, Bock-Schappelwein/Eppel/Mühlberger 2009). Gerade dieses nur mittel- und langfristig zu steuernde menschliche Potenzial einer Ökonomie bleibt von den Konjunkturmaßnahmen unterbelichtet. Gleichzeitig sind die skizzierten Politikvorschläge darauf ausgerichtet, unmittelbar Geschlechterverhältnisse retraditionalisierende Krisenfolgen zu minimieren und Optionen für emanzipatorische Veränderungen im Krisenkontext aufzuzeigen. Insofern stellen sie feministische Erweiterungen ebenso wie Entgegnungen zu den bestehenden Stabilisierungsprogrammen dar.

Auch wenn deren Durchsetzungschancen gering scheinen, handelt es sich keineswegs um den Entwurf einer Utopie, sondern um – kurzfristig wie langfristig orientierte – Ansätze zu politökonomischen Veränderungen im gegebenen kapitalistischen Kontext. Sie stellen kein umfassendes Gleichstellungsprogramm dar – ein solches müsste wesentlich breiter angelegt sein –, vielmehr werden Bewegungsrichtungen aufgezeigt, die selbst bei geringem Ressourceneinsatz schrittweise eingeschlagen werden können.

3.1 Erwerbsarbeit

Obleich die von Frauen dominierten Branchen als weniger krisenexponiert gelten, steigt die Frauenarbeitslosigkeit kontinuierlich. Dabei liegt die versteckte Arbeitslosigkeit von Frauen traditionell infolge fehlender Leistungsansprüche weit höher als die von Männern. Gerade die atypischen, oftmals prekären, marginalisierten weiblichen Beschäftigungsverhältnisse können im Bedarfsfall leicht gelöst werden. Dabei dürfte sich der seit den 1990er Jahren anhaltende Trend zur Atypisierung vor allem von Frauenerwerbsarbeit im Zuge der Krise noch beschleunigen. Kaum Existenz sichernde Einkommen, mangelnde soziale Absicherung, erhöhte Armutsgefährdung und damit verbundener gesellschaftlicher Ausschluss sind die Folgen, die Lebensverhältnisse gerade von Frauen im Zuge der Krise verstärkt bestimmen – zumal diese infolge höchst ungleicher geschlechtsspezifischer Vermögensverteilung selten auf entsprechende Rücklagen zur Überbrückung von Krisenzeiten zurückgreifen können.

Generelle Arbeitszeitverkürzung stellt nach wie vor eine wesentliche Strategie dar, um Erwerbsarbeit und unbezahlte Versorgungsarbeit zwischen den Geschlechtern neu zu verteilen. Volle Integration atypisch Beschäftigter in das Sozialsystem und nachhaltige, vor allem auf beruflichen Aufstieg zielende Anti-Diskriminierungspolitik müssten diese begleiten.

3.2 Pflege und Betreuung

Dem beträchtlichen Bedarf an Pflege- und Betreuungsleistungen durch entsprechende Ausweitung öffentlicher Angebote zu begegnen, schafft nicht nur Konjunktur stützend Arbeitsplätze, sondern eröffnet auch die Möglichkeit, der geschlechtsspezifischen Zuweisung dieser Berufsfelder gezielt entgegenzuwirken und nicht zuletzt den steigenden Druck auf die Versorgungsökonomie zu reduzieren. Denn in Krisenzeiten kommt der nach wie vor primär Frauen zugewiesenen unbe-

11 Die EU-Roadmap zu Gleichstellung für den Zeitraum 2006-2010 nennt sechs Schwerpunkte: Gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen und Männern sowie Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben stehen dabei an vorderster Stelle. Weitere Schwerpunkte bilden die gleichberechtigte Teilhabe an Entscheidungsprozessen, die Bekämpfung geschlechterbezogener Gewalt und Menschenhandels, der Abbau von Geschlechterstereotypen sowie die Förderung von Geschlechtergleichstellung außerhalb der EU. (Europäische Kommission 2006)

zahlten Arbeit im privaten Bereich eine besondere Pufferwirkung zu, soll sie doch mangelnde Kaufkraft durch mehr Eigenleistungen ausgleichen. Mehr unbezahlte Arbeit aber verringert in weiterer Folge Partizipationschancen vorrangig von Frauen am Arbeitsmarkt und stabilisiert so die hierarchische geschlechtliche Arbeitsteilung.

Dabei sind insbesondere öffentliche Betreuungsleistungen für Kleinkinder auch als Investition zu verstehen, da sie positive Wirkungen auf das kulturelle Kapital und damit längerfristig auf das ökonomische Potenzial einer Volkswirtschaft haben.

3.3. Bildung

Mit dem Übergang zu einer wissensbasierten Ökonomie wird die Bedeutung von Bildung und Qualifikation als Wirtschaftsfaktoren weiter steigen. Bildungsinvestitionen sind folglich nicht auf die Sanierung von Schulgebäuden zu beschränken, sondern auf die Qualität von Bildung zu beziehen, dabei wäre auch der gesellschaftlichen Produktion und Verankerung von Stereotypen und in weiterer Folge geschlechtsspezifischen Segregationstendenzen im Bildungsverhalten entgegenzuwirken, denn sie verknüpfen sich mit gesellschaftlichen Schließungsmechanismen, die das in der Bevölkerung zu verortende ökonomische Potenzial einer Volkswirtschaft letztlich verringern.

3.4. Integration

Darüber hinaus sind Zugangschancen zu Bildung vor allem für benachteiligte Gruppen zu fördern, indem adäquate soziale Voraussetzungen wie ein entsprechendes „bildungsfreundliches“ Umfeld und ein solidarisches gesellschaftliches Klima – also Lebensbedingungen, die Lernen ermöglichen und dazu motivieren – geschaffen werden. Angst, Druck und erhöhte Unsicherheit samt individualisierten Überlebenskämpfen, wie sie politische Strategien vor allem der letzten Dekade charakterisierten, richten sich ausschließlich an den/die Einzelne, wirken dabei oftmals kontraproduktiv und lassen die Gestaltung individueller Rahmenbedingungen außer Acht. Vielmehr bedarf es in-

tegrativer Politiken, die auf Inklusion in die Gesellschaft zielen, um gerade marginalisierten Gruppen vermehrt gesellschaftliche Chancen auf Teilhabe zu eröffnen und damit der Vertiefung und letztlich Entladung sozialer, sich im Zuge der Krise verschärfender Konflikte entgegenzuwirken.

3.5. Sozialinvestitionen

Auf gesellschaftlichen Einschluss etwa von Migranten oder Frauen zielende Projekte vielfältiger, oft zivilgesellschaftlicher Initiativen leisten demgegenüber essentielle Beiträge zur Schaffung eines stabilen sozialen Gefüges. Viele solcher Projekte scheitern an mangelnder, in den letzten Jahren oft gekürzter Finanzierung. Mit einer – selbst vorübergehenden – Aufstockung von Fördermitteln könnten nicht nur sehr rasch Arbeitsplätze generiert, sondern auch gesellschaftliche Partizipationschancen und so mittelfristig das ökonomische Potenzial erhöht werden.

3.6. Umverteilung

Im Zuge der Krise wird die Schere zwischen Arm und Reich, immer mit Geschlecht korreliert, tendenziell weiter aufgehen, soziale Polarisierung und das Machtgefälle zwischen den Geschlechtern zunehmen. Umverteilung zugunsten des unteren Einkommensdrittels, von den Konjunkturmaßnahmen vernachlässigt, würde nicht nur dem entgegenwirken, sondern auch den privaten Konsum – der Ansatzpunkt keynesianischer Politik – stützen. Eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge, die Ausweitung von Negativsteueransätzen oder die Erhöhung spezifischer Transferleistungen könnten das untere Einkommensdrittel, in dem Frauen deutlich überrepräsentiert sind, entlasten und damit über die private Konsumnachfrage die Gesamtwirtschaft stabilisieren. Dabei käme einer Reform des Abgabensystems Priorität zu, mit der die hohen Anteile öffentlicher Einnahmen aus regressiv wirkenden Steuern wie der Umsatzsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen zugunsten progressiver Komponenten verringert und vermögensbezogene Steuern erhöht werden.

4. Ökonomische Wahrheit: Feministische Formationen

Dass Geschlechtereffekte der Krise weitgehend negiert werden und entsprechende Stabilisierungsprogramme Akzeptanz finden, lässt sich nicht zuletzt mit einem wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream verbinden, der nicht nur Geschlecht als analytische Kategorie weitgehend ausblendet¹², sondern gleichzeitig von überwiegend impliziten Geschlechterentwürfen durchsetzt und von Maskulinismus in Begriffen, Definitionen und Konzeptionen geprägt ist (Pujol 1992; Nelson 1993, 1995). So verschränkt sich etwa die definitorische Ausschließung der Reproduktion aus dem Feld des Ökonomischen mit der Etablierung einer binären modernen Geschlechterordnung und reduziert Ökonomie weitgehend auf das Marktsegment.

Ansätze feministischer Ökonomik stellen demgegenüber Verknüpfungen von Markt, Non-Profit-Sektor, staatlicher Dienstleistungsökonomie und Reproduktionsbereich in den Vordergrund und identifizieren in der mit dem Reproduktionssektor verbundenen Logik der „Sorge um andere“ eine alternative ökonomische Rationalität. (Gubitzer 2006; Jochimsen 2003) Gerade in dieser Verknüpfung könnte ein Schlüssel zu einer nachhaltigen Lösung der Krise liegen, zumal sich aktuell nicht-marktliche Sektoren als wichtige Stabilisatoren der Gesamtökonomie erweisen: in einem Verständnis von Ökonomie, das das gesamte Feld wirtschaftlicher Aktivitäten einschließt und unterschiedliche ökonomische Rationalitäten erfasst. Wie soll das Verhältnis zwischen den ökonomischen Sektoren gestaltet werden? Welchen Regeln sollen sie gehorchen? Wo liegen die Grenzen des Marktes? Welche Bereiche sollen dem Prinzip der Profitmaximierung unterliegen? Wo wären genossenschaftliche, kooperative, gemeinwirtschaftliche Modelle geeignet? All diese Fragen können letztlich nur in breiter demokratischer Auseinandersetzung geklärt werden, schließlich stehen dabei nicht nur Grund-

fragen wirtschaftlicher, sondern gesellschaftlicher Organisation und Koordination zur Disposition.

Wissenschaft aber fällt dabei die Aufgabe zu, Denkmöglichkeiten aufzuzeigen, das Spektrum der Ideen zu erweitern, schlicht gleichermaßen nach- wie vorzudenken. Dabei sind insbesondere Fragen nach der Formierung von Bedürfnissen und nach dem, was als Wohlstand gilt, neu zu stellen. Zentral scheint dabei auch die Frage nach der Bildung von Preisen und deren mögliche Adaption im Hinblick auf gesellschaftliche Effekte.

Die Auseinandersetzung mit solchen Fragen erfordert nicht zuletzt die Öffnung der in den letzten beiden Dekaden mehr und mehr auf den Markt fixierten Wirtschaftswissenschaften. Wissens- und Wissenschaftspolitik orientierten sich im neoliberalen Kontext vermehrt an gewinnorientierter Verwertbarkeit, Denken und Forschen über ökonomische Alternativen wurden kaum gefördert. Betriebswirtschaft avancierte zur Wirtschaftswissenschaft schlechthin, während Volkswirtschaftslehre für Ansätze jenseits des Mainstreams immer weniger Raum bot. So blieben nach dem gewonnenen Kalten Krieg 1989 Denkmuster in der Dichotomie von Plan- und Marktwirtschaft gefangen, Staatsphobie wurde zu einem ökonomischen Dogma, wirtschaftliche Konzepte wurden vorrangig im Einklang mit der herrschenden Marktlogik weiterentwickelt.

Die Pluralisierung der in Forschung und Lehre verfolgten wirtschaftswissenschaftlichen Ansätze stellt daher eine Voraussetzung dar, soll ökonomisches Denken (wieder) verstärkt in gesellschaftliche Zusammenhänge eingebettet und die kritische Auseinandersetzung mit ökonomischen Geschlechterverhältnissen forciert werden. Schließlich lassen sich aus der Analyse ökonomischer Geschlechter-Regierung nicht zuletzt Rückschlüsse auf Funktionsweise und gesellschaftliche Produkte ökonomischer Organisation ziehen und auf deren Grundlage alternative ökonomische Modelle entwickeln – im Hinblick darauf, nicht dermaßen, nicht auf diese Weise reigiert zu werden.

12 Das wohl bekannteste Beispiel der Integration von Geschlecht als analytische Kategorie bietet Gary Becker im Rahmen der New Home Economics, die die bestehende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ebenso wie Lohnunterschiede als ökonomisch effizient und rational bestätigt. (Becker 1971, 1976)

Literatur

- Becker, Gary S. (1971): *The Economics of Discrimination*, London/Chicago.
- Becker, Gary S. (1976): *The Economic Approach to Human Behaviour*, Chicago.
- Bischoff, Joachim (2008): *Globale Finanzkrise. Über Vermögensblasen, Realökonomie und die „neue Fesselung“ des Kapitals*, Hamburg.
- Bock-Schappelwein, Julia/Eppel, Rainer/Mühlberger, Ulrike (2009): *Sozialpolitik als Produktivkraft*, Wien.
- Bourdieu, Pierre (1985): *Sozialer Raum und „Klassen“*. *Leçon sur la Leçon*, Frankfurt/Main.
- Esping-Andersen, Gøsta (2000): *Social foundations of postindustrial economies*, Oxford.
- Europäische Kommission (2006): *Ein Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006–2010* (SEK (2006) 275), Brüssel.
- Foucault, Michel (1992): *Was ist Kritik?*, Berlin.
- Foucault, Michel (1996): *Der Mensch ist ein Erfahrungstier*. Gespräch mit Ducio Trombadori, Frankfurt/Main.
- Foucault, Michel (1978): *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*, Berlin.
- Gubitzer, Luise (2006): *Wirtschaft ist mehr. Sektorenmodell der Gesamtwirtschaft als Grundlage für Geschlechtergerechtigkeit*, in: *Widerspruch 50. Alternativen!*, 17–29.
- Huffschmid, Jörg (2009): *Finanzmarktkapitalismus – eine stabile Formation?*, Papier für die Konferenz „Kapitalismustheorien“, 24.-25.4.2009, Wien, http://www.oegpw.at/tagung09/papers/PA3_huffschmid.pdf (Zugriff am 2. Mai 2009).
- Jochimsen, Maren A. (2003): *Careful economics. Integrating caring activities and economic science*, Boston.
- Michalitsch, Gabriele (2006): *Privatisiert. Geschlechterimplikationen neoliberaler Transformation*, in: Lemke, Meike/Ruhe, Cornelia/Woelki, Marion/Ziegler, Beatrice (Hg.): *Genus Oeconomicum. Ökonomie – Macht – Geschlechterverhältnisse*, Konstanz, 119–129.
- Michalitsch, Gabriele (2009a): *Konjunkturpolitik: Geschlechter-Macht und Geschlechter-Wahrheit*, in: *Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen 2/2009*, 91–96.
- Michalitsch, Gabriele (2009b): *Geschlechterreproduktive Ökonomie: Exklusion und Transformation*, in: Bauhardt, Christine/Ça lar, Gülay (Hg.): *Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie*, Wiesbaden. (im Erscheinen)
- Nelson, Julie A. (1993): *The Study of Choice or the Study of Provisioning? Gender and the Definition of Economics*, in: Ferber, Marianne A./Nelson, Julie A. (Hg.): *Beyond Economic Man. Feminist Theory and Economics*, Chicago/London, 23–36.
- Nelson, Julie A. (1995): *Gender, Metaphor, and the Definition of Economics*, in: Jane Humphries (Hg.): *Gender and Economics*, Aldershot, 19–41.
- Pujol, Michèle A. (1992): *Feminism and Anti-Feminism in Early Economic Thought*, Aldershot.
- Schulmeister, Stephan (2009): *Wessen Hand war das?*, in: *Die Presse*, 7.2.2009, I–II.
- Wößmann, Ludger (2004): *How equal are educational opportunities? Family background and student achievement in Europe and the US*, München.
- Wößmann, Ludger (2002): *Schooling and the quality of human capital*, Berlin.

Die Autorinnen

Prof. Dr. Adelheid Biesecker

Professorin für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bremen i.R.
Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften, Vereinigung Ökologische Ökonomie.

Mag. Dr. Gabriele Michalitsch

Department Volkswirtschaft
Institut für Institutionelle & Heterodoxe Ökonomie
Wirtschaftsuniversität Wien

Dr. Sabine Reiner

ver.di Bundesvorstand
Ressort 1, Wirtschaftspolitik

Dr. Barbara Stiegler

Leiterin des Arbeitsbereiches Frauen- und Geschlechterforschung der
Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Prof. Brigitte Young, Ph.D.

Professorin für Politikwissenschaft und Internationale/Vergleichende
Politische Ökonomie (unter Berücksichtigung von Feministischer Ökonomie)
der Universität Münster



Neuere Veröffentlichungen der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

Projekt Zukunft 2020

Deutschland 2020

Aus der Krise in eine soziale Zukunft

WISO Diskurs

Arbeitskreis Innovative Verkehrspolitik

Eckpfeiler einer zukünftigen nachhaltigen

Verkehrspolitik

WISO Diskurs

Projekt Zukunft 2020

Zukunft 2020 – ein Modell für ein soziales

Deutschland

WISO Diskurs

Gesprächskreis Sozialpolitik

Kurzfristige Auswirkungen der Finanzmarktkrise

auf die sozialen Sicherungssysteme und mittel-

fristiger Handlungsbedarf

WISO Diskurs

Projekt Zukunft 2020

Eine soziale Zukunft für Deutschland – Strategische

Optionen für mehr Wohlstand für alle

WISO Diskurs

Gesprächskreis Sozialpolitik

Grundstruktur eines universellen

Altersicherungssystems mit Mindestrente

WISO Diskurs

Wirtschaftspolitik

Soziale Polarisierung in Deutschland –

ein Mythos?

WISO direkt

Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung

Politische Gestaltung des kommunalen

Übergangsmanagements an der Passage

von der Schule in die Arbeitswelt

WISO Diskurs

Wirtschaftspolitik

Krisenzeiten: Was Schulden vermögen und was

Vermögen schulden

WISO direkt

Arbeitskreis Arbeit-Betrieb-Politik

Zukunftsfeste betriebliche Mitbestimmung

Eine Herausforderung für Wirtschaft,

Gewerkschaften und Politik

WISO direkt

Wirtschaftspolitik

Erste Priorität: Arbeitsplätze sichern!

Zu den Perspektiven der Beschäftigten in der

Metallindustrie

WISO direkt

Arbeitskreis Dienstleistungen

Arbeitsplatz Hochschule

Zum Wandel von Arbeit und Beschäftigung in

der „unternehmerischen Universität“

WISO Diskurs

Steuerpolitik

Mit mehr Transparenz zu einem gerechten

Steuersystem

WISO Diskurs

Gesprächskreis Migration und Integration

Übergänge in eine berufliche Ausbildung –

Geringere Chancen und schwierige Wege für

junge Menschen mit Migrationshintergrund

WISO Diskurs

Arbeitskreis Mittelstand

Mittelstandsförderung auf dem Prüfstand –

Erfolgskriterien gesucht

WISO direkt

Frauen- und Geschlechterforschung

Gender an der Macht? Über die Bedeutung von

Geschlecht in politischen Spitzenpositionen am

Beispiel von Deutschland, Chile, Argentinien und

Spanien

WISO Diskurs

Gesprächskreis Verbraucherpolitik

Verbraucher Macht im Internet

WISO Diskurs

Volltexte dieser Veröffentlichungen finden Sie bei uns im Internet unter

www.fes.de/wiso